INTERIM

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2⁵⁰ DM



Nr. 488

25. November1999



Guten Tag.
Danke für Schoki und Texte. Schön waren vor allem die vielen Volxsportsachen, schön daß aus den Kopi-Aktionstagen bundesweite geworden sind.
Diesmal sind sowieso mehr Sachen und Gruppen aus anderen Ländern und Städten dabei. Außderdem wollen wir mit Nachdruck nachholen, was die letzte Redaktion nicht gemacht hat, und veröffentlichen wiederTexte im Rahmen der Vergewaltigungsdiskussion.

Von der niederländischen Zeitung De Fabel van de illegal wurden uns 3 Arktikel zugeandt über die Einstellungder Zusammenarbeit mit der Kampagne "free trade"und dem darin wichtigen Ideologen Gold smith. Sie wurden extra ins Englische übersetzt und sollen eine internationale Diskussion anregen. Aus Platzgründen sind die hier nicht veröffentlicht. Lest sie im Ordner nach.

Außerdem kann mensch sich im Ordner das Scheißflugi der Bürgerinitiative "Leben in der Rigaer Straße" angucken. Die wollen die Häuser in der Rigaer 83 &84 weghaben. Und zu guter letzt gibt's dort Fascho-Flugi zum Brandanschlag auf das Schwarzmarkt Haus in HH zu betrachten.

Zu d em LeserInnenbrief von Rumpelstilzchen:

1.) die Fotos der Reps sind aus ihrer eigenen Wahlwerbung
2.) die abgebildeten Reps waren auf den Kandidaten listen für die Berliner Abgeordnetenhaus- und Bezirksverordnetenversammlung wahlen.
3.) die Adressen zu den Kandidaten wurden in einer der vergangenen Ausgaben abgedruckt.

Viel Spaß beim diskutieren - aktionieren - demonstriren!

Eure RADIS

Impressum
Herausgeberin: Interim e.v.
V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz
Gneisenaustr. 2, 10961 Berlin

ORDNER:
Texte von "De Fabel van de illegaal":
Fabel self-interview abart quitting with the campaigns against "free trade"
Goldsmith and his Gajan hierarches
Millionaire Goldsmith supports the left and the extreme right
Fascho-Aktionsaufruf aus Hamburg
offener Scheißbrief d er Inni "Leben in der Rigaerstr."

Inhaltsverzeichnis

Unterstützt den Kampf der Flüchtlinge

Seit Juni 99 wehren sich Flüchtlinge in Berlin mit verschiedensten Protestaktionen gegen ihre menschenunwürdige Behandlung in vier Flüchtlingsunterkünften, von denen drei unter der Regie des Berliner Roten Kreuzes (DRK) stehen. Bisher ohne jede Verbesserung ihrer Situation. Vor allem Menschen aus Bosnien und dem Kosovo werden hier zusammengefaßt und mit Plastikessen fremdverpflegt, d.h. viele erhalten inzwischen keinen Pfennig Bargeld mehr.

Doch selbst diese minimale Versorgung wird immer mehr Flüchtlingen entzogen und sie werden der Obdachlosgkeit ausgesetzt und in die Illegalität getrieben, egal ob es sich dabei um Familien mit Kindern oder Einzelpersonen handelt.

Gegen diese unhaltbaren Zustände sind am 30.9.99 180 Flüchtlinge aus der Buchholzer Straße in Pankow in einen Hungerstreik getreten.

Der Hungerstreik ist seit dem 19.10.99 unterbrochen, weil viele Flüchtlinge durch Krankheiten geschwächt sind. Sie erwarten nun, daß das DRK die Unterbrechung des Streiks dazu nutzt, die von ihm öffentlich erklärte Ablehnung der Fremdverpflegung gegenüber dem Sozialsenat durchzusetzen.

Die Flüchtlinge wollen nun auch ihren Protest zum UNHCR (der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen) tragen, mit der Forderung, daß dieser sich für eine Verbesserung ihres Status hier einsetzt.
Die Flüchtlinge fordern weiterhin:



- Abschaffung der Fremdverpflegung
- Sofortige Auszahlung der Sozialhilfe in bar
- uneingeschränkten Zugang zu medizinischer Versorgung
- freie Wahl der Unterkunft
- Arbeitserlaubnis

Die Proteste gehen weiter!!! Kommt zahlreich z

Demonstrati

am 20.11.99 14 Uhr Friedrichstr./

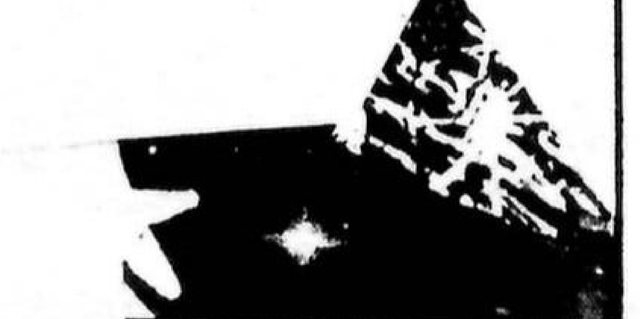


25.11. internationaler Tag gegen Gewalt gegen Frauen
FrauenLesben Demo zum Frauenknast in Pankow

In pankow sind viele frauen aus osteuropäischen ländern. Meist müssen sie dort einige zeit bleiben bevor sie abgeschoben werden.
Ledige frauen haben nur geringe chancen in der brd asyl oder aufenthaltsrechte zu bekommen.
Die definition dessen, was als politische aktivitäten akzeptiert wird, schließt oftmals politische arbeit aus, die frauen aufgrund der kulturellen geschlechtsspezifischen arbeitsteilung ausüben.
Frauenspezifische fluchtgründe -- vergewaltigung und sexuelle folter, der versuch, vor hunger, armut, krankheit für sich und mögliche kinder ein überleben zu sichern, zählen nicht.
Asyl bekommen auch all jene frauen in der regel nicht, die vor repressionen flüchteten,weil sie in ihren ländern gesetzte patriarchale normen und grenzen überschritten, -- wie offen lesbisch lebende frauen, oder diejenigen, die sich dem schleierzwang entziehen.
Immer mehr frauen aus osteuropa müssen zu arbeitszwecken emigrieren, weil sie zuhause kaum mehr erwerbsarbeit finden. Allerdings wird diese arbeitsemigration von vielen ländern auch zum teil gezielt gefördert. Der export der ware "arbeitskraft" nimmt zu,während gleichzeitig die abhängigkeit der zurückgebliebenen familien von den überweisungen aus dem ausland wächst.
Es handelt sich also nicht um den individuellen oder massenhaften wunsch, in die reiche brd zu kommen, sondern um eine struktur, die sich aus der imperialistischen weltwirtschaftsordnung zunehmend entwickelt.
Die prostitution ist der brutalste bereich eines erwerbsarbeitsmarktes, der aus der not emigrierter frauen profit schlägt. Außerhalb des offiziellen arbeitsmarktes gibt es einen rassistisch + sexistisch strukturierten dienstleistungssektor, der von bestimmten kulturellen,politischen + ökonomischen tendenzen in der brd- gesellschaft profitiert :
Mit dem anwachsen der büroflächen wächst die nachfrage nach putzkräften ; die kombination von sattem wohlstand und rassistischem denken einerseits, fehlenden kindergartenplätzen und berufstätigkeit deutscher frauen andererseits läßt die nachfrage nach billigen kinder - und dienstmädchen wachsen; die zunahme vieler kleiner restaurants und imbißstuben, die den freizeit - und essensbedarf der berufs-tätigen decken, hat dazu geführt, daß hier viele migrantinnen illegal beschäftigt werden.
Über die arbeitsbedingungen dieser frauen ist oft sehr wenig bekannt, aber in der regel müssen sie für zu wenig geld zu viel arbeiten. Fast alle frauen leben und arbeiten unter bedingungen, die ihre persönliche bewegungsmöglichkeiten immens einschränken und ihnen oftmals brutal gewalt antun.
Dabei stehen sie oft unter dem druck zu jeder zeit von ihren arbeitgeberinnen denunziert zu werden, denn entgegen der uns so geläufigen sichtweise, daß der knast präventiv abschreckend sein soll, ist er auch ein instrument in der organisierung eines arbeitsmarktes.
Und er dient, mittels der asyl - und ausländerinnengesetzgebung auch dazu, in ehen und familien gewaltverhältnisse aufrechtzuerhalten. Es geschieht relativ häufig, daß frauen ,deren aufenthalt von einer mindestens 4 jährigen ehe abhängig ist ,von den männern denunziert werden, wenn sie sich von ihnen trennen wollen.

Für eine befreite Gesellschaft ohne Zwangsanstalten !!

Kommt zur Demo um 16 uhr am S-Bhf Pankow !!



30.11. – Global Action Day

gegen Neoliberalismus und Expo 2000

DIE AUSBEUTUNG DEMASKIEREN – GEGENMACHT VON UNTEN SCHAFFEN

Ausgehend vom 3. bundesweiten Anti-Expo-Treffen ist ein Vorschlag entwickelt worden, der an viele weitere politische Gruppen und Zusammenhänge weitergegeben wird. Idee ist, einen Aktionsstrang (zunächst für ca. die nächsten 12 Monate, aber mit dem Ziel, ihn in diesem Zeitraum auch weiterzuentwickeln) zu schaffen, der geeignet ist, daß sich die vielen Gruppen, die hauptsächlich ein-punkt-bezogen arbeiten (Antifa, feministische Gruppen, Anti-Expo, Anti-Atom, internationalistische Gruppen, kritische GewerkschafterInnen usw. – was auch ohne Zweifel alles wichtig ist!), darauf beziehen und an diesen Punkten gesamtpolitische Positionen formulieren.

Oder platt: Der Kapitalismus, die Ausbeutung von Mensch und Natur sowie der Neoliberalismus als Steigerung der Verwertungs- und Profitlogik soll umfassend angegriffen und in Frage gestellt werden, Widerstand sichtbar und Alternativen wieder sichtbar werden.

Der konkrete Vorschlag dazu lautete: Die Globalen Aktionstage, die diese Idee schon in sich tragen, aber in Mitteleuropa kaum beachtet werden, sowie die Expo 2000 als offene Werbung für das neoliberale Gesellschaftsmodell werden zu Kristallisationspunkten dieses Versuches, Widerstand zu leisten, Gegenmacht von unten aufzubauen.

30.11. – DER ERSTE SCHRITT

Am 30.11. (parallel zur WTO-Konferenz in Seattle) wird der nächste "Global Action Day" stattfinden. Wir rufen auf, daß viele Gruppen und Zusammenhänge den nächsten globalen Aktionstag (30.11.) z.B. in den eigenen Regionen umsetzen, möglichst als vielfältige Aktionsstruktur zusammen mit weiteren Gruppen. Es geht darum, alle Formen von Aktionen und Themen der kapitalistischen Unterdrückung, neoliberalen Umgestaltung zum Ausdruck zu bringen. Dabei geht es nicht um zentrale Aktionskonzepte, Dominanzfragen usw. Ziel ist eine breite Aktionsvielfalt, wo alle Gruppen ihre Ideen, Aktionen und Schwerpunkte einbringen können – aber eben in einem Bezug mit der Forderung nach einer emanzipatorischen Gesellschaft, Selbstorganisation, selbstbestimmtem Leben als Gegenmodell zum Neoliberalismus.

Das können sein:

- Streik gegen die Verwertungslogik als Arbeitskraft
- Uni- und Schulstreiks gegen den Bildungsumbau
- Blockaden und Besetzungen von öffentlichen Plätzen und Straßen gegen die Funktionalisierung öffentlichen Raumes und Verdrängungspolitik
- Blockaden, Besetzungen, Sabotage und mehr gegen Symbole kapitalististischer Macht, Ausbeutung oder Umweltzerstörung
- Aufbau und Informationsveranstaltungen über Alternativen, selbstorganisiertes Leben usw.
- Aktionen gegen Zentren antiemanzipatorischer (z.B. faschistischer oder rassistischer) Organisationen, Abschiebebehörden usw.

Neben vielen kreativen Aktionen können natürlich auch große und zusammenhänge Aktivitäten entstehen, wenn in Regionen genügend Gruppen sich darauf einigen können. Der 30.11. soll der erste Aktionstag in diesem Aktionsstrang sein. Wir hoffen, daß die sich zusammenfindenden regionalen Bündnisse oder vielfältigen Aktionsformen daraus dann an der Weiterentwicklung dauerhafter gesellschaftlicher Gegenmacht und Umgestaltung "von unten" mitwirken.

30.11.-AKTIONSZEITUNG

Wir werden dazu noch rechtzeitig (erscheint Mitte Oktober) eine Mobilisierungszeitung machen. Wer die haben will, sollte sie bei uns anfordern gegen Portokosten:

- 1-20 Expemplare: 3 DM
- 11-50 Expemplare: 5 DM
- 51-500 Exemplare: 10 DM
- ab 500 Exemplare: 20 DM

Zudem können alle mitteilen, wo Aktionen laufen – wenn Interesse besteht, daß das veröffentlicht wird ... in die Zeitung kommt dann eine Übersicht, wo welche Kontaktadressen sind, um über Aktionen Näheres zu erfahren. Bitte bis 14.10. an uns schicken (Brief oder Mail).



Konto des Trägers: "Förderverein e.V./Spenden&Aktionen". Nr. 2516080 Volksbank Busecker Tal. BLZ 51362617

Strategievorschlag für gemeinsame, emanzipatorische Aktionen

Der folgende Text soll dem Versuch dienen, einen gemeinsamen Punkt zu finden, an dem das politische Ringen um eine emanzipatorische Alternative zum kapitalistischen bzw. in seiner ökonomischen Steigerung neoliberalen Gesellschaftsmodell entfacht und zugespitzt wird, um ein Gegengewicht zu den von Regierungen, Konzernen, Medien bis hin zu großen Teilen gesellschaftlicher Organisationen getragenen Entwürfen zu schaffen.

Der Text ist kein Aufruf, der zu unterzeichnen ist, der einbindet und ausgrenzt, vereinheitlichen soll oder ähnliches. Er ist vielmehr zur Diskussion gedacht – und kann neben anderen Vorschlägen stehen. Es ist ein, nämlich unser konkreter Vorschlag für die Art und Weise, die notwendige Entwicklung gemeinsamer Aktionsformen einer emanzipatorischen, politischen Bewegung zu beginnen. Bei allem sollen folgende Grundsätze politischer Strategie gelten:

1. Die Bewegung ist vielfältig: Dieser Vorschlag soll nicht die Vielfalt und die Unterschiede zwischen Gruppen und Zusammenhängen verwischen. Stattdessen wird nach Aktionsformen gesucht, in denen die thematische und strukturelle Vielfalt sichtbar werden kann. Der Vorschlag erkennt die Existenz spezialisierter Gruppen z.B. aus feministischer, ökologischer, internationalistischer, sozialer oder anderer Richtung ausdrücklich an. Sich auf einige gemeinsame Ausdrucksformen gesellschaftlichen Widerstandes zu einigen, heißt nicht, die Teilbereiche gesellschaftlicher Umgestaltung zu vernachlässigen. Ganz im Gegenteil: Es gibt nichts Richtiges im Falschen – daher werden mehr als Detailverbesserungen nur erreichbar sein, wenn wir es schaffen, zusätzlich zu den vielen Einzelfragen auch die gesamtgesellschaftliche Frage wieder offensiv aufzunehmen.
2. Soll die Vielfalt wirkungsvoll zum Ausdruck kommen, muß auch die interne Struktur gemeinsamer Aktionen antihierarchisch, (möglichst) frei von formaler und informeller Dominanz und ohne zwanghafte Elemente wie Motto, Aufruf, Grundsatzpapier, zentrale Aktionen u.ä., die von allen mitgetragen werden müssen.
3. Die Diskussion um Strategien und Positionen einer emanzipatorischen Bewegung schärft Theorie und Praxis. Eine offene, klärende Streitkultur ist wichtig, Harmonisierung entpolitisiert dagegen. Wichtig ist, daß Streit nicht ausgrenzt, sondern der Formulierung politischer Ansprüche und dem Hinterfragen des eigenen Handelns dient. Die Offenheit für verschiedene Positionen und Strategien emanzipatorischer Politik muß erhalten bleiben.
4. Das Ziel einer emanzipatorischer Gesellschaft bildet die Klammer und wird offensiv benannt. Eines der ersten Ziele der gemeinsamen Aktionen ist, die Debatte um die Zukunft wieder zu öffnen. Der Kapitalismus bzw. seine gesteigerte Form des Neoliberalismus, darf nicht weiter die einzig denkbare Gesellschaftsform bleiben.
5. Emanzipatorische Ziele gelten für die internen Strukturen, gleichzeitig sind sie global, d.h. das Ringen um eine emanzipatorische Gesellschaft versteht sich als internationalistische, solidarische und antinationale Bewegung.
6. Auch diese Vorschläge sind kein "Stein der Weisen".

Vorschlag für den Aufbau eines gemeinsamen emanzipatorischen Aktionsstranges in den nächsten Monaten:

Widerstand gegen die neoliberale Ordnung - an den Symbolen Expo 2000 und globaler Widerstand!

Der Mensch wird nach seiner Verwertbarkeit eingestuft. Ernährung ist als Energiequelle nötig. Bildung dient der Qualifizierung für den Arbeits=Verwertungsmarkt. Medizin dient der Erhaltung der Arbeitskraft und der Konsumfähigkeit. Freizeitgestaltung dient dem Konsum und der Regeneration der Arbeitskraft, aber auch der Akzeptanzbeschaffung für ein Leben im Verwertungsprozeß. Reproduktionstechnologie dient der geordneten Erneuerung menschlicher Arbeitskraft. Nicht anders ist der Umgang mit der nichtmenschlichen Natur: Tiere, Pflanzen und die Lebensgrundlagen wie Boden, Wasser, Luft, Rohstoffe usw. werden maximal verwertet, Effizienz dient der Steigerung des Profits und der Verlängerung der Ausbeutbarkeit.

Die aktuellen gesellschaftlichen und globalen Umgestaltungen bringen diesen Prozeß erheblich voran. Alles, der Mensch, die Teile der Gesellschaft und die Natur, soll dem Primat der Ökonomie unterstellt werden. Um diese Umgestaltung durchsetzen zu können, wird findet gesellschaftspolitisches "Schmieröl" Verwendung:

- Die wahren Ziele werden hinter wohlklingenden oder nichtssagenden Formulierungen versteckt – vom "Weltfrieden durch Welthandel" über friedensschaffende Einsätze bis zur nachhaltigen Wirtschaft. – Als AkzeptanzbeschafferInnen werden soziale, ökologische und viele weitere Organisationen und Einzelpersonen gewonnen oder gekauft, die allein mit ihrem Namen dem Neoliberalismus das "menschliche Antlitz" (oder wahlweise ein ökologisches Gütesiegel) umhängen sollen.
- Seitens vieler politischer Gruppen und NGOs werden zudem vermehrt eigene Vorschläge und Forderungen laut, die die Dominanz der Ökonomie bereits anerkennen und dazupassende Positionen entwickeln.

Dieser gesellschaftlichen Umgestaltung gilt es, Widerstand entgegenzusetzen. Dabei müssen verschiedene Ziele mit- und nebeneinander verfolgt werden.

- Demaskierung, d.h. die Ziele neoliberaler Prozesse, ökonomischer Umgestaltung und innerer Sicherheitskonzepte öffentlich machen und kritisieren.
- Direkter Angriff und Widerstand, d.h. an Symbolen und geeigneten Angriffspunkten direkte Aktion entgegensetzen und die daraus entstehende Aufmerksamkeit und Diskussion für Kritik und Gegenentwürfe nutzen.
- Gegenbilder und Visionen, d.h. neben der Kritik eigene Ziele und Entwürfe benennen – und zwar mutige, nicht nur an der Machbarkeit orientierte Vorschläge.



Konto des Trägers: "Förderverein e.V./Spenden&Aktionen". Nr. 2516080 Volksbank Busecker Tal. BLZ 51362617

- Akzeptanzbeschaffung verhindern, d.h. daran arbeiten, daß Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen den Regierungen, Konzernen, Medien und sonstigen AkteurInnen neoliberaler Umgestaltung nicht einen verschleiernden Mantel sozialer oder ökologischer Orientierung verpassen.

Das Ziel des Widerstands ist ein selbstbestimmtes Leben, das es nur geben kann, wenn ökonomische und gesellschaftliche Selbstorganisation möglich ist und auch besteht. Eine emanzipatorische Gesellschaft ist eine von freien Menschen in freien Vereinbarung – ökonomisch wie überhaupt. Dieser Widerstand muß selbst so organisiert sein, daß Selbstbestimmung der Einzelnen und der Gruppen möglich ist. Dominanz, Hierarchie oder jeglicher Versuch, die eigenen Strategien auf andere zwangsweise zu übertragen, passen nicht zu einer emanzipatorischen Bewegungen – wohl aber ein offener Streit über Strategien und Positionen, während aber Aktionen und konkrete Arbeit längst laufen.
Eine widerständige Bewegung lebt aus der Aktionsfähigkeit vieler Gruppen und Zusammenhänge. Diese aufzubauen, zu stärken, zu verknüpfen, gemeinsame Aktionslinien zu entwickeln ist das Ziel.

Konkrete Vorschläge für Aktionen: Expo 2000 und globale Aktionstage

Das neoliberale Gesellschaftsmodell wird vor allem in den global-ökonomischen Umstrukturierungen (MAI, WTO, EU usw.) samt ihrer Folgen und in der Werbeveranstaltung für diesen Zukunftsentwurf, der Expo 2000, deutlich. Daher sollten diese beiden Bezüge den Rahmen für eine gemeinsame emanzipatorische Bewegung sein.

- Die Expo und die auf ihr gezeigte, zukünftige Welt machen greifbar, in welche Gesellschaft die neoliberale Umgestaltung führt. Widerstand gegen die Expo ist daher gleichsam der Widerstand gegen den Neoliberalismus und für eine freie, selbstbestimmte, d.h. emanzipatorische Gesellschaft. Innerhalb der nächsten Jahre wird es keinen besseren Moment geben als den der Expo 2000 – um Widerständigkeit neu zu organisieren, das neoliberale Weltbild zu entlarven und wieder Raum zu schaffen in der Gesellschaft für eine Suche nach Alternativen zum Kapitalismus und zu den herrschenden Machtstrukturen. In diesem Sinne rufen wir dafür auf, einen internationalen, emanzipatorischen Widerstand zu schaffen bzw. weiterzuentwickeln und vor allem für den Widerstand in Deutschland und Mitteleuropa, aber auch weltweit, die Expo 2000 als Symbol für die neoliberale Weltordnung anzugreifen und zu nutzen, um eine Debatte zu Gegenmodellen durchzusetzen.
- Internationale Widerstandsaktionen und -tage, z.B. die "Global Action Days", Karawanen und andere Aktionen, tragen den Protest gegen die neoliberale Welt sowie das Ringen um eine emanzipatorische Gesellschaft in die Öffentlichkeit. Sie sind besonders geeignet, nach dem Zerfall des bisher oft prägenden Dualismus der Frage, ob die jeweilige Regierung aus sozialistischen oder kapitalistischen Organisationen gestellt wird, und nach der Phase der Perspektivlosigkeit eine neue Auseinandersetzung in die Breite der Gesellschaft zu tragen: Die der Gestaltungsmacht, der Frage, wer wie Gegenwart und Zukunft prägt. Sichtbar soll der Anspruch werden, Gegenmacht von unten zu organisieren und durchzusetzen gegen die Profit- und Verwertungslogik der herrschenden Ökonomie und gegen den Macht- und Kontrollanspruch der Regierungen. Das Gegenmodell zum Kapitalismus ist eine selbstbestimmte Gesellschaft. Die konkrete, spätere Form ist Sache der Menschen, die diese selbstbestimmt entwickeln. In diesem Sinne rufen wir dazu auf, internationale Protestformen auch in Mitteleuropa zu einem wahrnehmbaren Protest zu machen, der nicht nur Detailfragen, sondern die Machtfrage aufgreift.
- Neben diesen beiden Hauptsträngen sind noch weitere Aktionsformen denkbar.

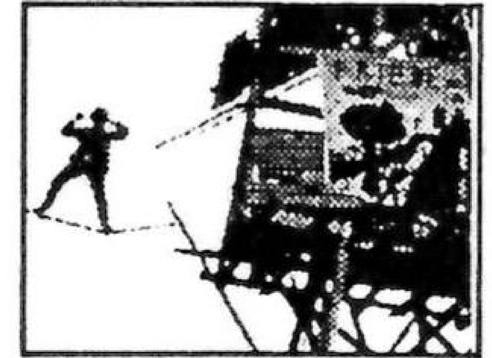
Die nächsten Schritte und Planungen

Bezüglich Expo 2000 und internationalem Widerstand können bestehende Planungen die entscheidenden Anknüpfungspunkte bieten.

- Am 30.11. ist der nächste "Global Action Day" – eine erste Möglichkeit breiter Aktionen gegen Neoliberalismus und für selbstbestimmtes Leben. Die Aktionsformen können von Angriffen gegen die Symbole der Wirtschaftsdominanz über öffentlichkeitswirksame Aktionen auf öffentlichen Plätzen bis zu Informationsveranstaltungen usw. reichen. Am 30.11. beginnt die WTO-Konferenz in Seattle, USA. Der dann folgende "Global Action Day" ist der 1.5.2000.
- Die Expo 2000 kann schon im Vorfeld angegriffen oder anders thematisiert werden. Etliche der dezentralen Projekte der Expo sind überall in Mitteleuropa und auch darüberhinaus zu finden. In Hannover ist der Bau und die Umstrukturierung der Stadt längst in vollem Gang. Die Expo beginnt (glauben die VeranstalterInnen jedenfalls ...) am 1.6.2000. Auf dem 3. Bundesweiten Anti-Expo-Treffen wurde eine Aktionswoche geplant vom 26.5. bis zum 4.6., beginnend mit einer Großdemonstration, dann vielen dezentralen Aktionen und endend mit den Innenstadtaktionstagen am 3./4.6. in Hannover. Diese Woche soll nur den Auftakt bilden für fünf aktionsreiche Monate. Da die Expo ein komplettes Weltbild präsentiert, kann ihre Ideologie sowie die einzelnen Projekten aus allen Blickwinkeln angegriffen werden (unter anderem geplant: Anti-Gentechnik-Woche, antinationaler Aktionstag am 3.10. usw.). Zudem sollen emanzipatorische Gegenentwürfe präsentiert und diskutiert werden.
- Am 30.11. können auch Expo-Projekte und die Expo selbst thematisiert und angegriffen werden, um den Zusammenhang herzustellen.
- Um aus diesen Aktionen einen gemeinsamen Kristallisationspunkt einer emanzipatorischen Bewegung zu schaffen, müssen die Informationen und Aktionsstrategien die bisherigen Grenzen zwischen Organisationen und Themenbereichen überwinden. Dafür können Zeitungen, Magazine, Rundbriefe, Internetseiten usw. eine wichtige Rolle spielen, in dem sie die Informationen aufnehmen und verbreiten, besser noch sich selbst als Teil des Prozesses begreifen und entsprechend handeln.

Wichtig als nächster Schritt ist die Diskussion dieses Strategievorschlages. Veranstaltungen zu weltwirtschaftlichen Fragen oder zur Expo 2000 können organisiert werden, ebenso zur Strategiefrage als solcher. ReferentInnen können vermittelt werden. Dieser Vorschlag, Kommentare, kritische und ergänzende Positionen und vieles mehr könnten und sollten in Zeitungen, Rundbriefen usw. Platz finden.

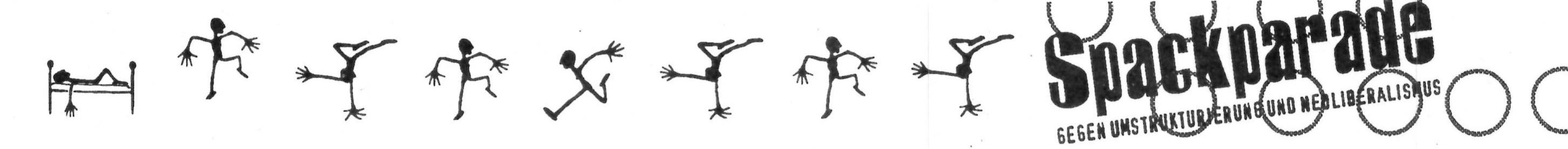






Infomaterialien:

- Infopaket zur Expo 2000: Gegen 10 DM beim Büro für mentale Randale, Wickingstr. 17, 45657 Recklinghausen.
- Die Zeitung "Ö-Punkte" hat eine gesonderte Redaktion "Expo, Neoliberalismus, Weltwirtschaft" geschaffen, um vierteljährlich Informationen zusammenzufassen und einen Überblick über geplante Aktionen zu schaffen. Probeheft im Infopaket zur Expo 2000, aktuelles Heft gegen 7 DM bei der Gruppe Landfriedensbruch.
- Einige Umweltschutzgruppen haben die Strategiedebatte bereits intensiver vorbereitet und für den Teilbereich ökologischer Ziele Entwürfe für einen emanzipatorischer Umweltschutz erarbeitet. Nähere Informationen über Texte, Veröffentlichungen usw. unter www.thur.de/philo/uvu.html.
- ReferentInnenvermittlung zur Expo 2000, zu Neoliberalismus, zu Umweltschutz von unten usw. über die Umweltwerkstatt, Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck.



Spackparade

GEGEN UMSTRUKTURIERUNG UND NEOLIBERALISMUS

Und abermals naht Bum-Bum, heuer am 30.11.: Wieder mal - jetzt schon in 3. Runde - lädt das rund um den Globus verwurzelte PeoplesGlobalAction-Netzwerk zur globalen Total-Verweigerung ein. Wir begrüßen dies in aller Heftigkeit & Entschiedenheit. Auch wir möchten uns - zusammen mit uns selbst - den herrschenden Umständen widersetzen, und das in angemessener und würdiger Weise! Alle die, welche gleichfalls das dringende Verlangen umtreibt, sich und ihr Selbst in fröhlicher Kratzbürstigkeit zu verweigern, sind deshalb aufgefordert, AM 30.11., UM 19.30, AM WASSERTURM IN PRENZLAUER BERG ZUR SPACKPARADE GEGEN NEOLIBERALISMUS UND UMSTRUKTURIERUNG AUFZUSPACKEN.

Daß eine solche Spackparade (zwischen Wasserturm und Hackescher Markt) nichts mit Anti-BonzInnen-Kiez-Romantik zu schaffen hat, davon ist bereits andernorts ausführlich die Rede gewesen. (Vgl. das ebenfalls als Flugblatt kursierende Spackparaden-Konzept) Nicht die Rede ist aber davon gewesen, worauf wir mit der fast schon zur Leerformel geronnenen Begriffsschwade *neoliberaler Umstrukturierung* hinausmöchten.

Praktisch zielen wir darauf ab, die neoliberalen Umstrukturierungs-Maßnahmen zwischen Wasserturm und Hackescher Markt *bissig* & *konfrontativ* auf's Korn zu nehmen: Zu solcherart Maßnahmen zählt *neben* Luxusmodernisierung, konsequenter Baulückenschließung sowie Schaffung hochwertiger Büroflächeninfrastruktur *insbesondere* die Ansiedelung von Life-Style-Klitschen, als da wären: Edel-Freßtempel, Long-Drink-Bars, Luxus-Boutiquen, Schuh-Paläste, Möbel-Design-Schuppen, Kommerz-Galerien, Wein-und-Whisky-Handlungen, Delikatessen-Läden, etc. Und auch gehört zur neoliberalen Umstrukturierung die quartiersweise Veredelung der jeweiligen Bevölkerungsstruktur. Eine eindrucksvolle Zahl möge dies veranschaulichen: Während 1992 lediglich 5% aller *Spandauer Vorstadt*-Haushalte über ein Nettohaushaltseinkommen ab 4000.- Mark aufwärts verfügten, ist diese Zahl mittlerweile auf über 30% hochgeschnellt!

Schlimm sind solche und verwandte Maßnahmen am allerwenigsten deshalb, weil sich hieran irgendwelche Miethaie ein goldenes Näslein verdienen. Sollen sie doch! Nein, schlimm ist Anderes: *Einerseits* die umstrukturierungsbedingte Vertreibung bereits ansässiger QuartiersbewohnerInnen (samt ihrer Infrastruktur), so wie dies in Mitte und Prenzlauer-Berg nicht nur massenhaft, sondern auch gewollterweise der Fall gewesen ist. *Andererseits* die kulturelle *Leit-* und *Vorbild*funktion symbolträchtig aufgenobelter Stadtquartiere. Gemeint ist hiermit, daß Umstrukturierung nicht nur die Absicht verfolgt - Stichwort: Global-City-Konkurrenz - Yuppie-UrbanitInnen sowie solchen, die es werden möchten, städtische Bühnen verfügbar zu machen, auf welchen diese ihr obszönes Spiel aus Präsentation und Abgrenzung aufführen können. Nein, spektakulär *aufgemachte* Umstrukturierung dient überdies auch dem Zweck, denjenigen Normen, Werten und Prinzipien gesellschaftsweit (!) Oberwassser zu verschaffen, welche elementar (!) für das reibungslose Funktionieren neoliberaler Gesellschaftlichkeit sind. Einige Beispiele mögen zeigen, worum es geht:

Sämtliche der erwähnten Kiez-Hochzüchtungs-Maßnahmen zeichnen sich durch das unbedingte Streben aus, die Lücke, d.h. das *Zeitweilige, Provisorische* und *Offene* restlos zu beseitigen: Denn erst, wenn sämtliche Freiflächen bebaut, alle Fassaden saniert und auch die allerletzte Fußleiste makellos umstrukturiert ist, wenn also totale *Definiertheit, Markiertheit* und *Abgeschlossenheit* herrscht - und somit *Kreativität, Impulsivität* und *Spontaneität* gezähmt bzw. verunmöglicht sind -, ist die neoliberal designte Denk- und Empfindungswelt befriedigt und entängstigt. Ähnliches gilt auch - Ja, jede Ordnung hat ihre Logik! - für *Schluffigkeit, Sanftheit* und *Empfindsamkeit*. Auch solche Tugenden sind unerwünscht. Erwünscht ist vielmehr das *Harte, Feste und Gerade*: So nämlich - um nur ein Beispiel zu nennen - wie die Tisch- und Lampenordnung vieler Edel-Freßtempel durch quasi-militärische Geometrik besticht, empfindet auch die bzw. der durchschnittliche Yuppi-UrbanitIn. Erstrebt ist *Makellosigkeit, Souveränität* und *Selbstdisziplin*. Geschafft haben es die, welche sich durchgebissen haben und somit dazugehören: zur Popwelt des Neoliberalismus! Verabscheut wird folglich auch - der neoliberal designte Mensch kann gar nicht anders - das Subversive, d.h. das *Dunkle, Abgründige* und *Verwegene*. Gefragt ist stattdessen Klarheit, d.h. *Helligkeit, Durchsichtigkeit* und *Hygienik*. Dunkle bzw. schmutzige Strassen, Ecken und Höfe sind aus diesem Blickwinkel genauso gefährlich wie WiderständlerInnen, Punks oder WagenburglerInnen, d.h. solche Wesen, welche ihren Verrücktheiten, Launen und Lüsten schrill & nachhaltig Ausdruck verleihen. Derartig undiszipliniertes Gesocks gehört - jedenfalls aus neoliberaler Mainstream-Sicht - bekämpft, und sei es durch Wachschutz und Hygiene-Kolonnen. Spätestens jetzt - Achtung, dieser Kniff ist wichtig! - dürfte klar geworden sein, in welchem Sinne neoliberal aufgenobelte Kiezquartiere nicht nur *Brutstätten* neoliberal designter Normen, Werte und Prinzipien sind, sondern auch auf das Allerengste mit anderen Erscheinungen des Neoliberalismus *zusammen*hängen, mit solchen wie z.B. Liberalisierung globaler Kapital- und Warenströme, Deregulierung des Arbeitsmarktes, Teil-Zerschlagung sozialer Sicherungssysteme, Totalisierung des Konkurrenz- und Leistungsprinzip, etc..

Gleichfalls klar geworden sein dürfte aber auch, weshalb eine Spackparade nichts anderes ist als die ultimative Zurschaustellung expressiver Vitalität, d.h. die Lebendigmachung des *Entfesselten, Ausufernden* und *Überbordenden*, und das gemäß des Mottos: Werdet närrisch, flippt aus, spackt ab! Baut Wägen, Betten und Anhänger, verkleidet Euch, rüstet Euch aus! (Was das konkret heißt, das ist Eurer Phantasie überlassen. Geplant ist bislang so mancherlei, u.a. Helmut-Kohl-Standbilder, Musik aus acht Jahrhunderten, eine Mr.-Spock-Dia-Show, fliegender Biss, rollende Sofas, Kleinkunst-Darbietungen, uvm..)

Eines von inzwischen mehreren
P.A.R.A.D.E.N.K.O.M.M.I.T.E.E.S.



AM 30.11.'99 UM 19.30 UHR VOM WASSERTURM [PRENZLBERG] ZUM HACKESCHEN MARKT [MITTE]

Raus aus den Löchern!

-8-

2. unordentliches Maulwurfstreffen am 11.12. in der SFE/Mehringhof 12Uhr zu Strategien und Perspektiven linksradikaler Politik

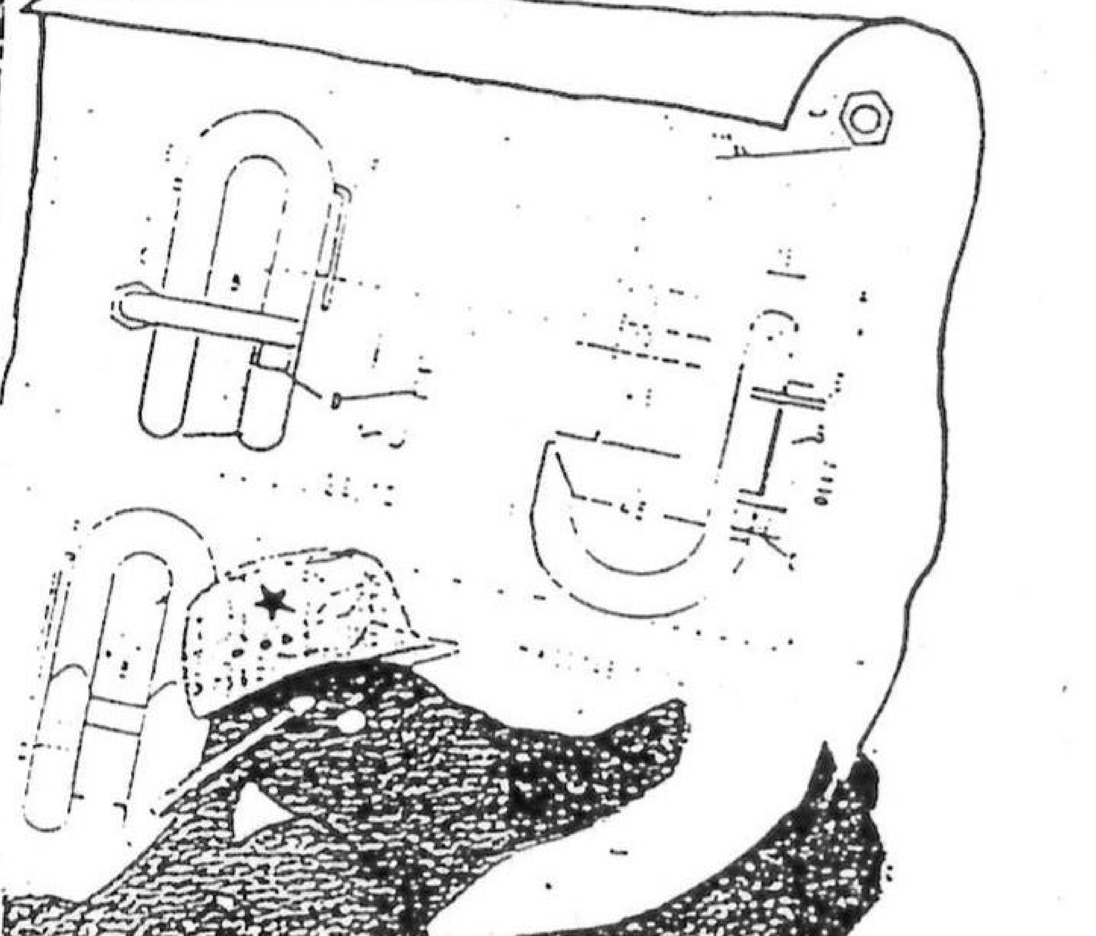
mit Essen und Trinken und anschließend dem Film „Die Franz Meiser Show – Zur goldenen Hakenkralle" Mitschnitt vom 14.10. im EX





Wie schon angedroht (siehe „Protokolle & Zukunftsmusik" in der Interim 487) soll nun am 11.12. ein nächstes Diskussions- und Vernetzungstreffen linksradikaler Gruppen und Einzelpersonen stattfinden.

Als gemeinsames Thema für diesen Tag wollen wir uns die Frage stellen, wie wir in gesellschaftliche Prozesse wirken. Dabei sollen die unterschiedlichen Formen unserer Politik sowohl im Einzelnen (von Demos bis zu direkten Aktionen) als auch in ihrer gesamten Wirkungsweise hinterfragt werden, so daß wir dahin kommen, weniger beliebig und phantasielos von einer schlechtbesuchten Veranstaltung zur nächsten Latschdemo zu holpern, sondern langfristig zielgerichteter und mit erweiterter Handlungspalette wieder eine größere politische Kraft zu entwickeln. Dazu werden in der nächsten Interim ausführliche Thesen veröffentlicht.
Uns ist bewußt, daß diese Eingrenzung des Themas manches nicht berücksichtigt, was eigentlich dazugehört, zB. unsere soziale Struktur untereinander oder das Verhältnis von Politik und Alltag.
Es ist geplant, nach einer kurzen Einführung wieder in AGs zu reden und die allgemeingehaltene Fragestellung auf die Praxis der jeweiligen Teilbereiche anzuwenden. Dabei soll aber auch Platz sein für andere Diskussionen oder Mobilisierungen, falls Bedarf besteht.
Diesmal soll für die gemeinsame Diskussion im Plenum mehr Zeit sein, damit nicht wieder nach den AG-Berichten die Luft raus ist. Ziel wäre, den Blick aus den Teilbereichen wieder auf eine übergreifende Sichtweise hinzukriegen, um nicht am konkreten Einzelereignis kleben zu bleiben.



Voraussichtlich werden diese AGs stattfinden:
- Anti-AKW
- Anti-EXPO
- Antipatriarchale Politik
- Antirassismus
- Internationalismus
- Autonome Freiräume (Häuser und Wagenburgen)
- Außerdem wird eine übergreifende AG ohne speziellen Teilbereichsblick vorbereitet

Natürlich sind auch alle herzlich eingeladen, die beim letzten Treffen nicht dabei waren.

Wir hoffen auf euer massenhaftes Erscheinen und reges Diskussionsinteresse !

Global Action Day in München - Siemens abschalten!

Am 30. 11. findet in Seattle, USA, die Konferenz der Welthandelsorganisation WTO statt. Die VertreterInnen der WTO-Mitgliedstaaten wollen dort über weitere Massnahmen zur Durchsetzung des „freien, schrankenlosen Welthandels beschliessen". So ist beispielsweise die sogenannte Millenium Round, die Neuauflage des MAI (Multilateral Agreement on Investigations) Gegenstand der Verhandlungen. Die unterzeichnenden Staaten verpflichten sich darin, ihre Politik und Gesetzgebung ganz an den Interessen der Wirtschaft auszurichten. Davon profitieren in erster Linie Grosskonzerne und reiche Industriestaaten. Für den Grossteil der Menschen, gerade in der sogenannten Dritten Welt und in den osteuropäischen Ländern, bedeutet die bedingungslose Unterwerfung unter die Verwertungs- und Profitlogik nichts anderes als die Verschärfung von Ausbeutung und Verelendung. Aus diesem Grund werden am 30. 11. 99 in verschiedenen Städten auf der ganzen Welt Aktionen von Widerstandsbewegungen stattfinden, die nicht bereit sind, den Terror der Ökonomie tatenlos hinzunehmen.
Auch in München wird der Global Action Day am 30.11.99 nicht sang und klanglos vorübergehen. Bekanntlich befindet sich in München der Hauptsitz des Siemenskonzerns, der wie andere transnationale Grosskonzerne massgeblich von den Wirtschaftsliberalisierungsmassnahmen profitiert, die auf der WTO-Konferenz in Seattle beschlossen werden sollen.
Siemens stellt in vielerlei Hinsicht ein wichtiges Angriffsziel dar. Von der Atomkraft über Rüstungselektronik und Überwachungsanlagen bis hin zur Ausbeutung von BilligarbeiterInnen in der Computerindustrie- der Name Siemens steht weltweit für extreme Formen von Ausbeutung und Unterdrückung unter dem Deckmantel des sauberen technologischen Fortschritts. Als deutscher Konzern gehört Siemens zu den Hauptnutznießern deutscher Grossmachtpolitik. Dies zeigt sich beispielsweise bei der Vergabe von Aufträgen und der Errichtung von Produktionsstandorten im ehemaligen Jugoslawien, das mehr und mehr zum militärisch abgesicherten „Hinterhof" der BRD ausgebaut wird. Auch die konsequenten Weigerung, die Entschädigungsforderungen der ZwangsarbeiterInnen zu erfüllen, die während des Nationalsozialismus in den Siemenswerken Sklavenarbeit verrichteten, zeigt das wahre Gesicht des Konzerns.
Bei der kapitalistischen Grossveranstaltung EXPO 2000 in Hanover ist Siemens einer der wichtigsten Sponsoren und Aussteller. Übrigens gehört der Forschungsreaktor München II, der von Siemens in Garching bei München gebaut wird, zu den Vorzeigeprojekten auf der EXPO 2000.

-Vor diesem Hintergrund planen wir für den 30. 11. 99, voraussichtlich ca. 17 Uhr, eine Aktion vor der Siemenszentrale am Wittelsbacherplatz in München. Danach evtl. Schneeballschlacht am Weihnachtsmarkt, Abends Widerstandsparty zum fröhlichen Ausklang (Örtlichkeit wird noch bekanntgegeben).

-Wir laden alle Gruppen und Einzelpersonen, die sich an der Planung von Aktionen zum Global Action Day in München beteiligen wollen, zum Koordinierungstreffen ein: Dienstag, 19. 10. 99, ab 20 Uhr, im Infoladen, Breisacher Str. 12 (U/S-Bahn: Ostbahnhof)

Kontakt: Anti Expo München, c/o Infoladen, Breisacher Str. 12, 81667 München; Fax: 089/4802006 Tel.: 089/4489638; e-mail: antiexpo2000-de@gmx.de

Wagenleben in Oldenburg braucht Platz

Die Stadt gehört uns allen – Bagger in die Hunte

Die Oldenburger Wagenburg existiert seit 1992 (siehe Kasten). Seit 1995 leben wir auf einem Platz am Stau, den die Stadt uns zugewiesen hat. Die Stadt duldet uns - aber zu Bedingungen, die wir nicht länger akzeptieren können.
Außerdem scheint sie ein großes Interesse daran zu haben, daß wir eine überschaubare Gruppe bleiben.

Wagenleben bedeutet für uns nicht nur im Wagen zu wohnen, sondern auch, daß wir unsere Frei- und Lebensräume selbst schaffen und gestalten. Politik und Kultur sind in unserem täglichen Leben genauso verankert wie zwischenmenschliche Auseinandersetzungen um ganz alltägliche Dinge. Unser Weg ist die Selbstorganisation. Gedankenlosen Konsum, der auf Ausbeutung von Mensch und Natur basiert, lehnen wir ab.
Wir wollen unsere Art zu leben nicht einer kleinen, festen Gruppe vorbehalten, sondern so offen wie möglich sein. Mit unserer selbstbestimmten Wagenburg-Kneipe schaffen wir Alternativen zum Mainstream der Innenstadt. Die Veranstaltungen wie Konzerte, Filme, Parties ... machen nicht nur wir, sondern alle, die Lust darauf haben.
Vor allem in letzter Zeit fragen viele Menschen, ob sie bei uns einziehen könnten. Der Platz, den die Stadt für alternative Wohn- und Lebensformen herausgerückt hat, ist zu klein. Daher mußten wir die InteressentInnen vertrösten.
Die Entscheidung, wer in Oldenburg im Wagen zu leben hat und wer nicht, kann nicht unsere Sache sein. Es ist Angelegenheit der Stadt, für ausreichend Wohnraum zu sorgen. Wir wehren uns entschieden gegen die Kleinhalte-Taktik der Stadt und lassen eine Einschränkung unserer selbst gewählten Lebensform nicht länger zu.
Die Wagenburg hat sich trotz Repression 1992 bis 1995 nicht kleinkriegen lassen. Das Ergebnis war ein Platz zu Vertragsbedingungen, mit denen die Stadt das für sie Beste rausholen wollte: Die Gruppe bleibt gezwungenermaßen begrenzt. Die Entwicklung ist aus Platzgründen beschränkt. Der Pachtpreis für das zuvor ungenutzte Gelände ist unangemessen hoch und eindeutig ein politischer Straf-Preis.



So nicht!!!

Unser Gelände liegt auf Innenstadterweiterungsgebiet, auch der Stau soll „attraktiver" werden. Parallel zu anderen bundesdeutschen Städten sollen auch in Oldenburg zentral gelegene Flächen gewinnbringend vermarktet werden. In Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn AG entstehen hier wie überall protzige Shopping Malls und Dienstleistungszentren, in Oldenburg sind dieser Luxussanierung rund um den Oldenburger Stern bereits zahlreiche Alternativprojekte zum Opfer gefallen, z.B. K 14 und KARG. Die Gewinnsteigerungsstrategie geht Hand in Hand mit gezielter Vertreibung von Einzelpersonen und sozialen Zusammenhängen, die nicht in das Bild von Ordnung und Sauberkeit passen.
Unter dem Vorwand, das „subjektive Sicherheitsgefühl" in der Innenstadt zu stärken, werden Präventivmaßnahmen ergriffen, die einen ungestörten Konsum sichern sollen. Die Vermischung von sozialpolitischen, ordnungsrechtlichen und polizeilich-strafrechtlichen Bereichen zielt auf die Intensivierung der sozialen Kontrolle ab. Gefährliche Plätze und Gruppen werden konstruiert, um willkürliche Platzverweise und Polizeikontrollen ohne sichtbaren Anlaß zu rechtfertigen.
Auch unser Gelände wird über kurz oder lang dran sein. Die Stadt hält sich die Möglichkeit zur schnellen Bebauung offen, indem unser Vertrag jeweils auf ein Jahr befristet ist.

Sommer 1991 zwei Hausbesetzungen scheitern Räumung noch am selben Tag ***Winter 1992*** ein Teil der HausbesetzerInnen gründet eine Wagenburg, besorgt alte Bauwagen, einen Trecker und eine leere Bundesbahnhalle ***4.9.92*** fünf Leute besetzen das erste Gelände hinter der Weser-Ems-Halle Räumung nach zwei Wochen. Nach einer kurzen Rundreise wird uns von der GSG ein Gelände an der Cloppenburger Straße überlassen ***Februar 1993*** Kündigung des Nutzungsvertrags wegen Streitigkeiten im Rat. Besetzung des Geländes an der Feldwische / Bürgerfelde mit inzwischen 13 Leuten. Langwierige Räumungsklage ***Oktober 1993*** Räumung vor der Tür Umzug zur Uni ***April 1994*** wir beziehen mit Einverständnis des Eigentümers einen Platz an Sieben Bösen / Drielake. Räumung und Beschlagnahmung der Wagen ***Sommer 1994*** die obdachlos gemachten Wagenmenschen kämpfen mit allen Mitteln um einen Platz. Durchhaltevermögen und viel Solidarität zwingen die Stadt auf Anweisung der Bezirksregierung dazu, einen Platz zu schaffen ***Winter 1994/5*** Überwintern auf einem Parkplatz in Osternburg, zäheVertragsverhandlungen mit der Stadt ***Mai 1995*** Umzug auf das Gelände am Stau

Es reicht! Es reicht schon lange!

Wir fordern mehr Platz für Wagenleben in Oldenburg. Wir sind viele und wir werden mehr. Wir bestimmen unser Leben selbst und fordern von der Stadt ein angemessenes Gelände. Wir sind nicht überschaubar und werden es niemals sein. **Es gibt genug Platz in dieser Stadt! Die Städte auf für Alle! Wir nehmen uns, was uns sowieso gehört! Schneller größer lauter !!!**

Unsere Wagen haben Räder....





Ladenkollektiv politik+rausch zum Vorwort der Interim Nr. 485 vom 7. Oktober 1999:

Im Vorwort der Interim 485 wird unser Text „Dickicht ringsum..."[1] von der Redaktion der Nummer 485 [im Folgenden: „Redaktion"] für eine Position vereinnahmt, die nicht die unsere ist. Die Redaktion schreibt zur zweiten Erklärung der „Schlagt-die-Sexisten-wo-ihr-sie-trefft-GmbH" [im Folgenden: „GmbH"]:

> *„Ein hoffentlich letztes Wort sei unsererseits den Frauen und Lesben der schlagenden Fraktion* [d. i. die „GmbH"] *hinterhergerufen. An einer Stelle haben wir mit Euch Konsens: Welche dermaßen dogmatisch mit dem Holzhammer agitieren (und mit der Gaspistole vorgehen) wie ihr in der letzten Ausgabe und praktisch alle gemischtgeschlechtlichen Gruppen zu aktiven Täterschützern deklarieren, brauchen sich nicht mehr in einem gemischtgeschlechtlichen Heft zu Worte zu melden. (An dieser Stelle verweisen wir auf den Beitrag des Ladenkollektivs „Politik und Rausch"). Insofern gehen wir davon aus, daß sich die verschiedenen Beiträge auf diejenigen beziehen, die ein echtes Interesse an Diskussion an antipatriarchaler Politik auch mit gemischten Gruppen haben. Dafür steht die Interim selbstverständ-* [bricht hier ab]"

Der Tonfall dieses Absatzes ist recht erfrischend: Inzwischen kann auch in einem Interimvorwort zu diesem Komplex mal scharfe Kritik an einem FrauenLesbenzusammenhang formuliert werden, ohne diese in eine „Ja, aber..."-Formulierung verpacken zu müssen. Nun kommt es darauf an, wie/womit dieser Diskussions-Freiraum gefüllt wird (s.u.). Und wir können der „Redaktion" nachfühlen, daß sie nur zu gerne nicht mehr in die Verlegenheit gebracht würde, Texte wie die der „GmbH" veröffentlichen zu müssen. Aber: Die „GmbH" und ähnliche werden auch weiterhin in der gemischt-geschlechtlichen Szene agieren/agitieren und dabei nicht selbstgenügsam auf die Möglichkeit verzichten, in der Interim zu veröffentlichen. Selbst wenn sich die „GmbH" tatsächlich nicht mehr zu Wort meldete, hielten wir das Auftreten der „Redaktion" dennoch für politisch falsch, weil es **a)** die „GmbH" einfach aus der Verantwortung entläßt, **b)** die realen Widersprüche in der autonomen Szene nicht wahrnimmt und **c)** ohne inhaltliche Begründung hier zwar zufällig die Richtigen erwischt, aber kein Kriterium für andere, frühere oder spätere Fälle bietet.

a) Die Aktion der „GmbH" bezog sich auf einen gemischt-geschlechtlich öffentlichen Raum, betraf eine gemischt-geschlechtliche Szene und vor dieser muß sie sich rechtfertigen. Auch der „GmbH" können wir nachfühlen, daß sie sich in dieser Situation lieber aus der Konfrontation, in die sie sich (nicht erst mit dieser Aktion) begeben habt, zurückziehen und politisch nur *beschränkt haften* will. Das ist mit einer trotzigen Geste immer leicht möglich. Wir halten es aber nicht für politisch sinnvoll, sie auf diese Weise davon kommen zu lassen.

Das Flugblatt der „schnarups" forderte die GmbH ganz unmittelbar zu einer direkten Diskussion auf, läßt die „GmbH" also nicht nicht ohne jede Rechtfertigung für ihre Aktion davon kommen — und genau darin liegt die Stärke des Flugblatts. Es scheint gewirkt zu haben: Die zweite Erklärung der „GmbH" ist unseres Erachtens eine Reaktion auf das Flugblatt der „schnarups": Sie erschien erst nach dem Flugblatt der „schnarups" (wenn sie auch in der Interim in anderer Reihenfolge auftauchten) und geht inhaltlich auf das Flugblatt ein. Die Erklärungen der „GmbH" und die mit ihr sympathisierenden Texte sind Teil der Debatte und müssen dieser Debatte wegen veröffentlicht werden. Und weil diese Debatte eine gemischt-geschlechtliche Szene angeht, muß sie auch in einem gemischt-geschlechtlichen Blatt veröffentlicht werden. Wir fänden es also besser, wenn die „GmbH" und ihre FreundInnen in die Pflicht genommen würden, statt erleichtert aufzuatmen, wenn sie sich der Auseinandersetzung entziehen.

b) Die Interim erfüllt eine positive Funktion, wenn sie die Debatten in der Szene wiedergibt und dadurch mit ermöglicht. Und gerade die gegenwärtigen Beiträge zeigen sehr deutlich, daß es in Fragen von Geschlechterverhältnissen, Sexismen und Patriarchat in der autonomen Szene auf unabsehbare Zeit völlig konträre Lager geben wird, die in weiten Teilen gegensätzlicher Auffassung sind und/oder aneinander vorbeireden. Und niemand hat die Legitimation, zu entscheiden, was nun die wahrhaft autonome Position in dieser Frage ist und also noch in die Interim kommt und was nicht.

c) Die „GmbH" aufzufordern, sich nicht mehr in gemischt-geschlechtlichen Blättern zu Worte zu melden halten wir daher für falsch und nicht begründbar. So nett es auch ist, in einem Interimvorwort positiv gewürdigt zu werden: *In diesen Kontext wollen wir nicht gestellt werden.* „Dickicht ringsum..." vertritt an keiner Stelle die Position, die „GmbH" möge sich nicht mehr äussern. Wenn die „Redaktion" solches vertreten will, dann soll sie es auch *begründen*. Andernfalls besteht die Gefahr der Beliebigkeit, d.h. der oben angesprochene Diskussions-Freiraum kann natürlich auch mit Interimredaktionenwillkür oder Antifeminismus oder schlimmerem gefüllt werden.

Im Übrigen sind wir der Meinung, daß die Interimredaktion*en* „kontroverse" Texte zu dieser Thematik „selbstverständ-" drucken müssen, statt sie „selbstverständ-" im Ordner verschwinden zu lassen (in dieser Debatte wieder geschehen). Alles andere wäre politisch so sinnlos, wie der Versuch einen Gebirgsbach in Handschellen zu legen.

Die „Kritik an der Zittauer Frauen-Resolution" von „Stefanie + Uschi" (Interim 486, S. 8-11) diskutieren!

Berlin, 11.11.99:
Ladenkollektiv
politik+rausch
Grünberger Straße 73
10245 Berlin
Tel.: 29 44 97 75

Neue Öffnungszeiten:
Mittwoch: 16-19 Uhr
Donnerstag: 17-20 Uhr
Freitag: 16-19 Uhr
Samstag: 11-14 Uhr

[1] In der Interim 485 ist ein Flugblatt der „schnarups" zur Aktion gegen die Scharnweberstr. 38 erschienen, das zu diesem Zeitpunkt schon über einen Monat in der Szene zirkulierte. In der selben Interim erschien unser Text, in dem wir das Flugblatt der „schnarups" kritisieren (und damit indirekt aber noch viel schärfer die „Schlagt-die-Sexisten-wo-ihr-sie-trefft-GmbH" und ihre Aktion). Unsere Kritik war Ergebnis einer Diskussion mit den „schnarups" über ihr Flugblatt und die weiteren Vorstellungen, die sie damit verbanden. Damit dieser Diskussionszusammenhang sichtbar wird, haben die „schnarups" und wir ihr Flugblatt und unsere Kritik gleichzeitig in der Interim 485 veröffentlicht. (Das Vergewaltiger-Outing in den Interims Nr.471-474; (Kosovokrieg); 479; die Aktion gegen die Scharnweber 38: 482-486; oder gesammelt bei uns.)

Zur Interim 458

Der Text von Schall und Rauch (Politik und Rausch) ist eine einzige Infragetellung von Frauen/Lesben erkämpften Positionen.

Daas fängt damit an das den Schnarup-Thumby Menschen die den Text geschrieben haben vorgeworfen wird das Sie Diskussions-Räume zu machen würden, weil Sie sich **mit der Forderung der Frau Solidarisieren** und den Ausschluss von Florian unterstützen. **Darüber gibt es nichts zu diskutieren weil sonst die Frau diejenige ist die die politischen und sozialen Strukturen verlasssen Muss, wenn Sie dem Vergewaltiger nicht begegnen will.**

Warum sollte einer Gruppe wie der AAB nicht Täterschutz vorgeworfen werden, wenn Sie:

1. Sich nicht vehält.
2. Wenn Flugblätter die die Vergewaltigung öffentlich machen abgerissen werden.
3. Sprüche auf Tische oder Toiletten geschrieben werden die der Frau vorwerfen zu lügen.
4. Leute aus der Gruppe abstreiten das Florian ein Vergewaltiger ist.
5. ER an ihrem Kneipenabend im Schnarup-Thumby auftaucht und nicht rausgeschmissen wird.

Was ist das anderes als Täterschutz?!

Das die Schnarups Selbstkritisch ihr tun als Täterschutz kritisieren, da sie wusstendas sich die AAB bei ihnen traf und sie auch wissen konnten/mussten wie die AAB sich dazu verhielt,hat also nichts mit einer Ausweitung des Täterschutz Begriffes oder gar mit einer im voraus angeschauten aktuellen "Fahndungsfotos" zu tun sondern mit **nicht nur im Schnarup nicht stattgefundenen Diskussionen.**

Diese angebliche Ausweitung desdes Definitionsrechtes ist doch nur das einfordern von Auseinandersetzung und **akzeptieren** des Ausschlusses eines Vergewaltigers. Warum sollten Frauen/Lesben zulassen das sich Vergewaltiger in linken Kneipen aufhalten dürfen ?
Arbeiten mit Feindbildern fängt an, wenn Frau(en) Vergewaltigungen öffentlich machen und zur Bedrohung für ein(e) Gruppe(Projekt) Stilisiert wird. Das ist kleinbürgerliches Verhalten(Die "Familie"muss geschützt werden gegen äussere"Feinde")
Das allererschlimmste an dem Text ist jedoch das der "bezweckte Nutzen für die betroffene Frau " in einem Halbsatz abgetan wird aber in einem ganzen Absatz darüber ausgelassen wird, was für ein Gedankengut angeblich durch einen Ausschluss mittransportiert würde.
Dem geschreibsel über hilflose Versuche zu pesonalisieren und das Problem am einzelnen Täter festgemacht würde, hat es wohl in keinem Text Gegeben.
Das ändert jedoch nichts daran das die Frau(en)/Lesben das RECHT haben den Ausschluss zuverlangen!
Bei RassistInnen und FaschistInnen würden die Geesellschaftlichen Verhältnisse nie als Hinderungsgrund für einen Ausschluss herhalten .
Oder kämpfen wir bald mit der NPD gegen den Kapitalismus ?
Das die INTERIM in ihrem Vorwort diesen Text auch noch lobt und im Umkehrschluss letztendlich den Frauen /Lesben abspricht in IHREM Blatt zu schreiben , zeigt welchen geringen Stellenwert antipatriachale Positionen haben wenn sie Konsequenzen einfordern.

Solange das Definitionsrecht der Frau(en) zwar Theoretisch anerkannt wird Praktisch jedoch fast jedesmal nicht,und jetzt sogar der Ausschluss aus dem politischen und sozialen Umfeld der Frau in frage gestellt wird,bleibt doch gar nichts übrig als auch Militante Gegenwehr. Sonst müssen sich doch immer die Frauen/Lesben zurückziehen oder woanders hingehen wenn Sie ihrem Vergewaltiger nicht begegnen wollen. Soll das etwa Antipatriachale Politik sein???

Vergewaltigungsdebatte .....zum 1.,zum 2.,zum hundertsten Mal

Seit einigen Wochen (Interim-Ausgaben)geistern nun diverse mehr oder weniger geistreiche Kommentare zu der Aktion der "Schlagt die Sexisten-wo-Ihr - sie-trefft-GmbH".Eigentlich ist der Großteil dieses Geschreibsels so absurd,daß sich ein weiteres Statement per se-erübrigt.
Nach der erneut super-beknackten und kaum revisionierten Erklärung des Schnarup-Kollektivs bzw.einiger AutorInnen,sehe ich mich gezwungen in diese Diskussion einzugreifen.
Vorweg sei gesagt,daß mehrere papers von gemischten und Frauengruppen mit erfreulich differnzierter Herangehensweise den Diskurs mit der obskuren Frauen/Lesben-Gruppe verstärkt hat.Entweder wurde ihr Vorgehen generell oder differenziert einer deutlichen Kritik unterzogen,was schon dafür spricht,daß ihre Aktionen sehr begrenzte Akzeptanz findet.
Aber diese Tatsache hat nur die "Konsequenz" ,nicht mehr in einer "gemischten Zeitschrift"(Interim)veröffentlichen zu wollen.
In diesem Zusammenhang "oute" ich mich als Typ eines gemischten Antifazusammenhangs und gehe somit davon aus,daß ich gemäß ihres Weltbilds nicht damit rechnen kann angehört zu werden...shit happens!
Zunächst einmal steht folgendes fest:Diese Klicke hat (lt.Artikel im "Phantom",Nr.9,Okt.99) in mehreren bestzten Häusern ,die "mit dem ganzen Film nix am Hut haben",Intrigen gesponnen,Leute als "TäterschützerInnen" degradiert und Streß und Angst verbreitet.Sie führen sich -ähnlich wie früher die RIM-super-dogmatisch auf,unfähig Selbstkritik zu üben.
Davon zeugt die Tatsache,daß das Schnarup-Kollektiv wenige Wochen nach dem Gasangriff bei dem"unbeteiligte Menschen und Tiere"zu Schaden kamen ein paper herausgaben,in dem sie sich selbst in keinster Weise positionieren,sondern zu 99% die unreflektierten Hasstiraden der GmbH übernahmen.
Hatten diese Leute möglicherweise so einen Schiß vor weiteren Repressalien,daß sie sich 2x nicht trauten eine eigene Stellung zu beziehen?
Mir ist klar,daß ich ähnlich polemisiere wie die GmbH,aber meine Wut und auch Angst über das Gebahren derselben ist inzwischen gestiegen.Bei aller Reflektion über ein vermeintlich oder tatsächliches sexistisches Verhalten -dem pro und contra Definitionsrecht der Frau-auch dem Entsetzen über einen erneuten Vorfall dieser Art und auch der Verwunderung darüber,daß ein Ex-Genosse,wenngleich mit offenbat niedrigem Bewußtseinsgrad,die Stirn besitzt sein Ego über das Interesse seiner Gruppe zu stellen und somit verantwortungslos gehandelt hat.
Es liegt auf der Hand:die GmbH ist angetreten,die eigenen Reihen zu "säubern",auch um den hohen Preis der Denunziation,so daß die Bullen und die bürgerliche Justiz auf den Plan gerufen wurden.Wer diese Grenze überschreitet-und mögen es noch so "hehre" Motive sein-arbeitet für die Gegenseite.Dieses Counter-Verhalten aber sollten wir alle-unabhängig von Gruppenzugehörigkeit-nicht tolerieren.
Die Gesprächsebene ist durch die GmbH bewußt zerstört worden;jetzt gilt es nur sich zu verhalten.Die lachenden Dritten sind in jedem Fall die Bullen und der VS.Vielen Dank........

EU-Sondergipfel in Tampere

Vom 15.-17. Oktober fand in Tampere (Finnland) ein EU-Sondergipfel statt, bei dem wieder einmal die Harmonisierung der Asylgesetzgebung und die Kontrolle bzw. Verhinderung von Migration ein Schwerpunktthema waren.

TATblatt

Sehr eigenartig mutet es an - hier von selektiver Wahrnehmung zu sprechen wäre fast schon euphemistisch - wenn Journalisten in TV und Printmedien, die über die Ergebnisse des EU-Sondergipfels in Tampere berichten, in ihren Medien melden, daß die EU keine Festung Europa plant. (z.B.: "Das Schreckgespenst einer Festung Europa ist vorerst verjagt." Die Presse) Tausende MigrantInnen und Flüchtlinge, die während der letzten Jahre an der EU-Außengrenze gestorben sind, zählen nicht. Die Superbösen bleiben natürlich die "Schlepper", die die "volle Härte der Strafgesetze spüren sollen."

Die Flüchtlingszahlen sollen künftig mittels "Präventivhilfe" gesenkt werden, d.h. Länder, aus denen es besonders viele Flüchtlinge in die EU kommen, sollen eine finanzielle Unterstützung erhalten oder sonstwie unter Druck gesetzt werden, um die politische und wirtschaftliche Lage innerhalb der eigenen Grenzen zu verbessern. (Von Migrationstheorie dürften die politischen BeraterInnen der Herren Regierungschefs nicht viel Ahnung haben; siehe TATblatt-Schwerpunktnummer Flucht.Hilfe)

Dem Ansatz der "Präventivhilfe" entsprechen die neuen "Aktionspläne", der seit Ende des letzten Jahres arbeitenden "Hochrangigen Arbeitsgruppe Asyl/Migration". Einzelne EU-Mitgliedsstaaten erstellten federführend Lageberichte einzelner Herkunftsländer, aus denen es Migrationsbewegungen nach Europa gibt. Die Abschlußberichte wurden in Tampere präsentiert. Entscheidende Kriterien für die Erstellung sind die "politische, wirtschaftliche, entwicklungspolitische und humanitäre Zusammenarbeit" mit der EU. Für den in der BRD erarbeiteten "Aktionsplan" Irak wurden über die Jahre Informationen zu Fluchtrouten, unzählige Namen, Adressen, Telefonnummern, Personenbeschreibungen von potentiellen FluchthelferInnen aus dem Umkreis von Kirchen, Reisebüros, Parteien, Pensionen und Hotels gesammelt, ausgewertet und ein Konzept zur Zerschlagung der Fluchtrouten erstellt. Österreich erstellte einen Aktionsplan über Albanien und den Kosovo. Weitere Länder unter Beobachtung sind Afghanistan, Marokko, Somalia und Sri Lanka.



Ansonsten hörte mensch beim Sondergipfel die üblichen hohlen Phrasen, die jedem Mitgliedsstaat einen breiten Spielraum lassen: Integration vor Neuzuwanderung, Asyl für wirklich Schutzbedürftige etc. Überraschend ist vielleicht, daß jetzt offen zugegeben wird, daß im Interesse der RassistInnen aller Länder, Politik gemacht wird. Offiziell heißt das: Rücksichtnahme auf die "berechtigten Sorgen der Bürger".

Nach Pressemeldungen ist es einer Intervention von Nochkanzler Klima zu verdanken, daß im Schlußbericht zu lesen ist, daß Angehörige von Drittstaaten in der EU "vergleichbare(!) Rechte und Pflichten wie EU-Bürgern" zuerkannt werden und nicht "gleiche", wie es ursprünglich heißen sollte. (Außenminister Schüssel, der sehr bemüht war, nicht den Eindruck zu vermitteln, er und Klima verstünden sich besonders gut, lobte den Kanzler im Rahmen einer Pressekonferenz für diese Intervention.) Eine weitere Änderung im Abschlußbericht, die auf Initiative Österreichs und Deutschland durchgeführt wurde, ist ganz amüsant. Österreich und Deutschland waren wiederholt dafür eingetreten, daß Länder, die besonders viele Flüchtlinge aufnehmen, dafür von der EU finanziell entschädigt werden sollten. Zu diesem Zweck sollte ein Flüchtlingsfonds eingerichtet werden. Im Bericht ist nun zu lesen, daß aus diesem Topf Staaten Mittel erhalten sollen, "die bei einem massiven Zustrom von Flüchtlingen in eine Notlage geraten". Schröder und Klima ("eine eigenartige Formulierung") erkannten natürlich sofort, daß bei einer solchen Formulierung sicher kein Geld an Österreich oder Deutschland fließen würde, weil nicht damit zu rechnen ist, daß die beiden Länder durch Flüchtlinge in "Notlage" geraten würden, und traten daraufhin für die Streichung dieser Passage ein, die auch durchgeführt wurde.

Gegenaktionen zum Gipfel

Im Rahmen des Gegengipfels, der ebenfalls in Tampere stattfand, gab es Workshops, ein "Rock against Racism"-Konzert und eine Demonstration mit ca. 800 TeilnehmerInnen aus mindestens zwölf Ländern. Europaweit gab es weitere Aktionen gegen die Asyl-, Migrations- und Sicherheitspolitik der EU: In Frankfurt, Berlin und Paris gab es Aktionen bei oder in den großen Abschiebeflughäfen. In Polen gab es Aktionen gegen die polnische Grenzpolizei. In Koblenz demonstrierten einige hundert Menschen vor der Zentrale des Bundesgrenzschutzes (BGS). In mehreren Städten in Italien und der Schweiz gab es Aktionen und Demonstrationen.

In Österreich gab es am 10. und 14. Oktober Aktionstage gegen Abschiebungen.

★

Rettet das Leben von Mumia Abu Jamal

Just In Time – Überlegungen zu einer bundesweiten Aktion

Der für Anfang November angesetzte Hinrichtungstermin für Mumia Abu Jamal wurde aufgehoben. Das juristische Handgemenge geht in eine neue Runde aber „meine Zeit...", sagt Mumia Abu Jamal, „läuft ab".

Die us-amerikanische Administration ist weiterhin entschlossen Mumia Abu Jamal zu ermorden. Für den Fall, daß ein zukünftiger Hinrichtungstermin nicht ausgesetzt wird, daß es im Ringen um das Leben von Mumia Abu Jamal eine derartige Zuspitzung gibt, die seinen Tod unausweichlich erscheinen läßt, schlagen wir eine Aktion vor, die den stillschweigenden Ablauf des herrschenden Alltags anhält, die die »Normalität« für einen Augenblick aufhebt und unserem Protest internationale Aufmerksamkeit verschafft, um damit nocheinmal massiven Druck auf die justiziellen Mörder zu erzeugen. Wir gehen davon aus, daß zu diesem Zeitpunkt viele Menschen bereit sein werden, sich auch bundesweit an einer zentralen und unmittelbar eingreifenden Aktion zu beteiligen.

Wir schlagen vor, die »Just-In-Time-Zulieferung« eines us-amerikanischen Automobilkonzerns in der Bundesrepublik so zu blockieren, daß es zum Stillstand der Fließbänder kommt.

»Just-In-Time-Produktion« bedeutet, daß erst kurz bevor ein Bauteil am Fließband benötigt wird, die Anlieferung erfolgt. In den Montagefabriken gibt es keine Lagerhaltung mehr, allenfalls einen kleiner Pufferbestand. Diese »moderne« Fertigungstechnik ist in der Automobilindustrie am weitesten entwickelt und dort auch am angreifbarsten.

Die Brisanz einer solchen Blockade und damit auch die Warscheinlichkeit ihrer internationalen öffentlichen Wahrnehmung, liegt nicht nur in ihrem direkt eingreifenden Charakter und einem möglicherweise hohen materiellen Schaden, sondern auch in der Unverschämtheit einen Schwachpunkt in der neustrukturierten Ausbeutungskette angreifend aufzuzeigen. Eine solche Aktion kann nur bei Beteiligung einer großen Anzahl von Menschen erfolgreich sein und das Risiko für die Einzelnen minimieren.

Als mögliche Aktionsorte bieten sich die Ford-Werke in Köln oder die Opel-Werke (General Motors) in Bochum an.

Erinnert ihr euch? Dieser Vorschlag stammt aus der letzten großen Mobilisierung gegen die Hinrichtung von Mumia Abu Jamal. Wir halten ihn erneut für diskussionswürdig, gerade jetzt wo sich mit dem Aussetzten der Hinrichtung ein neuer Zeitkorridor geöffnet hat der auch Raum für die notwendige Vorbereitung zuläßt.

AG just in time



Polizeiüberfall auf antifaschistischen Innenstadtspaziergang

In der Nacht des 30.10. gab es zum zweiten Mal einen Antifa-Spaziergang durch die Oldenburger Innenstadt. Die erste Aktion dieser Art fand in der Nacht vom 15.10. statt, als etwa 60 AntifaschistInnen durch die Oldenburger Innenstadt zogen, Flugblätter verteilten (siehe unten) und mehrere Nazis verjagten. Ziel der Spaziergänge soll sein, den Nazis zu zeigen, daß sie in der Innenstadt nichts zu suchen haben und die anderen InnenstadtbesucherInnen zur Gegenwehr gegen die immer offensiver auftretenden Faschos zu ermutigen. Am 30.10. versammelten sich über 40 Menschen zu einem weiteren Innenstadtspaziergang, der aber schon nach ein paar hundert Metern ziemlich plötzlich beendet wurde. Die TeilnehmerInnen wurden am Waffenplatz von einem Sondereinsatzkommando der hannoverschen Bereitschaftspolizei erwartet. Das griff sofort zu und jagte die AntifaschistInnen durch die Wallstraße bis zum Lefferseck, wo dann 33 Leute eingekesselt wurden. Diese wurden vor den Augen von etwa 15-20 hocherfreuten Nazis (die noch während des Bulleneinsatzes die Gelegenheit nutzten und wiederum MigrantInnen angriffen) und unter dem Protest einer Reihe von PassantInnen in einen Gefangenenbus verfrachtet und dann in das Polizeikommissariat am Friedhofsweg gefahren. Dort wurden die AntifaschistInnen, die mehrere Stunden in dem Gefangenenbus festgehalten wurden, „erkennungsdienstlich behandelt" (Personalien, Photos, Fingerabdrüke, ...). Die letzten wurden gegen 8 Uhr morgens wieder freigelassen. Auf dem Bullenrevier wurden gegenüber den Festgenommenen verschiedenste Vorwürfe wie z.B. „Bildung eines bewaffneten Haufens", „Verstoß gegen das Versammlungsgesetz" und „Bildung einer rivalisierenden Bande" vorgebracht. Dazu kamen wilde Äußerungen in der NWZ über die mitgeführten Waffen, inklusive nur in Bullenphantasien existierenden Eisenstangen.

Die Polizei wußte also vorher über die Aktion Bescheid und es gibt ungesicherte Informationen darüber, daß der gesamte Polizeieinsatz auf direkte Weisung des Innenministeriums stattgefunden hat.

Der Polizeieinsatz vom 30. 10. hat einmal mehr deutlich gemacht, wie der „Rechtsstaat" mit den faschistischen Aktivitäten umzugehen gedenkt. FaschistInnen werden als „alkoholisierte Jugendliche" bezeichnet, die gelegentlich über die Stränge schlagen, Überfälle der Nazis zu „Streitereien" heruntergespielt. Aktive AntifaschistInnen werden hingegen von einer Spezialeinheit vermummter Bullen angegriffen und als „schwerbewaffnete Extremisten" tituliert. Für den Staat und die Stadt Oldenburg steht wohl fest: der Feind steht links.

Fest steht auch, daß wir uns von dem Bullenübergriff nicht einschüchtern lassen werden. Wir werden wiederkommen, bis die FaschistInnen endgültig aus der Stadt vertrieben sind und sich jedeR dort wieder frei bewegen kann !

Schon vergessen?

Ein Nachtrag zur antinationalen Demo in Wiesbaden

Wir sind Leute, die sich an der Demovorbereitung beteiligt, und VertreterInnen zu verschiedenen Treffen geschickt haben. Und wir sind genervt und geschockt.
In der Demo stand **ACHIM SOMMERFELD** (33 Jahre, ca. 190cm groß, schlaksig dünn, dunkelblonde Haare, Jurastudent, Wiesbadener), eingereiht als sei er einer von uns, ins Gespräch mit DemoteilnehmerInnen vertieft. Wir haben auf der Demo kurz beratschlagt was zu tun ist, und entschieden uns dann aber die Debatte mit den Wiesbadenern danach zu führen. Die Demostimmung war eh schon mies genug und auf eine Schlägerei hatten wir diesmal keinen Bock.

Zur Erinnerung:
ACHIM SOMMERFELD hat vor zwei Jahren im Zusammenhang mit den Bullenermittlungen zu dem Anschlag der RAF auf Weiterstadt und dem Auffliegen des Spitzels **KLAUS STEINMETZ** Aussagen bei der Bundesstaatsanwaltschaft gemacht. Während die Genossin Ursel Quack knapp sechs Monate Beugehaft im Knast absaß, berief sich **SOMMERFELD** auf § 55 und plauderte, mit Unterstützung seines Anwaltes ANDREAS GROß, fröhlich vor sich hin. Damit fiel er nicht nur der Genossin Ursel und linksradikaler Politik in den Rücken, er gab den Ermittlungsbehörden auch Infos. Mit einem Flugblatt versuchte **SOMMERFELD** danach seine Kolaboration zu rechtfertigen. *Das sei kein Verrat gewesen, aber das könne man ja wohl auch anders sehen.* In der Tat. Vor seinen Aussagen schon besuchten ihn GenossInnen und sprachen mit ihm über die anstehende Vorladung. Immer wieder versicherte er, er werde nichts sagen. Nach seinen Aussagen bei der BAW versuchte er sich weiter zu rechtfertigen. Auf einem Szeneplenum mit über 150 TeilnehmerInnen in Ffm erklärte er noch einmal warum er Aussagen gemacht habe. *Es hätte ja niemanden gegeben, z.B. keine Partei, die es ihm verboten hätte Aussagen zu machen, oder ihm davon abgeraten hätte. Außerdem hätten die Aussagen für ihn ja sowieso keine Konsequenzen.* Damit verabschiedete er sich vom Plenum.
Dem scheint in der Tat so. **ACHIM SOMMERFELD** ist Mitarbeiter im Wiesbadener "Bildungswerk Anna Seghers e.V.". AntifaschistInnen aus Frankfurt suchten die Diskussion mit den MitarbeiterInnen im "Bildungswerk", um zu erfahren wie sie **SOMMERFELD**s Aussagen sehen. Eine Auseinandersetzung wurde verweigert und man stellte sich in dummdreisten Briefen bedingungslos hinter **SOMMERFELD**.
Nun nimmt er sogar auf linken Demos wieder teil.

Wir möchten deshalb von den WiesbadenerInnen und den anderen DemoteilnehmerInnen die **ACHIM SOMMERFELD** kennen wissen:

- Wieso kann jemand wie **SOMMERFELD** problemlos auf unsere Demos kommen?
- Wie ist euer Verhältnis zu Leuten die Aussagen bei der BAW machen, während andere im Knast sitzen?
- Was ist mit den Leuten die sich damals deutlich von **SOMMERFELD** distanzierten und sogar ein Flugblatt zu **SOMMERFELD** schrieben? Sind sie der Meinung sein Verrat ist verjährt? Oder haben sie sich der Meinung des „Bildungswerkes" angeschlossen, daß Verrat nicht so schlimm ist?
- Wie wollt ihr zukünftig mit Leuten umgehen, die Aussagen bei der BAW oder den Bullen machen?
- Wird **SOMMERFELD** auch in Zukunft auf politische Veranstaltungen und Demos von euch kommen können?

Wir jedenfalls haben für uns beschlossen, daß nächste Mal zu handeln. Wer mit der BAW zusammenarbeitet und Aussagen macht, hat in unseren Zusammenhängen nichts zu suchen!

★Autonome (Rhein-Main)★



BRANDANSCHLAG AUF WOHNPROJEKT

In der Nacht auf Dienstag, den 12.Oktober wurde ein Brandanschlag auf unser Wohnprojekt im Kleinen Schäferkamp verübt.
Ein Molotow-Cocktail wurde gegen ein Fenster im ersten Stock geworfen und brannte sich durch den Fensterrahmen. Nur durch einen glücklichen Zufall wurde der schlafende Bewohner des Zimmers rechtzeitig wach, so dass grösserer Schaden verhindert werden konnte.
Im Erdgeschoss unseres Hauses befindet sich auch der Infoladen „Schwarzmarkt".
Am Dienstagmorgen fand sich ein neofaschistisches Flugblatt im Briefkasten, in dem zu Aktionen „gegen Bauwagen-Chaoten und ihre Helfershelfer" aufgerufen wird. Hauptziel soll „die geplante Bauwagensiedlung in Hamburg-Nord" sein, weiter werden konkret die Bauwagenplätze in Altona, die Häuser in der Hafenstrasse und die Rote Flora benannt.
So sehen wir diesen Anschlag im Zusammenhang mit einer sich seit längerem organisierenden Neonazi-Szene, die zuletzt durch einen Aufmarsch in Hamburg-Bergedorf von sich reden machte, der die Verbrechen der Wehrmacht im 2.Weltkrieg leugnete und die Waffen-SS verherrlichte.
Ein weiterer Ausdruck ihrer Menschenfeindlichkeit sind der Brandanschlag auf das Flüchtlingswohnheim in Ammersbek und der Überfall auf das Flüchtlingswohnheim in Schnelsen sowie die Überfälle am frühen Morgen des 2.Oktober auf das Soziale Zentrum und den Bauwagenplatz in Norderstedt, bei dem schon dasselbe Neonazi-Flugblatt wie später dann auch bei uns gefunden worden war. Näheres kann in der Presserklärung des Sozialen Zentrums Norderstedt zu den Überfällen nachgelesen werden.
Der Infoladen „Schwarzmarkt" war in der Vergangenheit schon vielfach Ziel neonazistischer Aktivitäten. Vor einem Vierteljahr veröffentlichte das „Hamburger Abendblatt" drei Artikel im Vorfeld des Nazi-Aufmarsches in Hamburg-Bergedorf. Es sieht so aus, als hätte dies die Neonazis ermutigt, zu Mitteln zu greifen, die sich konkret gegen die BewohnerInnen unseres Hauses richten und bei denen der Tod von Menschen zumindest in Kauf genommen, wenn nicht gar gewünscht wird. In den o.g. Artikeln wurde sich in reisserischer Manier über die antifaschistische Szene in Hamburg ausgelassen. Er gipfelte in der Behauptung, dass das Wohnprojekt mit dem Infoladen „Schwarzmarkt"eine Gewaltzentrale beherbergt und Steuergelder vom SPD/GAL-Senat für vermeintliche terroristische Aktivitäten erhält. Diese Artikel waren dermassen mit Unwahrheiten gespickt, dass das Abendblatt sich genötigt sah, wenige Tage später seine Behauptungen zurückzunehmen. Doch da hatte die Hetze natürlich schon ihre Wirkung getan.
Mit polizeistaatlichen Mitteln wurde am 10.Juli 1999 die antifaschistische Demonstration gegen den o.g. Neonazi-Aufmarsch unterbunden. Für dieses Vorhaben brauchten Polizei und Innenbehörde die Stimmungsmache in der Bevölkerung u.a. durch das Abendblatt.
Jetzt können wir dem Erscheinen dieser Artikel die Bedeutung der geistigen Brandstiftung geben. Noch dazu, da die betreffenden Artikel bebildert waren mit Photos, auf denen das Wohnprojekt mit Infoladen, Wohnbereich und auch dem nun betroffenen Zimmer abgebildet waren, damit auch der dümmste Nazi weiss, wohin er seine Brandbombe werfen soll.
Wir haben uns bewusst dagegen entschieden, die Bullen einzuschalten. Es entspricht unserer Erfahrung und Einschätzung, festzustellen, dass sie in keiner Weise nützlich sein könnten. Dies gilt einmal mehr, seit ihr nicht zu rechtfertigendes Vorgehen bei den Angriffen von Neonazis auf den Bauwagenplatz und das Soziale Zentrum in Norderstedt bekannt geworden ist.
Wir veröffentlichen diese Stellungnahme, da wir den Brandanschlag als Teil eines politischen Problems sehen, das auch politisch beantwortet werden muss.

ORGANISIERT DEN ANTIFASCHISTISCHEN WIDERSTAND !

GEGEN DIE GEISTIGEN UND TATSÄCHLICHEN BRANDSTIFTER !

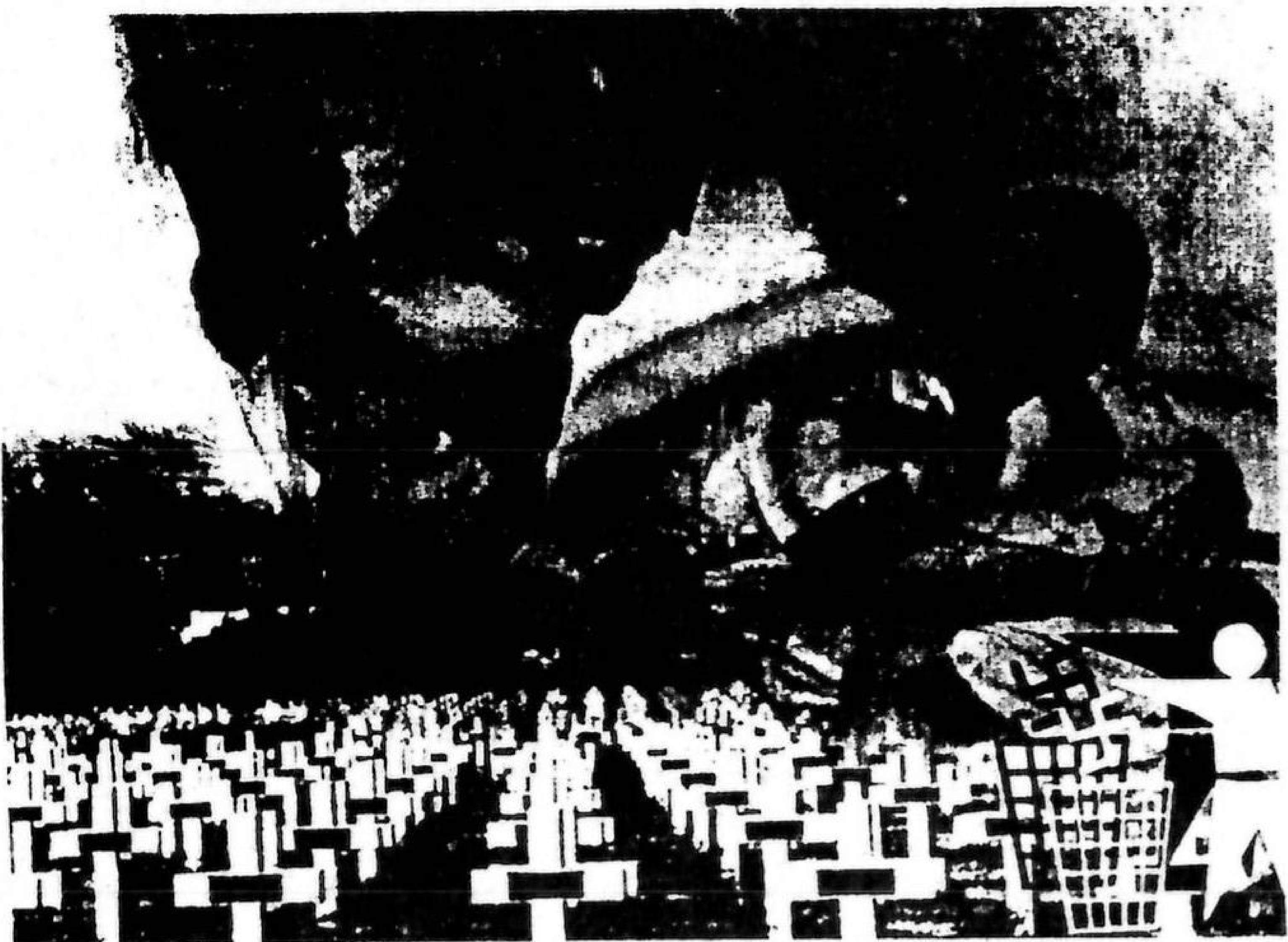
KEIN FUSSBREIT DEN FASCHISTEN !

NO PASARAN !

BewohnerInnen des Wohnprojektes Kleiner Schäferkamp, 12.10.99

Auf nach Münster, zur antirassistischen Konferenz

Bleiberecht für alle! - Fluchtursachen bekämpfen!



Perspektive und Zukunft antirassistischer Arbeit

Vom 26. - 28. November werden wir in Münster eine Konferenz unter dem Motto: „Kein Mensch ist illegal - Bleiberecht für alle - Perspektive und Zukunft antirassistischer Arbeit" durchführen. Wir möchten das Wochenende in erster Linie dazu nutzen, um gemeinsam zu debattieren, wie unsere antirassistische Arbeit in Zukunft effektiver und kraftvoller gestaltet werden kann. Warum ziehen wir alle an einem kleinen Faden, anstatt gemeinsam den großen Strang zu nehmen? Wie können wir in Zukunft die Medien nutzen ohne unsere eigentlichen Ziele zu verlieren? Kriegen wir gemeinsame Aktionen und Kampagnen mit anderen Gruppen auf die Reihe, oder kochen wir nach wie vor jedeR unser eigenes Süppchen? Ist es möglich die rot/grüne Unmenschlichkeits- und Verblödungspolitik effektiv zu durchbrechen? Eigentlich schon, meinen wir. Aber dazu müßen wir uns ersteinmal zusammen setzen und uns Gedanken machen, wie die Zukunft aussehen könnte. Das nach diesem Wochenende nicht alles anders sein wird ist uns natürlich auch klar, aber es ist Zeit den ersten Schritt zu wagen!

mit einem Plenum, einer ersten Vorstellung der Arbeitsgruppen und einem kulturellem Abendprogramm zu beginnen. Wir werden einen antirassistischen Kurzfilm zeigen und es wird internationale Live-Musik, sowie Speis und Trank geben. Obwohl wir uns über jeden Menschen freuen, ist es also für Leute von weit außerhalb nicht zwingend notwendigschon Freitag anzureisen.
Am Samstag wollen wir dann mit den Arbeitsgruppen beginnen und zwar pünktlich um 10 Uhr. Nach der Mittagspause und dem zweiten Teil des Tages gibt es dann am Abend die Möglichkeit auf der Party der FreundInnen von der Freien ArbeiterInnen Union den Abend ausklingen zu lassen. Am Sonntag morgen werden die Arbeitsgruppen weitergeführt, bevor es das gemeinsame Abschlußplenum gibt. Das Ende sollte so bei 14 Uhr liegen.

Arbeitsgruppen

Als Arbeitsgruppen sind von uns geplant:

- Umgang mit der Repression gegen politisch aktive Flüchtlinge in der BRD (hierüber wird als Referent der Essener Rechtsanwalt Clemens Roß berichten)

- Frauenspezifische Fluchtursachen (als Referentin ist Marlies Isernhincke von der Flüchtlingsberatung aus Ahlen da)

- Aufbau / Weiterführung der Kampagne gegen die Lufthansa als Abschiebefluggesellschaft (organisiert von Menschen von „Kein Mensch ist illegal")

- Forum über die Situation der afrikanischen Flüchtlinge in Europa (mit Beiträgen von Mukinisa Kipulu - Journalist aus Angola)

- Selbstorganisation statt Fürsorge am Beispiel der „Sans Papiers" aus Frankreich (VertreterInnen von Sans Papiers sind angefragt)

- Forum zur Vernetzung der internationalen Solidaritäts- und Unterstützungsarbeit (mit Flüchtlingen aus verschiedenen Ländern)

- Arbeitsgruppe zum Bild der AusländerInnen in den Medien und in den Kriminalitätsstatistiken

render (wie z. B. Aufenthaltsrecht, Ausweisung...etc...)

Falls Gruppen noch Workshops oder Arbeitsgruppen vermissen, können diese natürlich noch mit eingebracht werden. Es sollte aber ein Konzept/Vorbereitung dafür erstellt werden.

Die Arbeitsgruppen sind von uns so geplant das es zunächst einen Informationsüberblick über das jeweilige Themengebiet gibt (deshalb die ReferentInnen), bevor es zu der eigentlichen Diskussion über den Umgang des Themas in der Zukunft geht.

Während des Kulturprogramms am Freitagabend wird es unter anderem Redebeiträge/Informationen zu verschiedenen Themen, wie z.B. afrikanische Flüchtlinge oder zur Situatiun der Roma in Deutschland, geben. Diese werden / sollen möglichst von den Flüchtlingen selbst vorbereitet werden. Hier gilt ebenfalls: Wer Menschen kennt die hier noch mitarbeiten möchten, sollte uns Bescheid geben.

Organisatorisches

Wir werden genügend Schlafplätze für euch bereitstellen. Dazu ist es aber notwendig, das ihr uns schon vorher mitteilt wieviele ihr braucht. Ebenfalls werden wir natürlich für Essen und Getränke sorgen. Desweiteren organisieren wir eine Kinderbetreuung. Auch hierfür wäre es nett, wenn ihr uns vorher Bescheid geben könntet, ob und wieviel Kinder ihr mitbringt.
Für weitere Informationen, Aufrufe, Schlafplätze, Anmeldungen...etc..könnt ihr uns Dienstags, Mittwochs und Donnerstags telefonisch von 16 Uhr bis 18.30 Uhr unter der Nummer 0251/521112, sowie ständig unter der Fax-Nummer 0251/1111111 erreichen. Den Briefpostweg (siehe Adresse unten) gibt es natürlich auch noch.

Programmstart

Anfangen möchten wir am Freitagabend um 19 Uhr im internationalem Zentrum der Universität „Die Brücke", Wilmergasse 2. Es wäre schön wenn ihr pünktlich da seid.
Am Samstag beginnen wir um 9 Uhr mit dem Frühstück und um 10 Uhr mit dem Plenum / den Arbeitsgruppen im Hüfferstift der Fachhochschule, Hüfferstraße. Der selbe Zeitplan gilt für Sonntag (ebenfalls Hüfferstift) wo wir für etwa 14 Uhr die Abreise anvisiert haben.

Wegbeschreibung

Zur „Brücke", Wilmergasse 2, Münster:
Auf der A1 fahren bis Münster-Süd, von da aus auf die A 43 (bzw. die endet dort und geht in die B 51 über), dann weiter Richtung Münster - Zentrum. Nun müsstet ihr auf der Weseler Straße gelandet sein. Die fahrt ihr immer weiter, bis sie plötzlich „Am Stadtgraben" heißt. Nun noch am Landgericht vorbei und nach der Kreuzung erscheint auf der linken Seite ein sehr großer (park-) Platz, der Hindenburgplatz, wo ihr auch parken solltet. Am Anfang des Hindenburgplatzes (von wo ihr gekommen seid), liegt auf der Gegenüberliegenden Seite die Wilmergasse.

Zum Hüfferstift der FH in der Hüfferstraße in Münster:
Wie oben, aber nach dem Landgericht an der Kreuzung vor dem Hindenburgplatz links rein in die Gerichtstraße fahren, die nach 200m Hüfferstraße heißt. Dann ist auf der linken Seite der Hüfferstift, und ihr könnt Parkplätze suchen.

Die praktischsten Buslinien vom Hauptbahnhof zur „Brücke"(bzw. Hüfferstift), könnt ihr am Bahnhof oder unter unserer Infonummer erfragen.

Veranstalter:
Verein für politische Flüchtlinge, AStA der Uni, AStA der FH

Unterstützende Gruppen:
GGUA, Intern. Zentrum der Uni „Die Brücke", AKE Bildungswerk Vlotho

Kontakt:
Verein für politische Flüchtlinge, c/o Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster, Tel: (Di.+Mi.+Do. 16-18.30 Uhr) 0251/521112,
Fax: 0251/5389797

Solidarität mit den von Repression betroffenen Linken in Italien !

Am 19. Oktober führten die italienischen Behörden 60 Hausdurchsuchungen bei GenossInnen der revolutionären Linken durch. Betroffen waren politisch engagierte Centro Sociales (besetzte Häuser und Zentren), AktivistInnen gegen die NATO-Aggression gegen Jugoslawien und das legal arbeitende Komitee für den Widerstand und den Kommunismus (CARC), dessen Mitglieder sich mit Gefangenen aus der Guerilla und der Geschichte des bewaffneten Kampfes in Italien auseinandersetzen. Die Medienkampagne und Repression in Italien und einigen Nachbarländern richtet sich auch gegen ein Antiimperialistisches Sommerlager in Umbrien, auf dem im August dieses Jahres GenossInnen der DHKP-C aus der Türkei, aus Mexiko, El Salvador, Irland etc. teilgenommen haben. Gemeinsam war allen TeilnehmerInnen die Ablehnung der Befriedungspolitik, der sich in den 90er Jahren viele ehemalige Guerillagruppen verschrieben hatten. Auch die in Italien von Repression Betroffenen haben sich gegen eine linksalternative Geschichtsbewältigung gewandt, die den Kampfzyklus der 70er Jahre mit einer Amnestie für die Gefangenen abschließen möchte. Demgegenüber unterstützte das CARC besonders jene Gefangenen, die an der revolutionären Geschichte festhalten wollten.
Der Vorwand für die staatliche Repression sind Papiere und Pässe mit italienischen Namen, die angeblich bei dem von der Polizei erschossenen Horst-Ludwig Meyer und der inhaftieren Andrea Klump im September in Wien gefunden wurden. Der eigentliche Anlaß aber ist das Attentat der kommunistischen Guerilla BR/PCC auf dem Staatssekretär im römischen Arbeitsministerium D'Antonas im Frühjahr dieses Jahres. Neben Aktionen der DHKP-C in der Türkei war es die einzige Guerillaaktion im Natohinterland während des Jugoslawienkrieges. Die Herrschenden wollen jede politische Auseinandersetzung mit dieser Aktion durch die Repression verhindern. Je mehr der imperialistische EU-Natoblock sich kriegsbereit macht, desto stärker wird die Verfolgung des antagonistischen Widerstands, wenn er auch im Moment noch klein ist. Es ist nicht die Frage, ob die von Repression betroffenen GenossInnen etwas mit den Anschlägen zu tun haben. Ihr Verbrechen ist einfach, dass sie weiterhin von einer revolutionären Umwälzung des Systems überzeugt sind und sich nicht vom Staat vorschreiben lassen wollen, mit wem sie darüber diskutieren dürfen.
In diesem Zusammenhang ist auch die Berichterstattung von linken Medien wie der Wochenzeitung Jungle World zu kritisieren, die die Guerillaaktion in Italien in zwei Artikeln vom Standpunkt der legalen Linken verurteilte, ohne die Kommandoerklärung auch nur auszugsweise zu veröffentlichen. Hier bezieht vorgeblich linke Medien 1999 und ihre angeblich linksradikalen SchreiberInnen Positionen wie sie Anfang der 70er Jahre staatlich geprüfte linke Professoren wie Negt und Co. einnahmen, als sie offen zur Entsolidarisierung mit den bewaffneten Widerstand aufriefen und damit ihren Part im staatlichen Counterprogramm übernommen haben.
Schon in den 70er und Anfang der 80er Jahre wurden in Blitzaktionen Zigtausende AktivistInnen der damals starken staatsantagonistischen Bewegung Italiens verhaftet. Federführend im Kampf gegen die Linke war damals schon die versozialdemokratisierte Kommunistische Partei, die mittlerweile zur rechtssozialdemokratischen Regierungspartei aufgerückt ist. Gegen eine wesentlich schwächere Linke hoffen die Staatsschutzorgane leichtes Spiel zu haben. Sorgen wir mit dafür, dass dieses staatliche Kalkül nicht aufgeht.

Es gibt kein ruhiges Natoland - organisieren wir den Widerstand!

Gruppe mücadele

E-MailKontakt: gruppe.muecadele@gmx.de
V.i.S.d.P.K.Engels, Marxplatz 18,1111Berlin

Wieso, Weshalb, Warum?

Die Ausstellung wurde von italienischen Instituten erstellt, die seit den 60-er Jahren die Aufarbeitung des antifaschistischen Widerstandes in Italien betreiben. Über 60 solcher regionaler Institute existieren heute in Italien.

Aus diesen Kontakten entstand die Idee, die bereits existierende Ausstellung ins deutsche zu übersetzen [...] breiteren Publikum in Deutschland [...] in der in Deutschland erneut eine Zunahme von Rassismus und Neofaschismus verzeichnet werden muß, in der der erste Kriegseinsatz der Bundeswehr nach dem 2. Weltkrieg auf dem Territorium Jugoslawiens stattfindet. Die Ausstellung soll somit auch der Auseinandersetzung mit dem Heute dienen und dabei helfen sich kritisch mit den gegenwärtigen Entwicklungen in Deutschland auseinanderzusetzen. Wir hoffen damit auch einen Beitrag zur Auseinandersetzung mit der Bedeutung von Antifaschismus in der heutigen Zeit zu leisten.

-15-



Seit 1993 kamen und kommen immer wieder Gruppen von zumeist jungen Deutschen nach Italien um sich dort über die Geschichte der „Resistenca“ zu informieren. In Gesprächen mit Partigiani, bei Wanderungen und Besuchen an Orten von Kämpfen mit der Wehrmacht und italienischen Faschisten machten sie sich ein Bild von der deutschen Besatzung in Italien, dem Kampf der Resistenca und dem Stellenwert von Antifaschismus in Italien nach dem Krieg.

Als am 30.10.1922 Benito Mussolini von König Victor Emmanuel III. zum Chef einer Koalitionsregierung aus reaktionären Monarchisten und Faschisten berufen wurde, war dies der Beginn einer bis zum 28.4.1945 andauernden Herrschaft der italienischen Faschisten. Die italienischen Faschisten, die eine mit antikapitalistischen Versatzstücken unterfütterte antikommunistische Diktatur errichteten, waren das Vorbild aller in der Zwischenkriegszeit entstehenden faschistischen Bewegungen in ganz Europa.

Diesen Zeitraum umfaßt die Ausstellung ***„Partigiani - Gegen Faschismus und deutsche Besatzung. Der Widerstand in Italien.“*** Aspekte der faschistischen Herrschaft, des Krieges als Verbündeter Deutschlands, der Verfolgung und des Widerstands werden auf insgesamt 54 Bild- und Texttafeln ausführlich beleuchtet. Im Mittelpunkt der Ausstellung steht die seit 1943 rasant anschwellende Partisanenbewegung. Gemeinsam mit den Alliierten befreiten die Partisanen Italien von italienischen und deutschen Faschisten.



Termine:

Berlin • 28.11.1999 bis 18.12.1999 • täglich geöffnet
Humboldt-Universität, Unter den Linden, Hauptgebäude-Ostflügel

Brandenburg • 10.01.2000 bis 16.01.2000

Potsdam • 17.01.-29.01.2000
FH Friedrich Ebert Str.4

Berlin • 28.11.1999 • 16.00 Uhr
Eröffnungsveranstaltung mit Führung durch die Ausstellung • Humboldt Universität
Referent: N. Canovi (ISTORECO, Reggio Emilia)

Berlin • 29.11.1999 • 17.00 Uhr
Die Wehrmacht in Italien • Humboldt-Uni
Referent: Dr. Friedrich Andrä (Autor des Buches „Auch gegen Frauen und Kinder - Die Wehrmacht in Italien“)

weiter Veranstaltungen siehe Ankündigungen

Die Ausstellung wird gemeinsam organisiert von:
- SJD - Die Falken, LV Brandenburg
- Antifaschistische Aktion Berlin
- Antifa Jugend Brandenburg;

in Zusammenarbeit mit dem ISTORECO Reggio Emilia

mit freundlicher Unterstützung von:
Italienisches Kulturinstitut Berlin
Rosa Luxemburg Stiftung
BdA - Bund der Antifaschisten eV.

viva köpi !

wir haben in der nacht zum 2. nov. bei der commersbank in esse in der witteringstr. 96a die scheiben eingeworfen und "kein commerz mit der köpi" angebracht.

die köpi wird nicht verkauft!

autonome poltergeister

KØPI WIR WOLLEN DICH!

DEN FILIALIEN
- ALEX
- BUELOW STR.
- FRANK FURTER ALLEE
- KOTT BUSSER TOR
- MEHRINGDAMM UND
- SCHOENHAUSER ALLEE

DER COMMERZBANK SIND IN DER NACHT VOM 19. AUF DEN 20.10. DIE SCHLOESSER VERKLEBT UND PAROLEN HINTERLASSEN

SOWIE EIN BRANDSATZ AN DER KOTTIFILIALIE GEZÜNDET WORDEN.

Kein Commerz mit der Køpi

Bundesweiter Aktionstag gegen Commerzbanken

Am 2.11.99. soll in Berlin die Køpi versteigert werden. Hauptgläubigerin ist die Commerzbank.



BESETZEN STATT BESITZEN !

WIR HABEN IN DER NACHT ZUM 02.11.99 DIE COMMERZBANK IN QUICKBORN (KR. PINNEBERG) ENTGLAST UND FARBFLASCHEN AUF DIE COMPUTER GEWORFEN – SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE!

FÜR DIE REVOLTE
KØPI BLEIBT – BASTA !

Wir haben in der Nacht vom 27. auf den 28.10.99 Familie Crämer, Kantstr.13 in Schwelm besucht, um den AnwohnerInnen deutlich zu machen, in wessen Nachbarschaft sie wohnen und um Familie Crämer zu zeigen, daß wir FaschistInnen nicht in Ruhe agieren lassen.

Dazu haben wir die Fassade des Hauses verbuntert, das Haus mit der Parole "Crämers verjagen - NPD zerschlagen" als Wohnsitz aktiver FaschistInnen kenntlich gemacht und einige Scheiben eingeschlagen.

Sämtliche in der Kantstr. wohnende Mitglieder der Familie Crämer sind als NPD-Nazis bekannt. Besonders aktiv ist Thorsten Crämer: Er war z.B. maßgeblich an der Organisation des Aufmarsches militanter, faschistischer Kameradschaften am 2.10.99 in Köln unter dem Motto "Gegen Ausländerintegration und doppelte Staatsbürgerschaft" beteiligt. Thorsten Crämer agiert beispielhaft für die Linie der NPD, welche sogenannte Straßenfaschos und bürgerliche FaschistInnen zu verbinden sucht. Die NPD trat im Ennepe-Ruhr-Kreis unter der Führung von Thorsten Crämer zur Kommunalwahl an. In Schwelm gelang der NPD nach einem offen ausländerfeindlich geführten und rassistischen Wahlkampf der Einzug in den Stadtrat. Damit stellt sich ein Teil der Bevölkerung hinter die rassistischen und nationalistischen Parolen. Daher gilt es zu betonen:

Heute Nacht haben wir einige wenige FaschistInnen getroffen, gemeint sind jedoch alle, die Menschenverachtung propagieren und praktizieren.
Wir fordern alle dazu auf, immer und überall gegen alltäglichen Rassismus, Faschismus und Sexismus einzuschreiten.

Thorsten Crämer verjagen - NPD zerschlagen!
Kampf dem Faschismus und Patriarchat!

ladensport-liga wiedereröffnet

in der nacht vom 27. auf den 28 oktober kam es zu einem kräftemessen dem schwarz-roten stern und den schaufensterscheiben des naziladens reinhards joppeneck (vikingship) in der hindenburg strasse [illegible]-4o in essen stadtmitte
nach drei volltreffern gaben die fenster auf
das spiel endete mit dem ergebnis 3:o

die ladensportliga sollfür alle ein betätigungsfeld sein die dem spass an sportlichen aktionen gegen naziläden banken und bonzenläden nicht verloren haben

PRESSESPRECHERINNEN

SCHWARZ-ROTER STERN

WIR HABEN IN DER NACHT ZUM 28.1o.1999 MIT DER ANTIFASCHISTISCHEN SÖDERBERG EINEN BRANDSATZ UNTER DAS AUTO GÖ-RE 86 GELEGT UND GEZÜNDET.
DIE KARRE BRANNTE VÖLLIG AUS.
ES HANDELT SICH DABEI UM DAS AUTO DES FASCHISTEN THORSTEN HEISE DASS AUF SEINE EHEFRAU ZUGELASSEN IST.
MIT DER AKTION WOLLTEN WIR HEISES BEWEGUNGS- UND AKTIONSRADIUS EINDÄMME SEINEN MYTHOS UND DAMIT SEINE ANZIEHUNGSKRAFT BRECHEN.
DASS DABEI DAS ANGRENZENDE LAGER FÜR SEINEN NAZIMUSIKVERTRIEB IN FLAMME AUFGING SEHEN WIR ALS ERFREULICHEN BEGLEITEFFEKT. DAS IST EIN SCHLAG GEGEN DIE INFRASTRUKTUR DER FASCHISTISCHEN FREIEN KAMERADSCHAFTEN.
HEISE IST FÜHRER DER KAMERADSCHAFT NORTHEIM UND MASSGEBENDER ORGANISATO DER NAZISZENE IN DER BRD. ER STEHT HINTER DEM FÜR DEN 6.11.1999 IN GÖTTINGEN GEPLANTEN NAZIAUFMARSCH. NUR DAMIT WIR UNS RICHTIG VERSTEHEN: WIR WERDEN ES AUCH IN ZUKUNFT NICHT ZULASSEN DASS DIE FASCHISTEN IN GÖTTINGEN UND UMGEBUNG EIN BEIN AUF DIE ERDE BEKOMMEN. SCHON FRÜHERE ANGRIFFE AUF HEISE HABEN IHRE WIRKUNG NICHT VERFEHLT. GENAUSO WIE DIE FASCHISTEN IN GÖTTINGEN MACKENRODE UND NÖRTEN-HARDENBERG ANGREIFBAR WAREN SIND SIE ES AUCH IN NORTHEIM.
AUCH HEUTE IST ES MÖGLICH MILITANTE AKTIONEN DURCHZUFÜHREN. DER BRD-ÜBERWACHUNGSSTAAT IST NICHT LÜCKENLOS. DIE BULLEN KÖNNEN NICHT ALLES UND JEDEN KONTROLLIEREN.
WIR FINDEN ES WICHTIG DASS SICH LINKE MILITANZ VON DER MENSCHENVERACHTENDEN GEWALT DER FASCHISTEN UNTERSCHEIDET. WIR HATTEN BEI DER AKTION GEGEN HEISE EINE GEFÄHRDUNG VON MENSCHENLEBEN NICHT VORGESEHEN. EIN ÜBERGREIFEN DES FEUERS AUF DAS WOHNHAUS HIELTEN WIR FÜR UNWAHRSCHEINLICH ABER MÖGLICH. DESHALB HABEN WIR BEWUSST ÜBER EINE BEREITSCHAFTSAPOTHEKE DIE FEUERWEHR VERSTÄNDIGT.
WIR HABEN GEZEIGT DASS WIR ZEITPUNKT UND ART UND WEISE BESTIMMEN KÖNNEN FÜR DEN ANGRIFF AUF DIE FASCHISTEN.
FASCHISTISCHE IDEOLOGIEN STEHEN EINER GESELLSCHAFT OHNE AUSBEUTUNG UND UNTERDRÜCKUNG FRONTAL ENTGEGEN. DESHALB IST DER DIREKTE ANGRIFF AUF DIE FASCHISTEN TEIL DES KAMPFES FÜR EINE BEFREITE GESELLSCHAFT.

ANTIFASCHISTISCHE BRIGADE SÖDERBERG

BJÖRN SÖDERBERG SCHWEDISCHER GEWERKSCHAFTER UND AKTIVER ANTIFASCHIST WURDE AM 12.1o.1999 IM ALTER VON 41 JAHREN VON FASCHISTEN IN STOCKHOLM ERSCHOSSEN.

Puddingattentat auf Bernd Rabehl

In der ersten Vorlesungswoche erstatteten wir Bernd Rabehl einen kleinen Überrachungsbesuch und beglückten ihn ,anlehnend an das Puddingattentat der Kommune 2, mit einem Schokopudding, der auf seine *"braune Einstellung"* aufmerksam machen sollte. Neben dem aktionistischen Teil klärten wir natürlich noch die Massen der unaufgeklärten und interessierten StudenntInnen mit zahlreichen Flugblättern auf.

Bernd Rabehl arbeitet seit etlichen Jahren als Lehrbeauftragetr am Fachbereich Politikwissenschaften, führt einen Professorentitel und gibt jedes Jahr einige Seminare am Otto- Suhr Institut. Am 5/6 Dezember 1998 trat Rabehl bei den sogenannten "Bogenhauser Gesprächen" der pflichtschlagenden Burschenschaft Danubia als Gastredner auf und hielt eine Rede, in der er rechtsextreme und rassistische Positionen verlautbarte.
Rabehl behauptet in seiner Rede u.a., daß *der "ethische und moralische Zusammenhalt der zentraleuropäischen Völker "* bedroht sei durch den *"Import der Partisanenformation der internationalen Bürgerkriege und Kriegsschauplätze"*. Und weiter: *"Die Bürgerkriegskonstellationen werden hineingetragen in die jeweilig europäischen und nationalen Gemeinschaften."* Für Rabehl folgt daraus: *"In Europa bedeutet diese politische Überfremdung die grundlegende Zerstörung von Volk und Kultur, vor allem dann wenn die Zersetzung der nationalen Identität bereits soweit fortgeschritten ist wie in Deutschland."*
Diese These spitzte er bei einer Diskussionsveranstaltung am Otto- Suhr - Institut noch zu, indem er resümierte *"Ausländer haben keine Werte"*.
Die große Mehrheit der DozentInnen/ProfessorInnen am Otto- Suhr Institut schweigt zu diesen Positionen, teils aus Angst vor Privilegienverlust oder auch aus biographischen Gründen, da sie Rabehl noch aus frühen AktivistInnenjahren kennen und die eigene kritische Auseinandersetzung mit der 68 er Geschichte und die nationalistischen und rassistischen Veränderungen bei einzelnen Protagonisten nicht wahrhaben wollen.

Doch wir geben keine Ruhe: **Bernd Rabehl in den diskursiven Ruhestand!**

Kein Raum für geistige Brandstifter!

Grüße an alle, die gegen seine rassistische Hetze ,wie auch immer, vorgegangen sind!

Unabhängige Antifas

ACHTUNG! ACHTUNG! ACHTUNG! ACHTUNG! ACHTUNG! ACHTUNG!

In letzter Zeit wurden vermehrt organisierte Faschisten und Faschistinnen in Kreuzberg und in Prenzl´berg bei eigentlich unpolitischen Ska- und Reggae-Konzerten und Parties wie zum Beispiel in der Kulturbrauerei und im SO 36 gesichtet. Sie wurden letzendlich durch das beherzte Eingreifen von antifaschistischen und "normalen" Besuchern der Veranstaltung verwiesen bzw. vertrieben!
Also, sperrt Augen und Ohren auf, und haltet nicht den Mund, wenn sie mal wieder versuchen, auch diese Szene für sich in Beschlag zu nehmen!

FASCHOS RAUS AUS UNSEREN KIEZEN!
KEIN RAUM DEN FASCHISTEN!



Z.E.N.T.R.A.L.K.O.M.I.T.E.E. D.E.R. K.L.E.I.N.S.T.E.N. R.A.D.I.K.A.L.E.N. M.I.N.D.E.R.H.E.I.T.

Der lange Marsch vom antiautoritären Linken zum national-revolutionären Rechten: für Bernd Rabehl, den einstigen Weggefährten Rudi Dutschkes aus der Zeit der 68er Revolte, offenbar nur ein kleiner Schritt. Der gestandene Alt-68er macht seit etwa einem Jahr Schlagzeilen mit rechtsextremen und rassistischen Äußerungen und versucht sich in einer Deutung der 68er-Bewegung als „nationalrevolutionärem" Projekt. Davon und von noch anderen Dingen handelt das folgende Flugblatt.

Ein Shooting Star der Neuen Rechten

Bernd Rabehl arbeitet seit etlichen Jahren als Lehrbeauftragter am Fachbereich Politikwissenschaft, führt einen Professorentitel und gibt jedes Semester einige Seminare am Otto-Suhr-Institut. Er ist außerdem Mitarbeiter im sogenannten „Forschungsverbund SED-Staat" und Vertrauensdozent der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung.

Am 5./6. Dezember 1998 trat Rabehl bei den sog. „Bogenhauser Gesprächen" der Münchener Burschenschaft Danubia als Gastredner auf und hielt eine Rede, in der er rechtsextreme und rassistische Positionen zu Gehör brachte. Die Danubia ist eine 1848 gegründete pflichtschlagende Verbindung und gehört der extrem rechten Burschenschaftlichen Gemeinschaft an. Sie wirkt als rechtsextreme Kaderschmiede und organisiert seit den 80er Jahren die Bogenhauser Gespräche zu verschiedenen Themen. Im Dezember 1998 war es das Motto „30 Jahre nach 68".

Rabehls Vortrag vor der Danubia wurde in der neurechten Wochenzeitung „Junge Freiheit" und dem ebenfalls neurechten Blatt „Wir selbst" veröffentlicht. Darin behauptet Rabehl u.a., daß der „ethische und moralische Zusammenhalt der zentraleuropäischen Völker" bedroht sei durch „den Import der Partisanenformation der internationalen Bürgerkriege und Kriegsschauplätze". Und weiter: „Die Bürgerkriegskonstellationen werden hineingetragen in die jeweilig europäischen und nationalen Gemeinschaften." Für Rabehl folgt daraus: „In Europa bedeutet diese politische Überfremdung die grundlegende Zerstörung von Volk und Kultur, vor allem dann, wenn die Zersetzung der nationalen Identität bereits so weit fortgeschritten ist durch die kapitalistische Umwertung der Werte wie in Deutschland." (Der komplette Rabehl-Vortrag wie auch alle im weiteren zitierten Quellen sind in einem Ordner zusammengefaßt, der im Café-Haus hinter der Ihnestr. 22 eingesehen werden kann.)

Ebenfalls zum Danubia-Treffen geladen war das ehemalige SDS-, RAF- und FDP-Mitglied Horst Mahler, ein Duz-Freund Rabehls und seit 1998 Initiator der öffentlichkeitswirksamen Nazi-Sammlungsbewegung „Unser Land". Seit Anfang 1999 organisiert Mahler regelmäßige Protestaufmärsche in Berlin und anderen Städten („Montagsdemonstrationen"), bei denen sich Neonazis, NPDler und bürgerliche Rechte vom Bund Freier Bürger einfinden (zuletzt am 2. Oktober 1999 mit einer antisemitischen Kundgebung gegen das geplante Holocaust-Mahnmal).

Um jenen Horst Mahler bemühte sich Rabehl 1998 redlich. So versuchte er im Verbund mit einigen Kollegen vom „Forschungsverbund SED-Staat" (u.a. Jochen Staadt) vergeblich, dem Neonazi Mahler einen Lehrauftrag am OSI zu verschaffen. Da dies aufgrund Mahlers rechtsextremer Aktivitäten nicht gelang, luden Rabehl und Staadt ihn einfach in ein gemeinsames Seminar im Dezember 1998 als Referenten ein. Im gleichen Seminar verteilte Rabehl im Januar 1999 auch seinen Danubia-Vortrag, um keinen Zweifel über den Inhalt aufkommen zu lassen.

Auch im vergangenen Sommersemester brachte Rabehl rechtsextreme Texte aus seiner Feder in seinen Seminaren in Umlauf. Er verteilte ein zehnseitiges Papier namens „Anschlag", in dem er seine rassistischen und rechtsextremen Gedanken aus der Danubia-Rede weiter ausführt. Erstmals reagiert Rabehl in diesem Papier auf die Kritik an seinen Äußerungen, in dem er seinen KritikerInnen - „Veteranen der Studentenrevolte, aber auch junge Frauen und Männer aus dem Dunstkreis der Antifa-Sekten" (Rabehl) - vorhält: „Einige haben sich inzwischen sogar eine jüdische Identität angedichtet, um so richtig vom Leder ziehen zu können." Rabehl sieht sich als Opfer der „Faschismuskeule" und erneuert im gleichen Atemzug seine „Überfremdungs"-Thesen. In für die Neue Rechte typischer Vorgehensweise insistiert Rabehl auf einer Diskutierbarkeit auch rechtsextremer Thesen und Gedanken, um sie im Gespräch zu halten. Diese Diskursstrategie greift überall da, wo sich auf einen freien Gedankenaustausch mit Rechtsextremisten eingelassen wird. Nicht Lufthoheit über die Stammtische wird bei diesem Konzept angestrebt, sondern allmähliche Akzeptanz durch immer neue Einspeisung rechtsextremer Positionen in gesell-

schaftliche Diskurse. Speerspitzen dieser Diskursstrategie der Neuen Rechten sind Zeitungsprojekte wie „Junge Freiheit", aber auch die vielen Publikationen und Veranstaltungen in der Grauzone zwischen Neokonservatismus, rechtem Mainstream und offenem Rechtsextremismus. Rabehl selbst tritt dabei mit wissenschaftlichem Anspruch auf und inszeniert sich als unbequemer Denker, der den sachlichen Austausch mit seinen KritikerInnen suche. Seine Gedanken werden mittlerweile in neurechten Publikationen rezipiert und Rabehl bekommt Schützenhilfe vor der „Inquisition an der FU-Berlin", wie es z.B. in der „Deutschen Stimme" heißt.

Rabehls offensive Bekenntnisse sind für einen Alt-68er inzwischen nicht unüblich. Neben dem schon erwähnten Horst Mahler zählen auch die Ex-SDS-Mitglieder Reinhold Oberlercher und Günther Maschke mittlerweile zum organisierten Rechtsextremismus. Ende 1998 verfaßten die drei eine „Kanonische Erklärung", in der sie die 68er Revolte in eine völkisch-rechte Befreiungsbewegung uminterpretieren, gegen „Überfremdung" zu Felde ziehen und eine rechte Gegenbewegung initiieren wollen. Bereits im Hamburger Verfassungsschutzbericht für 1998 wird auf den Zusammenhang zwischen Aktivitäten Rabehls, Mahlers und Oberlerchers hingewiesen.

FB Politikwissenschaft meldet sich nicht

Ein kleiner Schritt für Bernd Rabehl, ein großer Schock für's OSI? Schön wäre es ja. Aber die Reaktionen auf Rabehls Selbstouting als neurechter Denker fallen politikwissenschaftlichen Fachbereich dürftig aus. Studentische Initiativen, die mit Flugblättern, Anträgen an die zuständigen Gremien und Pressearbeit versucht haben, auf Rabehls rechtsextremes Denken und Wirken hinzuweisen und seine Entlassung zu erwirken, sind immer wieder auf Desinteresse gestoßen. Einzig der Blockade eines Seminarraumes durch Studis und Antifas im Sommersemester 1999 ist es gelungen, Rabehls Lehre zumindest zeitweilig empfindlich zu stören.

Im für die Belange des OSI zuständigen Fachbereichsrat wurde das Thema Rabehl trotz der unermüdlichen Anträge der Fachschaftsini am OSI (FSI OSI) immer wieder vertagt und schließlich eine Arbeitsgruppe dazu gegründet. Diese Arbeitsgruppe brachte es nach einem halben Semester immerhin zu dem Vorschlag einer öffentlichen Veranstaltung zu Rabehl. Derer gab es dann mehrere, allerdings mit ausdrücklicher Einladung Rabehls auf das Podium, um ihm Gelegenheit zur Rechtfertigung zu geben. Wie es einem neurechten Ideologen nützlicher nicht sein kann, konnte Rabehl dieses Angebot zum Austausch über seine Lieblingsthemen „Überfremdung" und „ nationale Identität" nutzen. Der Verlauf der Veranstaltungen war über weite Strecken davon geprägt, daß nicht über Rechtsextremismus am Beispiel Rabehl geredet wurde, sondern wie Rabehl seine Thesen im einzelnen meine, wie sie zu verstehen seien usw. Rabehl gelang ein glänzendes Paradebeispiel neurechter Diskursstrategie, er konnte seine Ideen in den Mittelpunkt der Diskussion platzieren.

Nur wenige OSI-Dozenten wie etwa Rechtsextremismusexperte Hajo Funke bringen klar zum Ausdruck, was von Rabehls Aussagen zu halten ist: „Rabehls Auslassungen erfüllen in nachgerade klassischer Weise die Bedingungen für Rechtsextremismus" (aus Funkes schriftlicher Stellungnahme zur Bernd Rabehls Referat „Nationalrevolutionäres Denken im antiautoritären Lager der Radikalopposition zwischen 1961/1980"). Auch in einem Interview mit der OSI-StudentInnenzeitung agente provocateuse vertritt Funke: „Das, was er [Rabehl] geschrieben hat, ist eindeutig rechtsextrem. Er beschwört eine Überfremdung mit falschen und aufgebauschten Beobachtungen und sieht daher die Identität zerstört, die Identität der Deutschen, der Nation." (ap Nr. 7, SoSe 1999) Ähnlich äußerte sich Parteienforscher Richard Stöß auf einer der Diskussionsveranstaltungen.

Die große Mehrheit der OSI-DozentInnen und die institutionellen Gremien sowie die meisten der Mitarbeiter des „Forschungsverbund SED-Staat" allerdings sind weiterhin auf Tauchstation. (Zu Arbeit und Mitgliedern des „Forschungsverbund SED-Staat" gibt es einen sehr lesenswerten Reader der Antifaschistischen Hochschulgruppe.) Auch ein Brief antifaschistischer Gruppen an den Präsidenten der FU Berlin, der die Entlassung Rabehls fordert, erbrachte keine Reaktion.

Allerdings spricht der Lehrplan am OSI selbst eine sehr deutliche Sprache: Aus den zwei Lehrveranstaltungen, die Rabehl im Sommersemester 1999 abhielt, sind für das kommende Wintersemester 1999/2000 vier geworden. Bernd Rabehl bietet folgende Veranstaltungen an:

PS 15016 „Die theoretischen Demokratiekonzeptionen für ein Nachkriegsdeutschland 1944/45 - deutsche, nordamerikanische und sowjetische Vorstellungen einer Neuordnung Deutschlands" (Do. 8.30-10 Uhr, OEI/B)

PS 15079 „Zukunft der Arbeit" (Do. 18-20 Uhr, Ihnestr. 22/E2)

HS 15267 „Genesis und Kunst der Kriegspropaganda im Balkankrieg. Analysen publizistischer Verlautbarungen" (Do. 10-12 Uhr, OEI/301)

In Kooperation mit Siegward Lönnendonker (ebenfalls „Forschungsverbund SED-Staat"):

HS 15166 „Wieviel Kritik verträgt unsere Demokratie? Zur linken und rechten Parlamentarismuskritik - in den 60er und 70er Jahren" (Fr. 10-12 Uhr, G2)

Mit diesen vier Lehrveranstaltungen kann Rabehl nahtlos da weitermachen, wo er im letzten Jahr erfolgreich war. Ein offenkundiger Rechtsextremist kann am OSI mit Segen des Fachbereichs weiterhin lehren und ausbilden - das werden wir nicht widerspruchslos akzeptieren. An einem gesellschaftlichen Klima, in dem rassistische Morde und Übergriffe, nationalistische Gesten und Aufmärsche, geschichtsrevisionistische Debatten und antisemitische Anschläge Alltag geworden sind und immer weiter zunehmen, haben geistige Brandstifter wie Rabehl maßgeblichen Anteil.

Wir schließen mit eins – zwei – drei – vielen Forderungen:

Bernd Rabehl in den diskursiven Ruhestand!
Keine Räume für geistige Brandstifter!
Antifa heißt U-Bahnfahren!

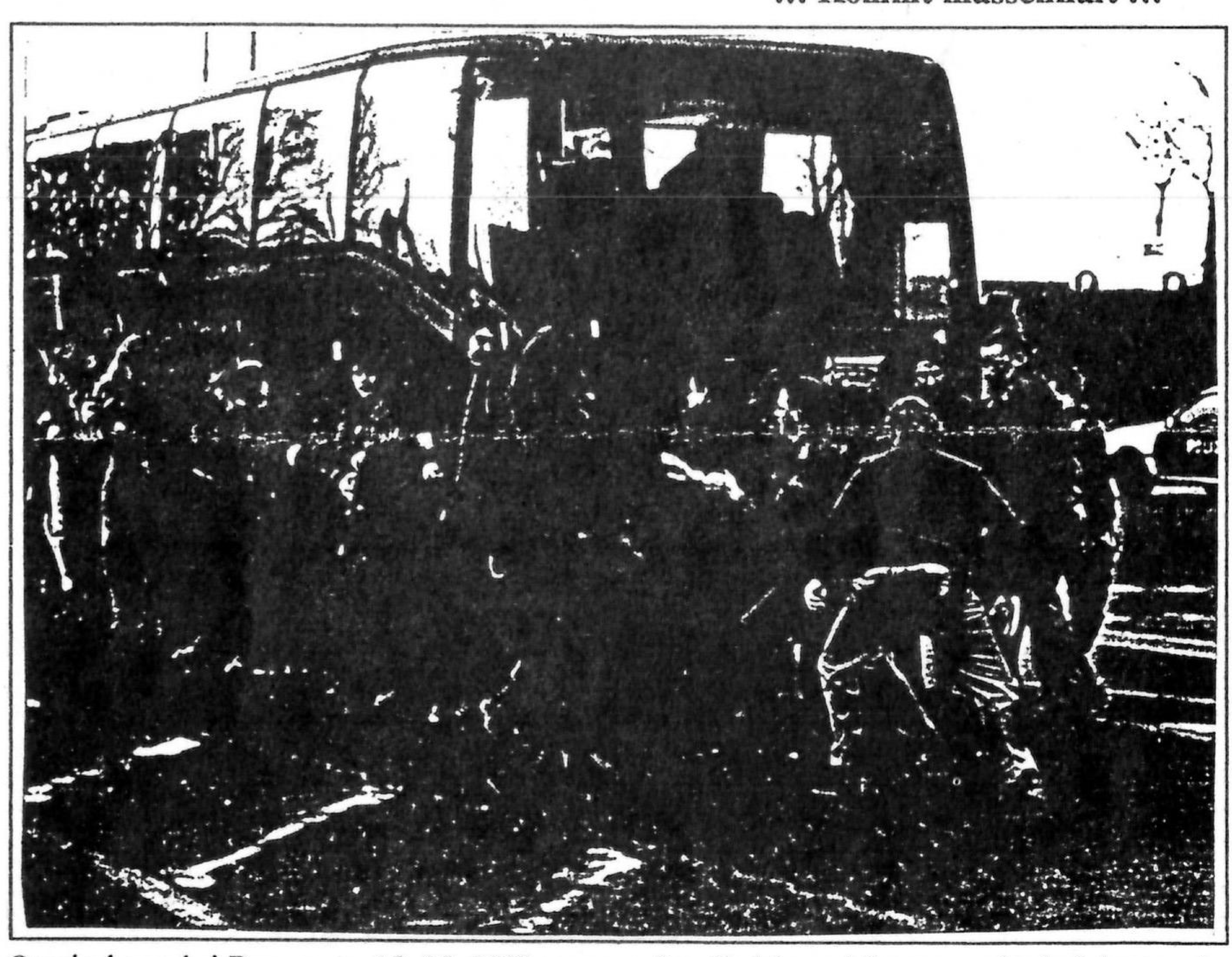
Unabhängige Antifa

an der FU

!!! Kriminalisierungsversuch gegen Antifas in Dessau geht weiter !!!

Am 15. Februar 1997 machten 2 Busse mit DVU-Mitgliedern und -Sympathisanten auf ihrem Weg aus Brandenburg zu einem überregionalen Parteitag in Zwochau bei Delitzsch (Sachsen) am Hauptbahnhof Dessau Station, um weitere ihrer Anhänger abzuholen. Dies sollte sich allerdings Dank der Aufmerksamkeit einiger AntifaschistInnen nicht ganz so einfach gestalten, wie sie sich das gedacht hatten. Ca. 50 Antifas warteten ebenso wie 7 Nazis auf die Ankunft der Busse und blockierten die Eingänge eines Busses (der andere war angesichts teils vermummter Chaoten in gebührendem Abstand geblieben) unter wüsten Beschimpfungen üblicher Art (ungepflegtes Äußeres, sowas wäre früher nicht lange frei rumgelaufen etc.) mit einer Menschenkette und informierten PassantInnen durch Flugblätter über Sinn und Zweck der Aktion. Anders, als zunächst erwartet, brauchten die Staatsdiener in Uniform und ihre zivilen KollegInnen ca. eine halbe Stunde, um den weiten Weg vom 300 Meter entfernten Revier in einsatzfähiger Zahl zu bewältigen. In der folgenden Viertelstunde wurden 28 Antifas mehr oder weniger brutal aus der Kette gerissen, festgenommen und auf's Revier gebracht. Weitere 9 Festnahmen passierten geschlagene 90 Minuten später. Hier handelte es sich um GenossInnen, die den Gefangenen Getränke, Zigaretten etc. durch's Fenster des zur Sammelzelle umfunktionierten Speiseraums reichten. Alle 37 Antifas wurden ED-mißhandelt, verhört und im Laufe des Abends freigelassen. Einige Zeit später bekamen 7 Leute Einstellungen, der Rest im September '98 Anklageschriften. Der Katalog der Vorwürfe umfaßte je nach Angeklagtem Landfriedensbruch, Sachbeschädigung, Nötigung, gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr und Vermummung.
Im Februar begann nun der erste Prozeß. Von den zunächst angekündigten 6 Hauptangeklagten wurde einer kurz vor Prozeßbeginn abgetrennt, ein zweiter während des Prozesses, weil er seit Sommer '97 fahnenflüchtig ist und natürlich nicht erschien. Insgesamt waren 8 Prozeßtage anberaumt, in denen 30 Belastungszeugen - größtenteils Insassen des Busses, u. A. der spätere DVU-Spitzenkandidat von Brandenburg, Michael Claus - gehört werden sollten. Am dritten Prozeßtag allerdings wurden die Verfahren der 4 vorläufig eingestellt. Die Auflagen beliefen sich auf dreimal wahlweise 300 DM oder 30 Arbeitsstunden und einmal 600 DM.
Die 24 anderen Angeklagten bekamen in der Folgezeit alle die Möglichkeit, sich ebenfalls mit 300 DM oder 30 Arbeitsstunden einverstanden zu erklären, worauf sich aber nur 10 Leute einließen, der Rest verweigerte dieses indirekte Schuldeingeständnis zum Teil als bewußt politischer Akt.
Anfang Oktober flatterten den nächsten 9 Angeklagten die Prozeßtermine ins Haus, wobei auch hier wieder 2 Verfahren abgetrennt wurden. Der Prozeß gegen die 7 anderen GenossInnen beginnt nun am Donnerstag, dem 11. November 13.00 Uhr im Saal 224 Amtsgericht Dessau und ist auf insgesamt 6 Prozeßtage angesetzt. Die weiteren Termine sind je montags 13.00 Uhr der 22. 11., 29. 11., 06. 12., 13. 12. und 20. 12..

!!! Kommt massenhaft !!!



Ihr wißt schon, was jetzt kommt!?
Richtig: der obligatorische Spendenaufruf für die anfallenden Kosten für dieses Flugblatt, die Pressearbeit und vor Allem die immensen Anwaltskosten, die auf die Betroffenen zukommen werden bzw. schon sind. Diese Kosten beliefen sich insgesamt allein im ersten Prozeß in dieser Sache auf ca. 8.500 DM.
Hier also noch mal unser Spendenkonto:

Inhaberin: Ingeborg Reinecke, Volksbank Köthen-Bitterfeld, BLZ: 800 636 28, Kontonr.: 103 316 351

Zu erwähnen sind auch noch andere Prozesse, die ebenfalls im Zusammenhang mit der DVU schon stattgefunden haben. Im Herbst 1998 standen 3 Antifas aus Dessau wegen Abreißens von DVU-Landtagswahlkampfplakaten vor Gericht, wobei sie freigesprochen wurden. Im September 1999 wurden 3 Dessauer Antifas vor den Kadi des Zerbster Amtsgerichts bestellt. Ihnen wurde Beleidigung des Alterspräsidenten des Sachsen-Anhaltiner Landtags, Rudi Wiechmann (DVU), mittels eines Transpis mit der Aufschrift "Wiechmann = Nazi" während einer Spontandemonstration in dessen Wohnort Oranienbaum bei Dessau am 15. 05. 1998 vorgeworfen. Gericht und Staatsanwaltschaft hatten aber dann doch keine Lust mehr auf diese Farce, als sie mit Beweisanträgen der Verteidigung bombardiert wurden. Diese verlangten u. a., diverse Zeitungsartikel aus der Zeit kurz nach der Landtagswahl zu verlesen, in denen im Zusammenhang mit der DVU der Begriff "Nazi" u. ä. verwendet worden waren. In die selbe Richtung gingen Anträge, mehrere PolitikerInnen zu hören, die sich ähnlich geäußert hatten, so u. A. Jürgen Trittin. Außerdem sollte noch ein Sprachsachverständigengutachten eingeholt werden, daß zeigen sollte, daß der fragliche Begriff mittlerweile zum alltäglichen Synonym für alle Rassisten, Nationalisten, Rechtskonservativen, Revanchisten etc. geworden ist und als solches von breiten Teilen der Bevölkerung verstanden und genutzt wird. Der Prozeß wurde vertagt, dann sollte er doch erst im November ganz neu beginnen, und schließlich wurde das Verfahren ohne Auflagen eingestellt. Allerdings waren zu diesem Zeitpunkt schon Kosten von ca. 1.000 DM entstanden. Desweiteren laufen noch mindestens 2 andere Verfahren, die auf Aktionen gegen Wiechmann zurückzuführen sind. Daß diese Verfahren überhaupt zur Anklage kamen, hängt offensichtlich mit einigen Kleinen Anfragen der DVU-Fraktion im Landtag zusammen. Diese bezogen sich auf Aktionen während des Wahlkampfes, eine direkt auf die Busblockade, und auf besetzte Häuser bzw. die "linksautonome Szene".
Solange neofaschistische Parteien wie die DVU eine parlamentarische und ideologische Lobby für die menschenverachtenden Taten der Stiefelnazis aller Couleur bilden, wird unser Widerstand andauern! Alt- und Neonazis, die sich positiv auf den einmaligen Zivilisationsbruch Auschwitz beziehen, gilt es, jedwede politische Handlungsmöglichkeiten zu entziehen.
An dieser Motivation können auch diese Prozesse und die damit verbundene, pseudodemokratische Zeigefingerpädagogik nicht das Geringste ändern.

Antifaschismus ist nicht kriminell sondern selbstverständlich!
Für die sofortige Einstellung dieses politischen Prozesses!
Solidarität mit den Angeklagten!

Infos/Kontakt: Offenes Antifaplenum Dessau, c/o Infoladen "Volk & Wissen", Schlachthofstr. 25, 06844 Dessau, Tel-Nr.: 0340/ 266 02 10 Fax: 0340/ 266 02 20

Seit 17 Jahren ermittelt die französische Justiz gegen Christel Fröhlich

- seit fast 4 Jahren ist Frau Fröhlich auf Grund eines französischen Haftbefehls in Untersuchungshaft.

Am 25.Oktober 1995 in Rom festgenommen, am 21. November 1996 nach Frankreich ausgeliefert, sitzt Christel Fröhlich seitdem im Untersuchungsgefängnis in Fleury-Merogis bei Paris.

Die Beschuldigungen der französischen Justiz basieren auf einem Doppelkonstrukt: Zum einen soll Christel Fröhlich das Auto gemietet haben, das am 22. April 1982 in der Rue Marbeuf in Paris vor dem Gebäude einer libanesischen Exilzeitung explodierte. Dieses Auto wurde am 19.4.82 in Jugoslawien von einer Frau unter dem Namen Stadelmann gemietet. Zum anderen wird dieser Anschlag von den französischen Ermittlungsbehörden einer "Gruppe Carlos" zugeordnet, folglich soll Christel Fröhlich dieser "terroristischen Vereinigung" angehört haben.

Christels politische Geschichte begann Ende der 60er Jahre. Der damalige weltweite Aufbruch war beides: das Ende einer traditionellen kommunistischen Politik und der Beginn einer neuen Phase einer Politik der Befreiung. Darin waren internationale Kontakte unter linken Gruppen eine politische Selbstverständlichkeit. Christel war eine von denen, die als revolutionäre Kommunistinnen aktiv waren. Bei der Haftprüfung am 13.5.97 sagte sie gegenüber dem Untersuchungsrichter: „Ich übernehme für meine politische und persönliche Vergangenheit die Verantwortung, ich lehne es aber ab, vor der französischen Justiz Rechenschaft abzulegen. Für die mir jetzt konkret vorgeworfene Tat lehne ich die Verantwortung persönlich und politisch ab", ansonsten macht sie von ihrem Recht der Aussageverweigerung Gebrauch.

Obwohl die französischen Behörden in diesem Fall seit 17 Jahren gegen Christel Fröhlich ermitteln, sie 1 Jahr in Italien in Auslieferungshaft verbracht hat und jetzt fast 3 Jahre in Untersuchungshaft in Fleury-Merogis sitzt, ist bis heute unklar, wann der Prozess stattfinden soll.

Am 14. August 1994 wurde Illich Ramirez Sanchez, genannt Carlos, von französischen Geheimdiensten unter obskuren Umständen aus dem Sudan nach Paris ins Gefängnis verbracht. Die französische Justiz versucht, eine Carlos-Gruppe zu konstruieren. Christel Fröhlich wurde während eines kurzen Aufenthalts am 25. Oktober 1995 in Rom auf offener Straße aufgrund eines internationalen Haftbefehls der französischen Behörden festgenommen. Dies geschah, als sie ihren Mann im italienischen Gefängnis Rebibbia bei Rom besucht hatte. Sie wurde in Rom in Auslieferungshaft genommen und am 21. November 1996 nach Frankreich ausgeliefert.

Während ihrer mehrjährigen Haftzeit in Italien vom 18.6.82 bis 20.12.1988 haben die Ermittlungen der französischen Justiz keinerlei Anhaltspunkte dafür gebracht, dass der gegen Christel Fröhlich gerichtete Verdacht begründet werden konnte, obwohl die französischen Behörden bei ihrer Untersuchung ausgesprochen manipulativ vorgingen, wie z.B. die im Herbst 82 vorgenommenen Zeugenbefragungen zeigen:

Zu den Zeugenbefragungen

Am 21. und 22. September 1982 wurde in Jugoslawien insgesamt 5 Zeugen (Angestellte der Autovermietung, Angestellte eines Hotels) eine Lichtbildmappe mit 7 Fotos vorgelegt. Von den 7 Fotos zeigten 3 Christel Fröhlich, zwei zeigten gefangene Frauen, zwei gesuchte Frauen aus der RAF, d.h. nahezu die Hälfte der Bilder zeigt Christel Fröhlich. Diese Art von Lichtbild-Identifizierung ist unzulässig manipuliert: Die statistische Wahrscheinlichkeit, dass diese Person auch angeblich erkannt wird, ist sehr hoch, zum einem durch die Anzahl der Bilder (3 von 7), zum anderen durch die Suggestivwirkung beim Ansehen, da die verdächtigte Person sehr viel öfter abgebildet ist als die anderen.

Trotz der in dieser Art manipulierten Lichtbildvorlage hat keine der betreffenden Zeugen Christel Fröhlich eindeutig als die Frau identifiziert, die unter dem Namen 'Stadelmann' am 19.4.82 das Auto gemietet hat und anschließend in einem jugoslawischen Hotel übernachtet hat. So haben die Zeugen u.a. angegeben, 'ich bin mir nicht sicher, aber es könnte diese oder diese Person gewesen sein', am häufigsten wurden 2 verschiedene Personen von den Zeugen angegeben.

Die französischen Ermittlungsbehörden haben während der ganzen Zeit weder einen Haftbefehl beantragt, noch einen Haftbefehl erlassen oder gar ein Auslieferungsersuchen an die italienischen Behörden gerichtet.

Auch in der BRD wurde gegen Christel Fröhlich ermittelt

Am 27. Juni 1983 leitete die Staatsanwaltschaft in Hannover - dem Wohnort von Christel Fröhlich - unabhängig von der Vorgehensweise der französischen Justiz, ein Ermittlungsverfahren gegen Christel Fröhlich ein. Auch in diesem Ermittlungsverfahren wurde sie verdächtigt, das fragliche Auto gemietet zu haben und so am Anschlag in Paris beteiligt gewesen zu sein.

Nach Auswertung sämtlicher der deutschen Justiz durch die französische Justiz zur Verfügung gestellten Ermittlungsakten stellte die Staatsanwaltschaft Hannover das Ermittlungsverfahren am 29. Oktober 1985 ein, da der Tatverdacht nicht zu halten war.

Da Christel Fröhlich von Anfang an auf ihrem Recht auf Aussageverweigerung beharrte, drohte der Untersuchungsrichter Bruguiere 1997, die BesucherInnen von Frau Fröhlich zu vernehmen. Insgesamt 13 BesucherInnen von Frau Fröhlich wurden nach einem Besuch zum Verhör in den Justizpalast gefahren. Da auch dies zu nichts führte und auch Frau Fröhlich sich von dieser weiteren Schikane nicht von ihrem Recht auf Aussageverweigerung abbringen ließ, wurden diese Versuche mittlerweile eingestellt.

Das Sondergericht in Frankreich

Die Eindeutigkeit, mit der die Untersuchungshaft als Mittel der Aussageerpressung mißbraucht wird, ist nicht zuletzt auf die Sondergerichtsbarkeit zurückzuführen, der Christel Fröhlich unterliegt. Die Ermittlungen gegen Frau Fröhlich werden von der 14. Sektion der Pariser Staatsanwaltschaft geführt: Die Einrichtung dieser Sektion geht auf das Gesetz bezüglich des „Kampfes gegen den Terrorismus" vom 9. September 1986 zurück, das durch ein weiteres Gesetz vom 30. Dezember 1986 auch auf ‚terroristische Akte', die vor der Verabschiedung des Gesetzes stattfanden, ausgeweitet wurde.

Die Verfolgungen und Ermittlungen wurden damit in Paris zentralisiert und ein spezielles Schwurgericht aus Berufsrichtern wurde eingesetzt. Eine Gruppe von 4 Richtern führt die strafrechtliche Voruntersuchung durch. Sie wird geleitet von Jean-Louis Bruguiere. Bruguiere ist zuständig für das Auslieferungsverfahren, für alle Ermittlungen und für die Fortsetzung des Haftbefehls gegen Christel Fröhlich.

Kritik der Internationalen Liga für Menschenrechte

Die Internationale Liga für Menschenrechte, gegründet 1922/23 mit Karl von-Ossietzky, Einstein und anderen Persönlichkeiten, hat in einer Dokumentation vom Januar 1999 die Verfahrensweise eben dieser 14. Sektion kritisiert:

- Haftbefehle würden leichtfertig ausgestellt,
- Beweise seien völlig unzureichend,
- die Untersuchungshaft dauere viel zu lange
- die Anwälte würden in ihrer Arbeit gehindert.

Sie fordern die Auflösung dieser Kammer.
Wir fordern die sofortige Freilassung von Christel Fröhlich !

Solidaritätsgruppe
Christel Fröhlich
c/o annabee Buchladen
Gerberstr.6
30169 Hannover
Tel 0511 - 131 81 39
Fax 0511 - 161 05 38

Solidaritätskonto
Willms
Konto-Nr.: 324 371 96
BLZ 250 501 80
Stadtsparkasse Hannover

ABSCHIED VON GESTERN - vorläufige Abrechnung mit einem Sektor -

Wir, u.a. Ehemalige der Schule für Erwachsenenbildung (SfE), wenden uns an die Öffentlichkeit, weil wir mit Befremden die Entwicklung im Mehringhof (MH) verfolgen, die Ausdruck der Unverantwortlichkeit und Entsolidarisierung in der linken/alternativen „Szene" insgesamt ist. In der SfE spiegelt sich dieser Zustand aufs Bemerkenswerteste wider:

- Neuankömmlingen wird in der SfE-Werbung und in Gesprächen suggeriert, sie könnten in einem System autoritärer Erpressung und Gängelung Auszubildender gleichsam auf einer libertären Insel „streßfrei zum Abi!" treiben, so als könnte manFrau seinen/ihren autonomen Lebenstraum vor verbeamteten Prüfungskommissionen ausbreiten und würde dafür auch noch gut benotet...jedeR, derDie schon mal durch die Abimühle gedreht wurde, weiß, daß nur eingebläutes Wissen hilft und/oder straighteste Auseinandersetzung mit den staatlich vorgegebenen Themen. Wer etwas anderes behauptet, hat offenbar nur Eins im Sinn, nämlich:

- Hauptsache, du unterschreibst! Damit ist nicht etwa das Abitur garantiert (wie auch, bei 10% Erfolgsquote...), nein, garantiert ist, daß du zu zahlen hast und zwar bis zum bitteren Semesterende, egal, ob du überhaupt noch auf der Schule bist oder nicht.
Wer, wie wir, spätestens nach ein paar Wochen erkannt hat, daß hier kein Abi zu machen ist, muß also natürlich trotzdem weiterzahlen, obwohl z.B. einige von uns mittlerweile auf dem Treptow-Kolleg ihr Abi machen, bzw. schon gemacht haben. Andere haben der ganzen Chose den Rücken gekehrt und leben von Sozialhilfe oder schlagen sich mit Gelegenheitsjobs durch. Wieder andere, die völlig resigniert haben, blieben als Bafög-Leichen an der Schule, weil: „Wenn ich schon zahle, kann ich auch bleiben..." Tolles selbstbestimmtes Leben und Lernen in einem hierarchiefreien Projekt...

- Wird nicht gezahlt, kommt prompt der Gerichtsvollzieher. Wir gehen inzwischen davon aus, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil des Einkommens der SfE auf Haftandrohung und Zahlungsbefehlen beruht (wovon nicht zuletzt das Anwaltsbüro der SfE, die ehedem „linke"Kanzlei Faensen und Häusler, profitiert.) JedeR muß eben sehen, wo erSie bleibt.

- einziger Zweck der SfE -und damit nicht unähnlich den kommerziellen Projekten im MH- ist, mindestens auf seine Kosten zu kommen: Miete, Gehälter, Anwaltshonorare usw. wollen bezahlt sein, am besten, von denen, die nicht mehr an der SfE sind, denn nur von den wenigen, die noch hingehen, kann niemand leben.
Wir sagen nicht, daß die SfE sich ne goldene Nase verdient. Vermutlich holt sie damit nur das Nötigste rein. Das macht das Ding allerdings auch nicht revolutionärer.

- einen finanziellen Aufschwung ohnegleichen erlebte die SfE übrigens kurz nach dem Fall der Mauer - hunderte von Gutgläubigen aus den neuen Bundesländern strömten in die SfE, in der Hoffnung, hier zu schaffen, was ihnen -oft aus politischen Gründen- in der DDR verwehrt blieb. Mittlerweile hat sich aber auch im Prenzlauer Berg rumgesprochen, daß mensch in der SfE zwar herrlich rumlungern kann, das aber keine sozialen oder gar politischen Zusammenhänge schafft, die dir Kraft geben könnten, dem schikanösen Zensuren- und Prüfungsmechanismus dein eignes Verständnis von Lernen, Begreifen und Verändern entgegenzustellen.

- nicht zuletzt geht es um eine wertvolle Immobilie: 2 Etagen im Mehringhof, von denen etliche Quadratmeter immer wieder untervermietet werden, weil nicht genügend Kurse zusammenkommen. Rechnen wir den aktuellen Trend hoch, so würde die SfE bzw. ihre GesellschafterInnen in absehbarer Zeit nur noch als Vermieterin fungieren. Ist das der Sinn des Lebens? Vermieterin werden? Mit selbstbestimmtem Vermieten ohne Zahlungsdruck und Hierarchie, versteht sich! Und wenn garnichts mehr läuft, kann manFrau den ganzen Plunder auch noch meistbietend verkaufen. Schließlich gehört ihnen das Zeug ja. Und warum sonst ist die SfE dagegen, ihren MH-Anteil in Stiftungseigentum zu überführen?

Die SfE wie der MH gesamt sind einstmals als emanzipatorische Projekte angetreten: Geblieben ist eine sogenannte "hierarchiefreie Schule" in einem immer noch irgendwie „selbstverwalteten Projekt" (MH), die eine wie das andere diktiert von Zins und Zinseszins, gegenseitigem Mißtrauen und Besitzstandsdenken. ManFrau lebt von der Legende, etwas anderes zu sein, als ein spießiges Gewerbezentrum mit ein paar (geduldeten)„extremistischen" Untermietern drin. Wenn die Projekte (politische vs. gewerbliche vs. kulturelle) so könnten, wie sie wollten, gäbs hier Mord & Totschlag... aber das ist ein ganz anderes Thema...(JedeR, denDie`s angeht und schon mal auf einer MV war, mit all dem gegenseitigen Belauern, weiß, worums geht.)

Das klingt natürlich alles sehr abgegessen und die Frage ist, wieso damit noch an die Öffentlichkeit gehen? Wen juckt das? Die Hausbesetzerbewegung ist schließlich auch in Hausbesitz geendet und damit hat sich`s. Das ist der Weg alles Irdischen.
Nur sollten Untote trotz morschem Rückgrats noch so viel innere Haltung besitzen und jungem, hoffnungsvollem Leben nicht das Blut absaugen und vor allem nicht die Zeit stehlen, nur damit sie die ihre bis zur Rente rüberretten können...
Junge Menschen, seid gewappnet!
Von Nichts kommt nichts!
Das Abitur nicht und erst recht nicht die Revolution!!
Sehet die Untoten!
Nieder mit der Scharlatanerie!

Nächstes Treffen: 29. Oktober, 19 Uhr im SPEZIAL, P'berg, Rykestr. kurz vor der Sredzkistr.

„... da habe ich festgestellt, daß das, was bei Springer stand, die Wahrheit war", oder Die war nicht nett, die DDR

Anmerkungen zum Thesenpapier „Die Mauer im Kopf: Westlinke und Realsozialismus" sowie zur daran anknüpfenden Diskussion im Mehringhof

Jubiläen sind dazu prädestiniert, sich mal kurz der eigenen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu versichern. Insofern ist es erstmal nicht verwunderlich, sondern vielmehr zu begrüßen, daß eine sich aus mehreren Berliner Gruppen rekrutierende AG den 10. Jahrestag der 'Wende' (und mithin den 40. Jahrestag der Gründung der DDR) zum Anlaß genommen hat, mittels eines (allerdings recht mageren) Thesenpapiers[1] und einer daran anknüpfenden Veranstaltung eine Diskussion über das Verhältnis der radikalen Linken 'West' zum Realsozialismus, zur 'Ostlinken' (was auch immer darunter verstanden wird) sowie zu den sozialen Bewegungen in Osteuropa heute anzustoßen.

Um die Thesen der AG für diejenigen, die sie nicht kennen, noch einmal kurz nach unserer Lesart zusammenzufassen: Die Gruppe geht davon aus, daß die Lähmung, die die „radikalen Westlinken"[2] nach dem Mauerfall 1989 erfaßt habe, in direktem Zusammenhang mit ihrer unkritischen bis affirmativen Haltung gegenüber dem 'Realsozialismus' im allgemeinen und der DDR im besonderen stehe. Während Anfang der 80er Jahre beispielsweise in der 'radikal' noch eine (allerdings nicht näher ausgeführte) Kritik an den realsozialistischen Staaten gang und gebe gewesen sei, sich 'die Autonomen' - denn um die ging es eigentlich - also noch explizit auch von traditionskommunistischen Strömungen wie Staaten abgrenzten, so seien angesichts des westlichen Konfrontationskurses, der Perestroika im Osten, einer zunehmenden Annäherung der Autonomen an antiimperialistische Positionen und der damit um sich greifenden „dualen Logik der Blockkonfrontation" kritische Positionen gegenüber dem real Existierenden zunehmend in Vergessenheit geraten. Dementsprechend hätten sich 'die Autonomen', anstatt die Verhältnisse in Osteuropa weiterhin kritisch zu analysieren, weitgehend auf die Verteidigung derselben sowie der DDR versteift und dem allgemeinen platten Antikommunismus einen ebenso platten Anti-Antikommunismus entgegengesetzt. Der völlige Verlust „kritischer Analysen" und die Ignoranz, ja gar Affirmation der „real existierenden Verhältnisse im real existierenden Sozialismus" hätten dann schließlich dazu geführt, daß die radikalen Linken bzw. Autonomen in der BRD von der Entwicklung ab 1989 sozusagen auf dem falschen Fuß erwischt wurden, diese als „Niederlage der Linken oder gar ... Konterrevolution" interpretierten und vor lauter Konfusität „das befreiende Moment [?], welches im Ende des Realsozialismus und speziell der DDR enthalten war, nicht diskutieren" mochten. Statt also über die eigene Politik, die Verhältnisse im Osten und „radikale linke Alternativen nachzudenken" sowie in laufende soziale Kämpfe zu intervenieren, hätten sich weite Kreise nunmehr auf antiimperialistische, antirassistische, antinationale und antifaschistische Arbeit konzentriert, was nebenbei gemeinsam mit von „vor allem Antideutsche[n]" gepflegten, „an rassistische Argumentationen erinnernde[n] Ressentiments gegen AussiedlerInnen und Ostdeutsche", dem munteren Paktieren mit „LeninistInnen und StalinistInnen" sowie der Verabsolutierung gerade antipatriarchaler „westlinke[r] Essentials" den Blick für „wenigstens rudimentäre(r) Strukturen von Selbstorganisation und 'sich-wehren' im sozialen Feld" in Osteuropa im allgemeinen und der DDR im besonderen getrübt und zudem die „Zusammenarbeit mit der Vorwende-Ostlinken" unnötig erschwert habe.

Soweit erstmal der Argumentationsgang, der zwar nicht sonderlich originell ist[3], aber nichtsdestotrotz einige Anmerkungen und Fragen geradezu provoziert.

[1] Die Mauer im Kopf: Westlinke und Realsozialismus. In: Interim 485 (1999), S. 14.
[2] Die Zitate sind, so dies nicht anders ausgewiesen ist oder es sich aus dem Kontext ergibt, mit Ausnahme der Überschrift dem Thesenpapier entnommen.
[3] Auf die Leerstelle 'Realsozialismus' in Theorie und Politik der Autonomen, die Defizite (neo-)marxistischer Staatssozialismus-Analysen u.a. wurde bereits desöfteren - wenn auch zugegebenermaßen relativ folgenlos - hingewiesen. S. hierzu bspw.: Geronimo: Feuer und Flamme 2. Kritiken, Reflexionen und Anmerkungen zur Lage der Autonomen. Berlin, Amsterdam 1992, 72-74 bzw. Marcel van der Linden: Von der Oktoberrevolution zur Perestroika. Der westliche Marxismus und die Sowjetunion. Frankfurt a.M. 1992.

• Lamentieren oder objektivieren?

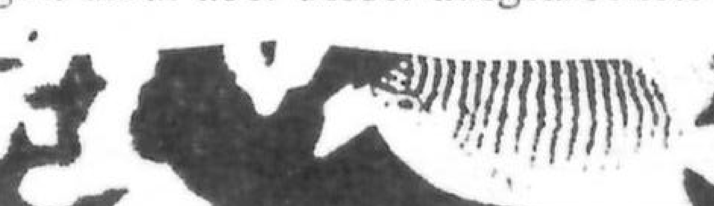
Zum ersten scheint es uns reichlich überzogen, ja problematisch zu sein, die 'Lähmung' der Autonomen nach 1989, so es sie denn überhaupt gab, vor allem als Konsequenz ihrer unkritischen bis affirmativen Haltung gegenüber den 'realsozialistischen' Staaten zu begreifen. Hierbei wird erstens verkannt, daß die 'Krise der autonomen Linken', d.h. der schleichende Verlust gesellschaftlicher Relevanz bereits Mitte der 80er Jahre eingesetzt hatte und folglich auch und vor allem auf andere Ursachen zurückgeführt werden müßte, zweitens aber auch der Blick darauf verstellt, daß die 'Bewegung' mitsamt ihren Selbstverständlichkeiten, Organisations- und Politikformen doch eine weit prinzipiellere Kritik verdient hätte. In diesem Zusammenhang ist unter anderem daran zu erinnern, daß 'die Autonomen' zwar vielleicht nicht explizit, sicherlich aber implizit, eben durch ihre Organisations- und Aktionsformen Distanz zur traditionskommunistischen 'Bewegung', aber auch zum gescheiterten staatssozialistischen Befreiungsversuch demonstrierten. Nur war denn, eingedenk der oft und gern bejammerten „Theoriefeindlichkeit", die uns ein Grundzug der ganzen 'Bewegung' zu sein scheint, von dieser wirklich mehr, ja gar die Entwicklung ausgefeilter, theoretisch fundierter und empirisch untermauerter Analysen des Staatssozialismus zu erwarten? Wir sind skeptisch und schlagen dementsprechend vor, einen Schritt weiterzugehen und, anstelle weiterhin über das „völlige(n) Fehlen kritischer Analyse" zu lamentieren, die Entwicklung, den Charakter und die Determinanten des Niedergangs (wie gesagt, wenn denn davon überhaupt geredet werden kann) 'der Autonomen' kritisch zu reflektieren.

• Keine Bündnisse mit LeninistInnen und StalinistInnen?

In diesem Zusammenhang wäre auch These IV erstmal näher zu diskutieren. Die Forderung, keinerlei Bündnisse mit „ML-Gruppen", „LeninistInnen und StalinistInnen" einzugehen, ist ja nun ebenfalls weder neu noch irgendwie außergewöhnlich, sondern gehörte und gehört zum Einmaleins 'autonomer' Politik. Auf den ersten Blick ist sie ja auch durchaus einleuchtend. Aber bei näherem Hinsehen werfen diese scheinbar so selbstverständlichen Formulierungen doch einige Fragen auf. So mag es vielleicht noch einigermaßen einfach sein, sich darüber zu verständigen, was eigentlich einE 'StalinistIn' ist, aber was wird unter 'LeninistIn' verstanden, und daran anknüpfend, wie ist die theoretische und praktische Arbeit Lenins denn überhaupt zu bewerten? Desweiteren, was ist eigentlich unter dem Begriff 'Bündnispolitik' zu verstehen? Und was spricht gegen punktuelle Zusammenarbeit mit Gruppen, die unter diese Label zwar fallen mögen, aber sich doch nicht, wie hier suggeriert wird, durchweg völlig kritiklos und geradezu euphorisch auf die staatssozialistische Strömung der historischen Arbeiterbewegung beziehen, vorausgesetzt, die eigenen Positionen (so denn überhaupt welche vorhanden sind) und damit die Differenzen mit diesen werden nicht einfach unter den Tisch gewischt, sondern offen ausgetragen und dargestellt?

• Relativierung antipatriarchaler Essentials?

Ebenfalls recht problematisch ist die von der AG vorsichtshalber mit These VIII abgesicherte These VII, d.h. die Aufforderung, u.a. und gerade antipatriarchale „westlinke Essentials" bzw. Maßstäbe im Umgang mit „Menschen aus dem Osten" erstmal niedriger zu hängen bzw. nicht als gegeben vorauszusetzen, um diese nicht zu verschrecken, sondern beiderseitige Lernprozesse zu ermöglichen. Wären wir bösartig, so würden wir der AG an dieser Stelle unterstellen, entweder den Ausverkauf mühsam errungener antipatriarchaler Standards zu betreiben oder selbst Ressentiments zu hegen, und implizit davon auszugehen, daß 'Ostlinke' im großen und ganzen erstmal als 'sexistischer' zu betrachten sind. Das sind wir in diesem Punkt aber definitiv nicht (wirklich!), da wir die Positionen von Mitgliedern der AG in aktuellen Diskussionen teilweise kennen. Insofern sei halt nur erneut angemerkt, daß eine Beschränkung auf weniger, dafür aber besser ausgearbeitete Themen und Thesen mehr gewesen wäre.



• Und mal wieder: Plattes Anti-Antideutschtum

So wäre es beispielsweise sinnvoll gewesen, These IV entweder ersatzlos zu streichen oder doch wenigstens radikal umzuarbeiten. Wir wissen, in Berlin ist es zumal seit den Schlammschlachten im Vorfeld der Demonstrationen um den 8.Mai 1995 geradezu zur Tradition geworden, vor allem mit Platitüden, Absurditäten und dümmlichen Unterstellungen bewaffnet gegen reale oder vermeintliche „vor allem Antideutsche" zu Felde zu ziehen. Insofern ist es eigentlich auch (erneut) nichts neues, wenn sich die AutorInnen des Thesenpapiers wie auch Teile des Podiums bemüßigt fühl(t)en, mit pauschal diffamierenden Statements wie bspw. der Behauptung um sich zu schmeißen, „vor allem Antideutsche" hätten aufgrund ihrer „an rassistische Argumentationen erinnernde[n] Ressentiments gegen AussiedlerInnen und Ostdeutsche" letzteren den Krieg erklärt und damit die „Zusammenarbeit mit der Vorwende-Ostlinken" torpediert. Nichtsdestotrotz ist und bleibt derartiges und ähnliches Gerede aber ärgerlich - zumal es die Diskussionen über Sinn und Unsinn des ganzen Ansatzes eher blockiert, deren Notwendigkeit angesichts der Schwächen (zumindest) einiger Ansätze und 'Analysen' innerhalb der inzwischen doch eher heterogenen 'antideutschen Strömung', wie sie sich im Rahmen des Jugoslawien-Krieges überdeutlich manifestierten, außer Frage steht. Also: Geschenkt! So nicht!! Da werden wir zu Elsässern!!![4]

• Vom real Existierenden zum Leibhaftigen - zur kritischen DDR-Kritik

Damit zum eigentlichen Anliegen dieses Textes. Zwar teilen wir, wie bereits gesagt, die Ansicht der AG, die unkritische bis affirmative Haltung der „radikalen Westlinken" bzw. 'der Autonomen' sei zentral für deren Paralyse nach 1989, nicht. Nicht von der Hand zu weisen ist jedoch, daß erstens der 'Ostblock' weitgehend 'terra incognita' war und ist, daß zweitens aber nicht nur Erkenntnis und Geständnis historischer wie aktueller blinder Flecken sowie die Sondierung des gegenwärtigen Terrains in Osteuropa, sondern auch und gerade, um einmal mit Karl Heinz Roth zu sprechen, die „(selbst-)kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der staatssozialistischen Diktaturen ... gerade heute zu den Grundvoraussetzungen für das Überleben und Weiterwirken des sozialistischen Projekts überhaupt"[5] gehört.

Sowohl Thesenpapier wie Veranstaltung hatten jedoch in dieser Hinsicht, und hier sehen wir ihr zentrales Manko, wenig zu bieten. So wurde weder der Versuch unternommen, eine Erklärung für die Entwicklung und den Charakter staatssozialistischer Gesellschaften wie der DDR zu entwickeln, noch wurden die 'kritischen Analysen', die Anfang der 80er Jahre unter Autonomen kursierten, inhaltlich thematisiert. Selbst dem Thesenpapier läßt sich beim besten Willen nur entnehmen, daß seine AutorInnen den 'Realsozialismus' im allgemeinen und die DDR im besonderen nicht nett finden. Diesen Vorgaben entsprechend erschöpften sich die Diskussionen auf der Veranstaltung weitgehend in Bauchnabelschau sowie im 'Reden über die eigene Misere', um ab und an dann mal in wildes DDR-Bashing abzugleiten. Da wurde von Leuten, die bekannten, früher in der Schule (als 'Autonome'?) die DDR kompromißlos gegen konservative LehrerInnen verteidigt zu haben, allen Ernstes erklärt, sie hätten nach dem Fall der Mauer doch tatsächlich feststellen müssen, daß das, was bei Springer in der Bild-Zeitung über die DDR geschrieben wurde, die Wahrheit gewesen wäre. Da wurde munter vom 'instrumentellen Antifaschismus' der KPD/SED gesprochen, darauf verwiesen, daß ja auch Nazis in der DDR Karriere machen konnten und daß ja schließlich die Antifa-Ausschüsse in der SBZ zerschlagen und ihre Mitglieder samt und sonders inhaftiert worden seien usw. usf.[6]

(Selbst-)Kritische Auseinandersetzung ist dies und kann dies nicht sein. (Selbst-)Kritische Auseinandersetzung kann unserer Auffassung nach nicht heißen, die historische Existenz staatssozialistischer Gesellschaften wie bspw. der DDR in erster Linie als „Legitimationsproblem der deutschen Linken"[7] bzw. der eigenen Existenz und Politik zu begreifen, sich dementsprechend auf Teufel komm raus von diesen/r abzugrenzen und beim Wettlauf darum, wer denn der beste Dämonisator ist, noch jedes Greuelmärchen von wahlweise bürgerlicher, konservativer, reaktionärer oder antitotalitärer Seite aufzugreifen und noch etwas schriller wiederzukäuen.

Die Verbrechen, die im Namen des Kommunismus begangen wurden, weder zu verschweigen noch zu beschönigen sind, versteht sich von selbst. Aber hierbei sollten wir uns, allen Erfahrungen mit dem Repressionsapparat der DDR zum Trotz, davor hüten, die Geschichte der 'realsozialistischen' Gesellschaften auf eine Kriminal-, Repressions- und Skandalgeschichte zu reduzieren und damit dem allgemeinen Trend, die DDR mit totalitarismustheoretischen tools zum 'Hort des Bösen' zu stilisieren, nebenbei den 'kriminogenen Charakter' 'des Marxismus' oder 'des Kommunismus' zu belegen und diesen „bislang mörderischsten Menschheitsmythos"[8] endgültig zu exorzieren, noch entgegenzuarbeiten.

Eine (selbst-)kritische Auseinandersetzung mit einem relevanten Teil linker Geschichte zu führen, hieße vielmehr, sich in erster Linie (und, unserethalben, 'halt noch einmal') mit der Entwicklung und dem Charakter der staatssozialistischen Gesellschaften zu befassen, sie quasi erst einmal auf Begriffe jenseits von rein deskriptiven, gegebenenfalls der Selbstbeschreibung dienenden wie 'Realsozialismus' oder in unserem Falle 'Staatssozialismus', aber auch jenseits bloßer, der eigenen Abgrenzung dienender Worthülsen, wie uns dies im Falle des Staatskapitalismus-Begriffs nur allzuoft der Fall zu sein scheint, zu bringen. (Selbst-)kritische Auseinandersetzung heißt zudem, überhaupt erst einmal die alten linken Interpretationsrahmen zur Erfassung der 'Sowjetgesellschaften' durchzumustern und auf ihre Validität hin zu prüfen Und (selbst-)kritische Auseinandersetzung heißt desweiteren, sich mit den Ursachen des geradezu kolossalen Scheiterns des ersten größeren praktischen Versuchs zu befassen, den Weg hin zu einer Gesellschaftsform ohne Ausbeutung und Herrschaft zu beschreiten, in der, wie es Oscar Wilde (oder war's William Morris?) mal so schön sagte, kein Postbote mehr in den frühen Morgenstunden selbst bei Schnee und Regen auf die Straße gejagt werden wird, da die bewußte Koordination der Produktion durch die Produzenten selbst und die dann mögliche Produktivkraftentwicklung dann schon andere Möglichkeiten der Postzustellung eröffnen werden.

Gruppe Ulbricht[9]

---

[4] Sollte das auf dem Niveau so weitergehen, so drohen wir hiermit an, einmal ganz Timur-und-sein-Trupp-mäßig die Berliner Untiefen des platten Anti-Antideutschtums unter besonderer Berücksichtigung der gröbsten Hämmer auszuloten.

[5] Karl Heinz Roth: Geschichtsrevisionismus. Die Wiedergeburt der Totalitarismustheorie (Konkret Texte 19). Hamburg 1999, S. 64.

[6] Den Begriff vom instrumentellen Antifaschismus, mit dem Leute wie Wilke, Knütther ('Antifaschismus als letzte Keule der Linken') u.a gern arbeiten und der ja vor allem zum Ausdruck bringen soll, daß dieser in der DDR von Seiten der SED-Eliten als Instrument benutzt wurde, um nicht nur ihre Herrschaft zu legitimieren und stabilisieren, sondern auch, um unter antifaschistischem Deckmantel die eigene Machtergreifung und die 'Sowjetisierung' der Zone voranzutreiben, lehnen wir prinzipiell ab. Die Behauptung, KPD/SED oder SMAD hätten die Mitglieder der Antifa-Komitees samt und sonders inhaftierten lassen, ist schlichtweg blödsinnig. Überhaupt sollte im Zusammenhang mit Behauptungen bezüglich des Umgangs der KPD mit der NS-Vergangenheit im allgemeinen und den Antifa-Ausschüssen im besonderen der historische Kontext berücksichtigt werden. Einfache Darstellungen der ganzen Geschichte nach dem Motto 'Dann kamen die StalinistInnen und brachen der spontan sich entwickelnden revolutionären Bewegung das Genick' (so gerade im telegraph 3-4 (1998), 86-89) verzeichnen unserer Auffassung nach die Entwicklung wie die Problematik der Situation. Da Platz und Zeit hier nicht für nähere Ausführungen reichen, verweisen wir (nicht ohne Bauchschmerzen) auf Eric D. Weitz: Creating German Communism, 1890-1990. From Popular Protest to Socialist State. Princeton, N.J. 1997, bes. 311ff, in dem sich weitere Verweise auf die relevanten Literatur finden.

[7] Reinhard Crusius, Manfred Wilke: Der Antikommunismus als Legitimationsproblem der deutschen Linken. In: Rudi Dutschke, Manfred Wilke (Hg.): Die Sowjetunion, Solschenizyn und die westliche Linke. Reinbek 1975, S. 64. Dieses Legitimationsproblem haben etliche ehemalige Linke, die sich politisch oder auch beruflich wie Wilke, der es immerhin vom Trotzkisten zum Leiter des SED-Forschungsverbundes an der FU gebracht hat, dadurch gelöst, daß sie sich schließlich auch von der Linken als solches distanzierten und diese bzw. ihre eigene Vergangenheit zum Teil des 'Legitimationsproblems' machten.

[8] Focus: Der rote Schrecken. In: Horst Möller (Hg.): Der rote Holocaust und die Deutschen. Die Debatte um das „Schwarzbuch des Kommunismus". München 1999, S. 111.

[9] Nun sage niemand, wir sollten uns lieber Gruppe Trotzki, Kolonne Durutti oder gar Kommando Schelm nennen!

Wir sind nicht alle - es fehlen die Gefangenen! - nur die deutschen? Kritische Anmerkungen zur Veranstaltung „Die Waffe Mensch am 9.11.99 zum 25 Todestag von Holger Meins in der Volksbühne

Zunächst einmal ein dickes Lob den OrganisatorInnen, gerade am 9.11.99 eine Veranstaltung zu Holger Meins auf die Beine gestellt zu haben. Ein besseres Kontrastprogramm zum Mauerfall-Jubiläum nebst liberaler Begleiteinlage (Udo Lindenberg) läßt sich nicht denken. Auch mit der Wahl des Ortes (Volksbühne) und den kulturellen Begleitprogramm haben die OrganisatorInnen sicher Neuland betreten, so daß manche Pannen und auch Ärgernisse ihnen sicher nicht anzulasten sind. Das fing mit dem horrenden Eintritt von 25 DM, ermäßigt 18 DM an, was dazu führte, daß viele SchülerInnen, aber auch Andere, die einfach nicht die dicke Kohle haben, draußen bleiben mußten. Hinterher stellte sich raus, daß das Geld an die Volksbühne gegangen ist und den Gefangenenprojekten nicht einmal ein Bruchteil davon zugute kommt. Es ist schon mehr als zynisch von den Volksbühne-Leuten, sich mit dem Renommee des kritischen Künstlers zu schmücken und gleichzeitig nicht einmal Regelungen für Leute mit wenig Geld zu treffen. Dabei kosten dort sonst ermäßigte Theaterkarten nur 12 DM. Es wäre nicht Aufgabe der VeranstalterInnen sondern aller TeilnehmerInnen gewesen, dafür Sorge zu tragen, dass mangelnde Kohle kein Ausschlußkriterium ist und alle reinkommen.

Die deutschen Verhältnisse

Was aber sehr wohl in die Verantwortung der OrganisatorInnen fällt, ist die inhaltliche Gestaltung der Diskussionsveranstaltung „Die RAF ist Geschichte -Was bleibt", die von dem Schriftsteller und langjährigen politischen Aktivisten Christian Geissler, der langjährigen RAF-Gefangenen Sieglinde Hofmann und Peter Gehrmann von der Autonomen Antifa/M bestritten wurde.
Viel bedenkenswertes wurde gesagt, wenn es auch zu einer Diskussion nicht wirklich gekommen ist. Vielleicht war ja die Fragestellung schon zu kritisieren, weil sie schon impliziert, dass etwas Geschichte also abgeschlossen ist. Besser wäre die Frage gewesen, was machen wir aus dem revolutionären Erbe, dass auch durch die bewaffnet kämpfenden Gruppen der 70/80er Jahre (nicht nur der RAF) bereichert wurde aber viel älter ist?
Da können wir gerade am 9.November nicht über die deutschen Verhältnisse schweigen. Es ist dann auch nicht damit getan, vom Datum, das wir uns nicht aussuchen können, zu reden, wie es die Moderatorin am Beginn der Veranstaltung gemacht hat und dann noch einen inhaltsleeren Satz zur „Reichskristallnacht" nachzuschieben. Da wäre es schon notwendig gewesen als revolutionäre Linke zu den antisemitischen Pogromen mehr zu sagen. Da wäre auch die damals fast reibungslos funktionierende deutsche Volksgemeinschaft und die kaum wahrnehmbare Unterstützung der Juden und Jüdinnen durch die deutsche Linke ins Blickfeld zu rücken gewesen. Selbst von den Faschisten verfolgt und illegalisiert, gehörte die Solidarität mit den entrechteten jüdischen Menschen nicht deren vordringlichen Aufgaben. Wobei Ausnahmen, wie die Erklärung der illegalen KPD zum Reichspogromtag nicht unerwähnt bleiben dürfen.

Der deutsche Blick

Doch der deutsche Blick setzte sich auch auf anderer Ebene fort. Es ist zur Zuspitzung einer Freilassungskampagne sicher richtig und verständlich, die Gefangenen der RAF in den Vordergrund zu stellen. Alle Möglichkeiten, sie so schnell wie möglich ohne Abschwörrituale aus dem Knast zu bekommen, müssen ergriffen werden. Aber es ist für eine internationalistische Linke unabdingbar die revolutionären Gefangenen zu erwähnen, die keinen deutschen Paß haben. Dabei handelt sich hauptsächlich um Gefangene aus der Türkei und Nordkurdistan. Sie sind schon von Anbeginn neben ihrer Gefangenschaft zusätzlich mit dem Rassismus konfrontiert. Das beginnt im Umgang mit den Mitgefangenen und dem Gefängnispersonal, geht über mangelnde Sprachkenntnisse während des Prozesses und endet damit, dass diesen Gefangenen häufig die Ausweisung in ihr Heimatland in Folter und Tod drohen.
Auch gesamtgesellschaftlich kommt auf diese Menschen neben dem Stigma des „Terroristen" die rassistische Zuschreibung, „warum streiten die sich in unserem Land".

Kein Schlußstrich

Es käme manchen Ex-Linken gelegen, wenn nur die RAF-Gefangenen endlich aus dem Knast sind, die Geschichte des bewaffneten Kampfes endlich guten Gewissens beerdigen zu können. Für eine Freilassungskampagne ist es sicher richtig, diese Menschen mit einzubinden. Für die revolutionären Kräfte aber ist klar, nicht die Gefangenen waren die Ursache für den revolutionären, auch bewaffneten Kampf sondern die kapitalistischen, patriarchalen und rassistischen Unterdrückungsverhältnisse.
In anderen Ländern, beispielsweise in der Türkei, aber ging der revolutionäre Kampf auch in seiner bewaffneten Komponente nie zu Ende, wie der Gefängnisaufstand in der Türkei im September zeigte. Eine neue linke Perspektive aber ist ohne die Erfahrungen der Kämpfe in anderen Ländern nicht denkbar und eine linke Freilassungskampagne nicht ohne die Solidarität mit den revolutionären Gefangenen ohne deutschen Paß.

Proko

Das Foto ging zwar nicht um die Welt, aber zumindest durch ganz Frankreich und begründete das Image eines neuen «Robin Hood», der sich gegen die Reichen und Mächtigen zur Ehr setzt. Es zeigt den französischen Landwirten und Politaktivisten José Bové, Viehzüchter in Montredon-du-Larzac auf der Südflanke des Zentralmassivs, wie er seine gefesselten Hände zu Fäusten ballt und an die Decke eines Polizeiautos reckt.

Gegen «Scheissfrass» und McDonalds

Französiche Bauern und Bäuerinnen wehren sich

Am 12. August 1999 wurde eine im Bau befindliche MacDonals-Filiale in Millau, zweitgrösste Stadt des südfranzösischen Départements Aveyron, von AktivistInnen der linksalternativen Confédération Paysanne in ihre Einzelteile zerlegt. Nicht durch rohe Gewalt - nein, spielerisch und in aller Öffentlichkeit, am hellichten Tage. An die 400 Personen nahmen daran teil, Kinder turnten spielend an den abmontierten Teilen herum, die schliesslich vor der Unterpräfektur – dem Sitz des Regierungsvertreters – abgeladen wurden. In den folgenden Tagen wurden vier Teilnehmer der Aktion festgenommen. José Bové – der sich zu jener Zeit friedlich im Urlaub befand – wurde wie ein gefährlicher Krimineller zur Fahndung ausgeschrieben, bis er sich den Behörden stellte.

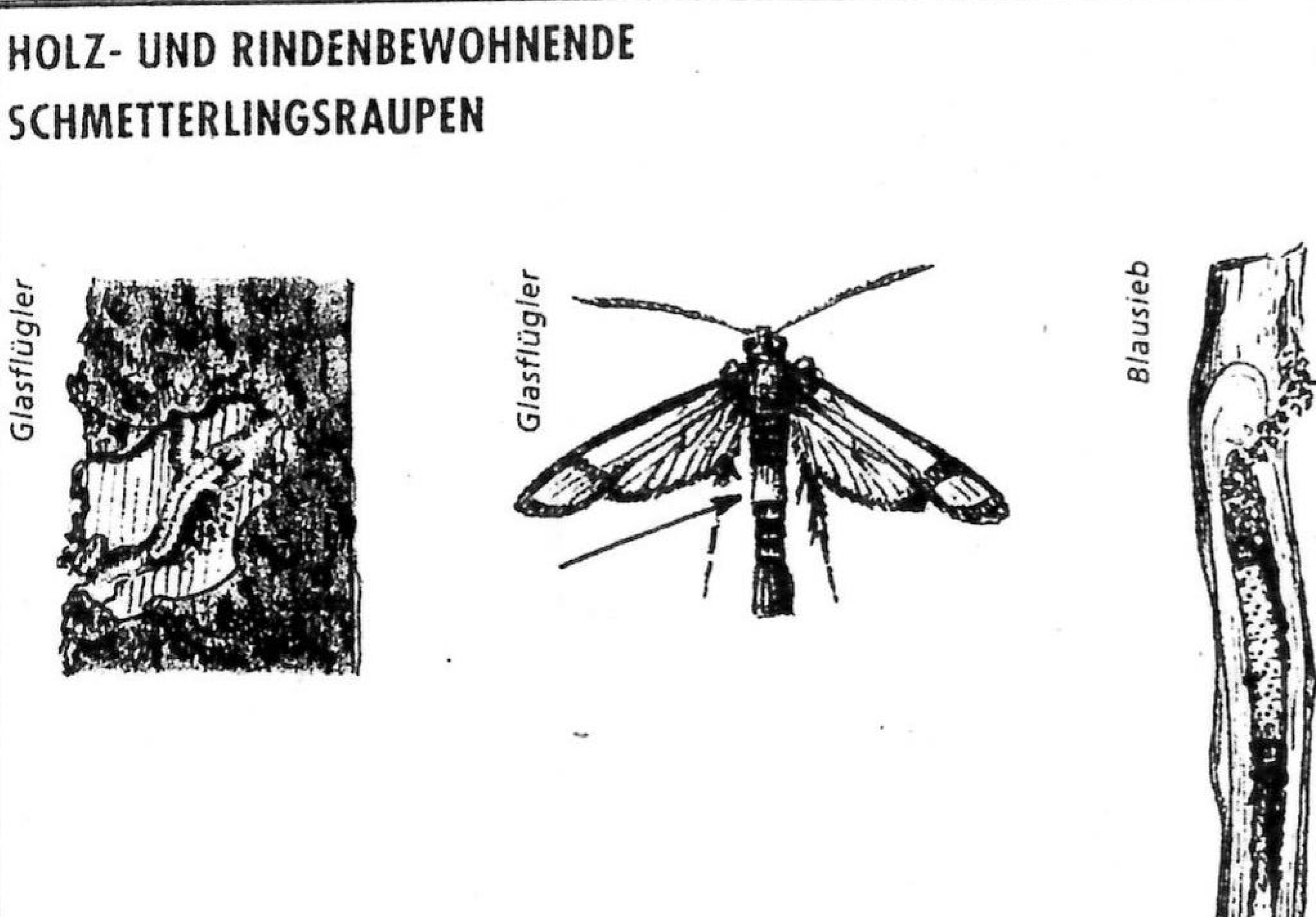
Die Demontage der McDonalds-Filiale von Millau erfolgte als Reaktion auf die handelspolitische Offensive der USA, die im Sommer dieses Jahres die EU mittels Handelssanktionen – zu denen die Welthandelsorganisation WTO Washington ermächtigt hatte – dazu zwingen sollte, ihren Einfuhrstopp für hormonbehandeltes US-Fleisch aufzuheben. In der südfranzösischen Region, die in starkem Masse von der Landwirtschaft lebt und unter anderem die Käsesorte Roquefort produziert, bekam man diese Sanktionen direkt zu spüren – der Roquefort-Verzehr in den USA nahm drastisch ab, da der dortige Kilopreis infolge der verhängten Strafzölle auf französische Spezialitäten auf umgerechnet 80 Franken geklettert war. Die bäuerlichen PolitaktivistInnen empörten sich nicht nur über diesen Versuch, mittels wirtschaftlicher beziehungsweise. handelspolitischer Stärke anderen Bevölkerungen eine Entscheidung aufzuzwingen, die der öffentlichen Gesundheit zuwiderliefe. Sie sahen hierin zugleich auch die Möglichkeit, der für kommenden November anstehenden Mobilisierung gegen die WTO-Ministerkonferenz im nordamerikanischen Seattle durch eine öffentlichkeitswirksame Aktion zu Publizität zu verhelfen.

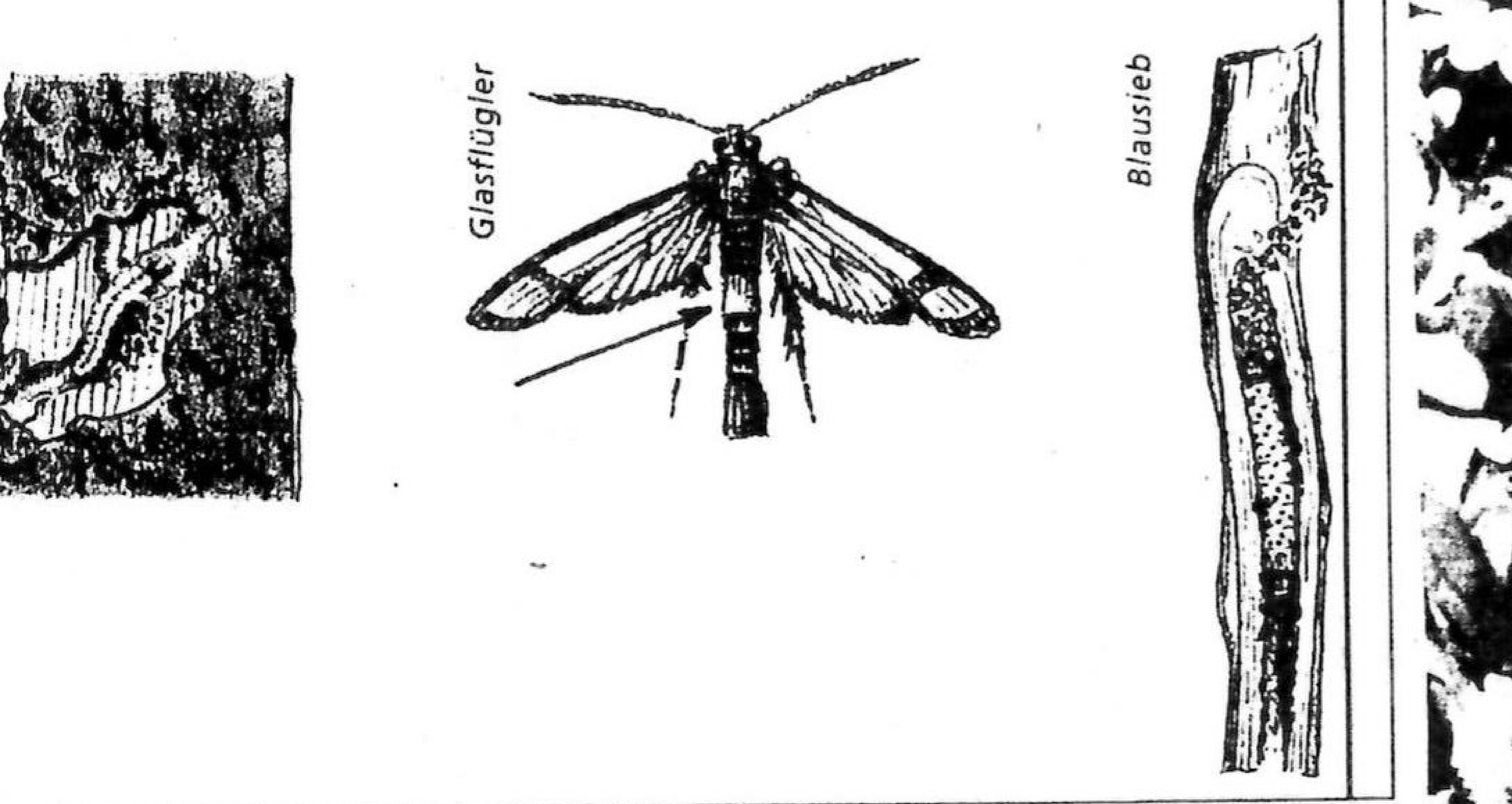
Nicht nur Bauernanliegen

Denn die Confédération Paysanne begreift sich beileibe nicht nur als Vertretung der unmittelbaren materiellen Interessen der von ihr repräsentierten LandwirtInnen. Sie definiert ihre Rolle viel weitergehend, als Teilnehmerin an einer gesellschaftspolitischen Debatte, die vielfältige Aspekte – vom Verbraucherschutz über die Ökologie bis hin zu den grossen Fragen des internationalen Handels und der Solidarität mit dem Trikont – umspannt. 1987 entstanden, kämpft die Confédération Paysanne – dem Ringen Davids mit Goliaths ähnlich – gegen den jeglicher weitergehenden gesellschaftlichen Verantwortung gleichgültig gegenüberstehenden, «produktivistischen» Lobbyismus des bis dahin allein dominierenden Landwirteverbands FNSEA.

In den 70er und 80er Jahren, so erklärt man in der Zentrale der Confédération in der Pariser Vorstadt Bagnolet, herrschte ein Modell vor, in dem der quantitative Produktionszuwachs, der durch den technischen Fortschritt zu erzielen sei, um jeden Preis favorisiert wurde. Die europäischen Institutionen subventionierten jede Produktion, unabhängig vom quantitativen Gesamtniveau eines ProduzentInnen, so dass die Grossproduzenten und Agrarindustrien im Endeffekt stets den Vorteil behielten. Im Laufe der 80er Jahre führte dies zu Überproduktionskrisen und zur Vernichtung von Agrarüberschüssen in der damaligen EG. Die europäische Politik reagierte darauf, indem sie ab 1992 die dem Protektionismus – der bis dahin die Agrarproduktion innerhalb des Binnenmarkts schützte – ein Ende setzte und die EU-Aussengrenzen für landwirtschaftliche Produkte öffnete. Einerseits sollte dadurch ein Konkurrenzdruck erzeugt werden, der den unrentablen Produktionen den Garaus versetzen und so zum Abbau des Gesamtvolumens beitragen würde; zum anderen würde die überschüssige Produktion auf den äusseren Märkten abgesetzt werden. Die landwirtschaftlichen Grossproduzenten wiederum, deren Interessen innerhalb der FNSEA dominieren, unterstützten und begleiteten diese EU-Politik, da sie – mit dem konkurrenzbedingten Preisverfall – die kleinen Höfe hinwegzukonkurrieren half.

HOLZ- UND RINDENBEWOHNENDE SCHMETTERLINGSRAUPEN





Die Confédération Paysanne begann sich vor diesem weltwirtschaftlichen Hintergrund schon früh mit den Fragen und den Folgen der agrarindustriellen Exporte auf die einheimische Produktion in afrikanischen Ländern und den Folgen der internationalen Handelsstrukturen auf die sogenannte «Dritte Welt» auseinanderzusetzen. Somit wurde die junge Organisation zur Teilnehmerin eines Netzes vielfältiger Initiativen, die sich mit weltwirtschaftlichen Thematiken und internationaler Solidarität beschäftigen. Ihr Sprecher François Dufour ist so etwa gleichzeitig Vizepräsident des Netzwerks ATTAC, das auf Initiative der Monatszeitung Le Monde diplomatique hin ins Leben gerufen wurde und zu Fragen der internationalen Ökonomie aktiv ist, namentlich zugunsten der Einführung der Tobin-Steuer zur Kontrolle der internationalen Kapitalflüsse. Zugleich macht die Confédération sich für das Überleben der kleinen, sich selbst versorgenden ProduzentInnen und gegen das wachsende Gewicht der Agrarindustrie sowie für eine weniger intensive und produktivistische, umweltschonende Produzierweise stark. Mit diesem Profil hat sie es geschafft, sich dauerhaft neben der – bisher die gewerkschaftliche Vertretung der Bauern monopolisierenden – FNSEA zu etablieren, obwohl letztere durch ihre Stellung in den Sozialversicherungskassen der Landwirte, in den Landwirtschaftsbanken eine nur schwer zu umgehende Lobbystellung innehat. Bei den letzten Wahlen zu den Landwirtschaftskammern erhielt die Confédération Paysanne einen Stimmenanteil von 20,6 Prozent, neben knapp 60 Prozent für die FNSEA. In vier Départements wurde sie zur Mehrheitsorganisation, darunter nicht zufällig – wegen der Positionierung der Organisation zu Fragen der Weltwirtschaft und des französischen Imperialismus – in zwei Übersee Départements: der Neokolonie Französisch Guayana und auf La Réunion.

Linke Tradition auf dem Lande

In vielen Regionen kann sie ausserdem an alte Polittraditionen anknüpfen, so etwa in den alten «campagnes rouges («rotes Land»), in denen die französische KP schon in den 30er Jahren erfolgreich die LandarbeiterInnen organisieren konnte und die daher eine ungebrochene linke Tradition aufweisen – in diesen Bezirken (wie etwa der Creuse) ist auch die Confédération überdurchschnittlich stark. Ähnliches gilt für das Larzac-Massiv, denn dieses wurde zum Symbol für den erfolgreichen Widerstand der Bauern und Bäuerinnen gegen ein geplantes Testgelände der französischen Armee. Der Widerstand, der damals den Larzac zum Treffpunkt linksradikaler AktivistInnen und ÖkologInnen machte, dauerte die gesamten 70er Jahre über und endete mit dem Antritt der Regierung Mitterrands 1981 – die SozialistInnen machten ihr Wahlversprechen wahr und annullierten die Pläne für eine militärische Nutzung des Bergmassivs. Die widerständigen Bauern und Bäuerinnen teilten daraufhin den Boden und oftmals auch ihr Vieh kollektiv unter sich auf, was vielen unter ihnen ermöglichte, neben der Landwirtschaft politisch aktiv zu bleiben und andere Länder zu bereisen. Einer von ihnen ist José Bové, der sich 1974 – als 21-jähriger Student aus Bordeaux kommend, auf der Flucht vor dem Militärdienst befindlich – auf jenem Streifen im Larzac niederliess, der den Planungen zufolge der Armee zufallen sollte und den die örtlichen Bauern und Bäuerinnen den jungen AktivistInnen überliessen. Das Modell der kollektiven Landwirtschaft erlaubte es ihm später, nach Brasilien zu reisen und dortigen Bauern von ihrem Modell zu erzählen, oder 1995 auf Tahiti mit der polynesischen Bevölkerung zusammen gegen die damaligen Atomwaffentests Frankreichs zu protestieren.

Als am 2. September die vier nach der Aktion von Millau Festgenommenen gegen Bezahlung einer Kaution von umgerechnet rund 100'000 Franken – die Höhe des angeblich bei McDonalds angerichteten Sachschadens – auf freien Fuss gesetzt werden sollte, weigerte sich José Bové aus Prinzip, seinen Anteil an der Summe zu bezahlen. ATTAC, die Arbeitslosenbewegung AC, die grüne Partei und die linken Gewerkschaften der Richter (Syndicat de la Magistrature) und der Rechtsanwälte (SAF) wollten die Kaution für ihn bezahlen, doch Bové lehnte einen solchen Akt ab – er hielt die Publizität seiner Inhaftierung für nützlich im Sinne der Mobilisierung der öffentlichen Meinung. Tatsächlich verwandelte sich die Berichterstattung über seine Untersuchungshaft alsbald in einen Prozess gegen McDonalds, die multinationalen Konzerne und die durch José Bové in der Öffentlichkeit so getaufte mal bouffe (in etwa: Scheissfrass).

US-Gewerkschaften springen ein

Schliesslich liess Bové sich aber dennoch zur Annahme einer Kautionszahlung durch Dritte bewegen. Am ersten Septemberwochenende erklärten sich nunmehr US-amerikanische Bauerngewerkschaften dazu bereit, an Bovés statt seine Kaution zu bezahlen, und das in den USA ansässige Center for Sustainable Development sammelte binnen weniger Tage knapp 5000 US-Dollars für ihn. US-amerikanische Gewerkschaften und Ökoinitiativen solidarisierten sich in einem Appell mit allen Widerständen gegen die «Angriffe der multinationalen Konzerne auf die Qualität der Nahrung». Unter diesen Umständen zeigte sich Bové bereit, die Hinterlegung einer Kaution, als Symbol internationaler Solidarität, zu akzeptieren und auf diese Weise freizukommen.

Damit drehte er zugleich auch all jenen eine Nase, die seine Anti-McDonalds-Aktion aus rein antiamerikanischen, nationalistischen Motiven heraus unterstützten und denen zufolge Frankreich oder Europa in der weltwirtschaftlichen Hierarchie lediglich «Kalif an Stelle des Kalifen» USA sein sollte. Und diese Sichtweise teilt nicht allein der Mouvement National – die neofaschistische Partei von Bruno Mégret -, der sich als einer der ersten beeilte, sich öffentlich lautstark mit den AktivistInnen der Confédération Paysanne zu solidarisieren, was diese freilich sofort scharf zurückwiesen. Unterstützt durch eine Solidaritätsbewegung, der im politischen Raum an vorderster Stelle die grüne Partei und die trotzkistische LCR angehörte, stellte die Mobilisierung für José Bové zugleich die reaktionäre und rückwärtsgewandte Besetzung der Thematik «ländlicher Raum» durch Kräfte wie die, bei den diesjährigen Europaparlamentswahlen mit fast 7 Prozent der Stimmen erfolgreiche Partei «Jäger, Angler, Natur und Tradition» (CPNT) tatkräftig in Frage. Denn deren Versuch, eine ländliche «Identität» zu begründen, stützt sich in allererster Linie auf Hasstiraden gegen die Grünen und die Ablehnung von Umweltschutzmassnahmen als Eingriffe «technokratischer», wirklichkeitsfremder Kräfte – und namentlich der EU-Bürokratie – in einen als widerspruchsfreie heile Welt definierte, ländlichen Raum.

Wenn im November dieses Jahres in Seattle internationale Protestbewegungen aus allen möglichen Ländern zeitgleich zum WTO-Gipfel zusammentreffen, dann wird José Bové dabeisein. Längst ist er über die Grenzen seines Landes hinaus eine Berühmtheit. Während seiner Untersuchungshaft forderte selbst «Subcommandante Marcos» aus dem mexikanischen Chiapas schriftlich seine Freilassung.

Bernhard Schmid, Paris



Die untergetauchte Kamera

Fotografie im Widerstand Amsterdam 1940-1945

22.11.1999 - 15.2.2000

In den letzten Kriegsjahren hatte die deutsche Besatzungsmacht der niederländischen Bevölkerung das Fotografieren unter freiem Himmel verboten. Also begannen niederländische Fotografen - einzeln oder in kleinen Gruppen - illegal zu fotografieren. Ihre Arbeit hatte den Zweck, zum einen die Exilregierung über die Zustände in der Heimat und das heißt auch: über die Existenz des Widerstandes zu informieren und zum anderen Bilddokumente über diese Jahre der Not für die Nachwelt zu sammeln.

Veranstaltungsprogramm-Teil 1
Beginn jeweils um 19.30h

Mo. 22.11. Eröffnung der Ausstellung, zu Gast ist die Pastorin **Bé Ruys**

Do. 25.11. „Die Kamera im Widerstand", Dok.film v. Paul Moody, BRD 1995, 6...

Mo. 29.11. „Anne Frank: Zeitzeugen erinnern sich", Großbritannien 1998, Dok.film v. Jon Blair, 120': eine Dokumentation über eines der bekanntesten Opfer

Do. 2.12. „Das Mädchen mit den roten Haaren", Niederlande 1981, Spielfilm v. B. Verbong, 105': Hannie Schaft kämpfte für die Freiheit der Niederlande mit allen Mitteln, mit Sabotage und Spionage

Do. 9.12. **Anna Notowicz** erzählt vom Februarstreik 1941 gegen die deutschen Besatzer und davon, wie sie und ihre Widerstandsgruppe Illegale mit „echten" Personalausweisen versorgte

Mo. 13.12. „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland", BRD ~1988 v. Lea Rosh und Eberhard Jäckel, 90': Teil II der vierteiligen Dokumentation

Do. 16.12. „Verbrannte Bücher aus Amsterdam", BRD 1985, Dok.film v. Alexander Fuhrmann, 30': über deutsche Literatur im Exil

Galerie Olga Benario, Weserstr. 5, 12047 Berlin, Nähe U-Bhf. Hermannplatz, Eingang: Restaurant „Orlando", Tel. 6241767, Infotelefon 32702289 + 8315641; Spendenkonto: Postbank Berlin 70539-107, BLZ 10010010

Pirate campRADIO 99 on AiR

mit Berichten , Reportagen und Interviews zu /mit

Grenzcamp 99 bei Zittau * Reclaim the streets *Kanak Attak * Voice (Flüchtlingspower) * Mexiko * Häuser/Wagenburgen etc. und einem Exklusiv-Interview mit Andre´Agassi und Steffi Graf

Und natürlich jede Menge coole Musik

Sendung vom 18.9.99 in Berlin auf 104.1 ukw

Camp Radio 99 (Grenzcamp 99 bei Zittau, Reclaim the streets,...)
gesendet am 18.9.99 in Berlin-Kreuzberg
Cassette 1

1. Intro (*James Bond - Goldfinger*) Begrüßung
2. *Sugar Hill Gang - Rappers Delight*
3. Einführender Beitrag zum Grenzcamp
4. *Sugar Hill Gang - Rappers Delight*
5. Beitrag: Interview mit dem Zittauer Bürgermeister Kloß (CDU)
6. *Dead Kennedys - California über alles*
7. *Sly & Robbie - Hot too Hot;* 9. Beitrag zum BGS
10. Beitrag: „Stimmen aus dem Volk" während der Antifa Demo in Ostritz und Görlitz
11. *Linton Kwesi Johnson - Fight dem back*
12. Jingle Camp Radio 99
13. Sample: Bürgermeister Kloß
14. *T. Rex - Children of the Revolution*
15. *Holger Czukay - Cool in the Pool*
16. Beitrag: Interview mit einem Fl... Organisation „Voice"
17. *Cheb Kader - M'Hainek ya...*
18. Nachrichten vom Lückendorf... (Sample: Bookshelf Ridim)
19. *Busta Rhymes - Extinction Le...*
20. Jingle für ein freies Radio; 21...
22. Beitrag: Interview mit einem p...
23. *MC DET - Stick up!* ; 24. *Tod...*
25. *Fatboy Slim - Rockafeller Skan...*
26. Beitrag: Kritik am Camp
27. *Ocho - Guaguanco*
28. Frauenbeitrag zum Camp. 29. *Da...*

Camp Radio 99 (Grenzcamp 99 bei Zittau, Reclaim the streets, ...)
gesendet am 18.9.99 in Berlin-Kreuzberg
Cassette 2

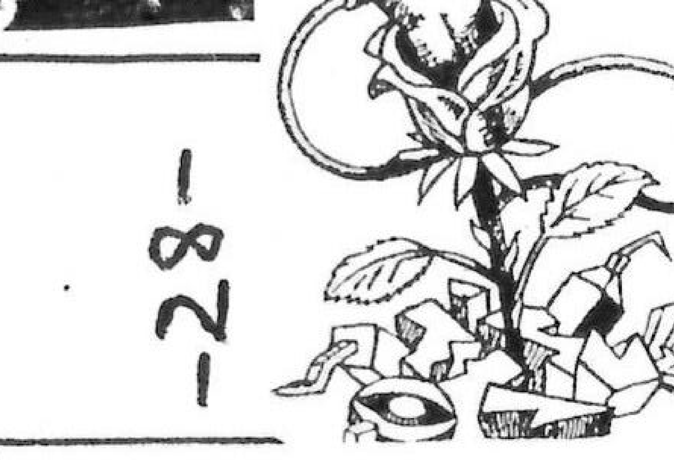
30. *Shalom - Carry on*
31. Beitrag: Interview zu Frauenhandel und Prostitution mit einer Mitarbeiterin von HYDRA
32. *Tarkan - Hepsi senin mi*
33. Fortführung Interview zu Frauenhandel und Prostition
34. *Song: französischer Ska*
35. Nachrichten vom Lückendorfer Heimat- und Gartenschutzfunk (Sample: *Chalice - Can't dub*)
36. *Sezen Aksu - Hali bakalin*
37. Beitrag: Interview mit Taxifahrer; *38. Buju Banton - Yes Buju*
39. Fortführung Interview Taxifahrer
...*Adriano Celentano - 4.000 abacchi*
...Beitrag: Interview zur Supermarkt Aktion in Zittau
...*Roxana - El Talisman*
...Fortführung Supermarkt Aktion
...Sample: Bürgermeister Kloß ; *45. Ween - Titel?*
...Interview mit Steffi und André
...*Warrior - Ashanti Dub*
...trag zu Reclaim the Streets vom 4.9.99
...*caneer - Kill a Sound*
...*le Dulhonia - Tujhe dekha to*
...staltungshinweis zu „Kreuzberg muß in Deutschland ...nbar sein - gleiche Rechte statt Integration"
...*rkan - Simarik*
53. *Rio Reiser - Für immer Dich*
54. Beitrag zum Verfahren gegen Moré Keskin
55. *Slime - Deutschland muß Sterben*

2 Tapes (2mal 90 Minuten) für nur 8 Taler !!!
oder gegen Spende wenns geht

Viel Spaß beim Hören

zu bestellen bei :

grenzcamp 99 office
Stichwort Radio
c/o FFM
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin



Neuerscheinung

Dokumentation zur Kurdistan- und Türkei- Solidaritätsarbeit
aktuelle Texte und Diskussionen
zu den Entwicklungen vom August 97 bis September 99

herausgegeben von **ekan** (einige kommunistInnen aus nürnberg)
1.10.1999, 112 Seiten DIN-A 4

Bestellungen nur gegen Vorkasse pro Exemplar 10 DM in Scheinen und 1,50 in Briefmarken mitschicken an:

ekan
c/o verein z.u.l.l.u.k. antibuch
Mittlere Kanalstr. 19
90429 Nürnberg

Aufstand in Sobibor

Dokumentation der Veranstaltung mit Thomas „Toivi" Blatt, Überlebender des bewaffneten Aufstandes im Nazi-Vernichtungslager Sobibor

40 Seiten, A4 — 6,– DM incl. Porto, ab 5 Ex. 4,– DM incl. Porto

Antinazistische Gruppe
„Kein Vergeben – Kein Vergessen"
c/o ExZess
Leipziger Straße 91
60487 Frankfurt/Main
Fax: (0 69) 77 46 70

Anti-Atom Party

supa molli
information
voku
filme
konzert
cocktails
disco
gegen Bullen, Staat und Kapital
minus 1 punk
scrap heap rock
20.11. 21 uhr



WERDET NÄRRISCH, FLIPPT AUS, SPACKT AB!
[Baut Wägen, Betten und Anhänger, verkleidet Euch, rüstet Euch aus!]

Spackparade GEGEN UMSTRUKTURIERUNG UND NEOLIBERALISMUS 30.11. Wasserturm 18.30!

Linksrock gegen Rechtsruck!
Antifa - Konzert

Mit: den Heiligen Drei Königen
Berliner Hip Hop Acts
und Aura, anschließend Party

27. November 1999 19.00 Uhr im Fuchsbau
(Thurgauerstraße U-8 Paracelsus Bad)

autonome Kochgruppe aus Wuppertal

Ab sofort gibt es fast jeden Dienstag ab 20 Uhr veganes Essen gegen Spende im AZ Wuppertal, Wiesenstr. 11.
Jeden vierten Dienstag im Monat: kein Essen, sondern Frauenkneipe.

"Unser Ziel war es von Anfang an, Grenzen zu übertreten. Zuerst, weil es uns einen Riesenspaß gemacht hat, später immer mehr, weil viele von uns darin die einzige Chance sahen, Grenzen ad absurdum zu führen." (aus einem Interview mit FluchthelferInnen)

TATblatt Flucht.Hilfe

80 Seiten ... ATS 40,- auswärts ATS 60,-/DM 8,50 nur gegen Vorauskasse! Rabatte für Wiederverkauf

Bestelladresse: TATblatt, Wielandgasse 2-4, 1100 Wien

Konto P.S.K. 92 ... BLZ 60 000

25-mal-TATblatt-Abo in Österreich ATS 175,- auswärts ATS 330,-/DM 40,-

Inhalt: Interview mit FluchthelferInnen. Rechtsfolgen aktiver Fluchthilfe, politische, soziale, persönliche und ökologische Gründe von Migrationsentscheidungen. Weg über Grenzen, konstruierte Bilder von MigrantInnen, Identitätskonzepte, Darstellung der Lebenssituation von MigrantInnen in Österreich, Unterstützung von Flüchtlingen und MigrantInnen in Österreich, uvm.

Flucht.Hilfe

Wieso denn nicht 'Volxküche' ??

Ein 'Volk' ist nichts naturgegebenes oder übernatürliches, sondern von Menschen konstruiert. Der positive Bezug auf Begriffe wie 'Volk' und 'Nation' festigt diese Konstruktionen und damit die Einteilung in 'die eigenen' und 'die anderen'. Die rassistischen Folgen solcher Zuschreibungen treten am deutlichsten an Staatsgrenzen, wenn die Zugehörigkeit zum 'richtigen Volk' über Leben und Tod, Erwünschtsein oder Abschiebung entscheidet, auf, aber nicht nur dort.
Rassismus war wohl meistens nicht im Spiel, wenn andere Linke ihr Kochgruppen 'Volxküche' nannten, denn als 'Volk' wurden dabei einfach nur jene bezeichnet, die nicht zu 'den Herrschenden' gehörten. Um das aber auszudrücken, braucht mensch keine irrationalen und mit anderer Bedeutung gefüllten Begriffe zu benutzen. Über Worte wie 'pueblo' ließe sich ja vielleicht noch streiten, das Wort 'Volk' aber erweckt in uns -besonders in Deutschland- keine emanzipatorischen Vorstellungen, sondern höchstens die Assoziationen Herrschaft, Verwertung und Vernichtung. Daß wir damit nicht ganz falsch liegen können, haben 'die Deutschen' in ihrer Geschichte bewiesen.
Zu diskutieren gibt es darüber bestimmt noch genug, also kommt doch einfach mal vorbei, z.B. am 2.11.

aktuelles Programm im Internet unter http://members.tripod.de/gegenregen/fnv.html

kein Volk, kein Fleisch, kein Vaterland

VERANSTAL NG DES
REVOLUTIO REN FUNKI

Vortrag und D ssion

Ist der Ma ismus noch zu ret ?

- Ausblick a den Kommun s des 21. Jahrh rts

Montag, den November um 19 Uhr i -Laden Rathenower S aße 22 (Berlin-Moa)

FORUM FÜR LIBERTÄRE INFORMATIONEN

FL*-Kr@ft

bebra

KENNENLERNEN ★ DISKUTIEREN
AUSTAUSCHEN ★ BEWEGEN!

Nächstes Treffen: 17.11.-21.11.99 in Bebra (südl. Kassel)

KONTAKT: @LADEN
Rathenower Str. 23
10559 Berlin

FON & FAX: 030·3946167

FrauenLesben TAG im EX

Tel.: 693 58 00
tags: von 12°° - 18°° Uhr mit Frühstückbüffet

abends: ab 18°° Uhr nur geöffnet bei Veranstaltungen, dann mit Abendessen

EX - Kneipe und Veranstaltungen im Mehringhof, mit grosser Terasse
Gneisenaustr. 2a, Berlin - Kreuzberg 61
U - Bahn : 6 u. 7 / Bus: 119, 140 - Mehringdamm



ebenerdiger Eingang
Türen gehen nach außen auf

So. 14. 11. **November '99**
ab 12°° Frühstücksbüffet
ab 19°° Uhr Abendessen
20°° Uhr - Film "Man nannte uns Kaninchen", polnische Überlebende berichten über medizienische Versuche im KZ Ravensbrück (Lorette Walz, BRD 95, 55 min.)
So. 28. 11
ab 12°° Frühstücksbüffet
ab 19°° Uhr Abendessen
20°° Uhr - Veranstaltung zu Frauen in der rechten Szene

Wir suchen neue FrauenLesben. Kommt vorbei, schaut's Euch an, habt Ihr Lust mitzumachen und noch Fragen,... Sprecht mit uns.

Benefiz (*)

KONZERT & KINO



Musik:

Chimaera
Sortits
Dread Cannibals
DJ Thomas (Candy Club)

Film:

Ax (Die Erde)
Dornen in meinem Auge Alltag kurdischer Frauen
Kurzfilme

Fr. 19. Nov. 99

Einlass: **18.30** Uhr
Filmbeginn: **19.30** Uhr

Cafe Kult
Oberföhringerstr. 156

U4 Arabella Park, Bus 88/188,
Eintritt: 13,- bis 20,- DM

ATOMKRAFT NEIN!

STRAHLENFREI INS NÄCHSTE JAHRTAUSEND

Auch im Jahr 2000 gibt es den Atomkraft NEIN! Kalender

Für gerade mal 10,- Mack (+ 1,50 Porto) (WiederverkäuferInnen erhalten 30 % Rabatt) erhaltet Ihr den Kalender mit vielen Informationen und umfangreichem Serviceteil. Der Erlös geht an Initiativen gegen Atomanlagen.

Bestellen könnt Ihr den Kalender gegen Vorkasse (Geldschein und Briefmarken) im

Umweltzentrum
Scharnhorststr. 57, 48151 Münster
Tel: 0251-52 11 12
Fax: 0251-53 38 97 97

BEITRÄGE ZUR NATIONALSOZIALISTISCHEN GESUNDHEITS- UND SOZIALPOLITIK

TÄTER OPFER WIDERSTAND

Freitag, 19.11.99 19:30
Susanne Heim

Vertreibung, Raub und Umverteilung während des NS

Die jüdischen Flüchtlinge aus Deutschland und die Vermehrung des »Volksvermögens«: Für die emigrierenden Juden bedeutete der staatlich organisierte Vermögensraub nicht nur materielle Schäden. Er ging auch mit der Demontage ihrer sozialen Existenz einher: dem Verlust, wenn nicht von Freundschaften, so doch von persönlichen Beziehungen zu den Nichtjuden in der Umgebung, von gesellschaftlicher Anerkennung und dem Gefühl, an dem Ort, an dem man lebte, auch zu Hause zu sein. Sozialer Status, Wohlstand und beruflicher Erfolg erwiesen sich als Illusion. Eben dies kennzeichnet den Bruch, den die Emigration im Leben der meisten Emigranten hinterließ und der sich weder kitten noch bezahlen läßt. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwieweit der persönliche Vorteil der Nichtjuden bei der Vertreibung der Juden die materielle Grundlage für das hohe Maß an Komplizenschaft, Einverständnis und Loyalität gegenüber dem Nationalsozialismus war und schließlich auch für die Gleichgültigkeit gegenüber (wenn nicht gar innere Zustimmung zu) den Verfolgungs- und Deportationsmaßnahmen. Das Bewußtsein, daß man sich unrechtmäßig etwas angeeignet hatte, kam allenfalls noch indirekt zum Ausdruck: indem der Judenhaß um so fanatischer wurde, je näher die militärische Niederlage rückte und damit die Angst, daß der jüdische Wohnungsinhaber zurückkehren könnte.

Susanne Heim ist Mitarbeiterin der *Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik.*

Freitag, 10.12.99 19:30
Anne Klein

»Bring them out!« – Fluchthilfe aus Südfrankreich 1940/41

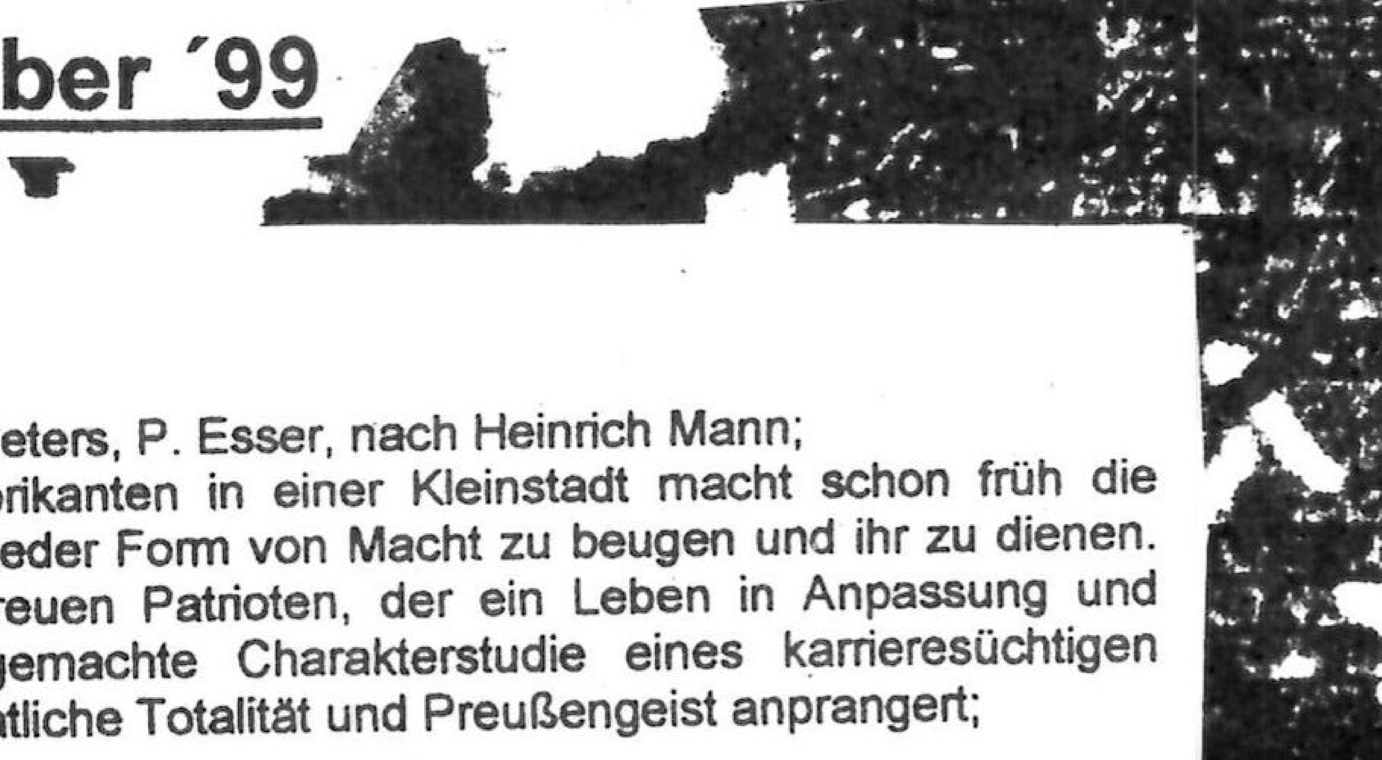
Die Geschichte des *Centre américain de secours*, deren MitarbeiterInnen die Emigration von nahezu 2.000 Menschen in die USA organisierten, beleuchtet zentrale Fragestellungen, die auch für uns heute von exemplarischer Bedeutung sind. Welche Rolle spielte der Antisemitismus und die Flüchtlingsfrage bei der deutsch-französischen Kollaboration? Wie reagierten die USA als potentielles Aufnahmeland auf die steigende Zahl der Flüchtlinge in Europa? Auf welche Widerstandsstrategien griffen die Flüchtlingslobbies und UnterstützerInnen zurück?

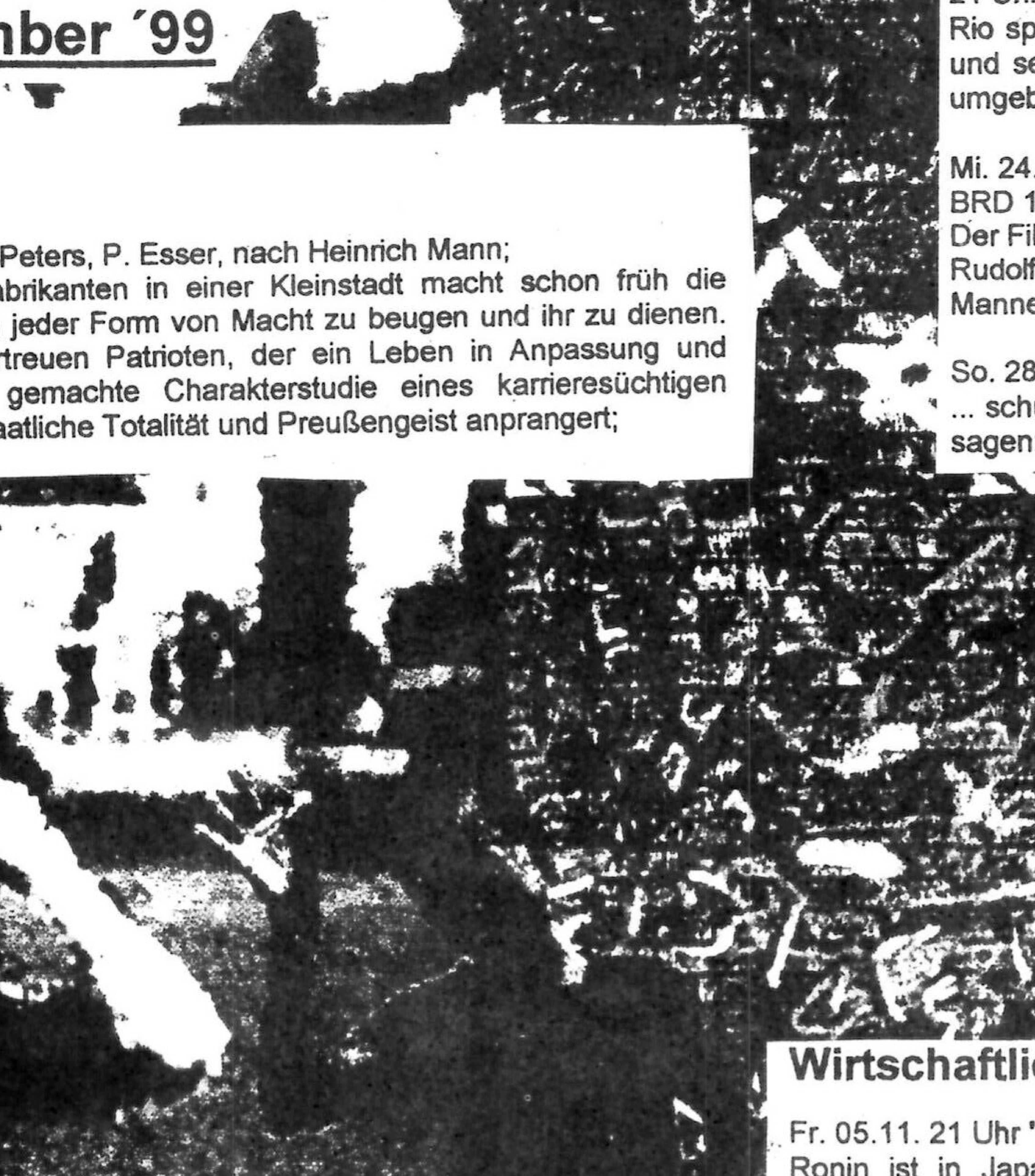
Anne Klein ist Historikerin und arbeitet in der Kampagne *Kein Mensch ist illegal.*

Alle Veranstaltungen im
Buchladen **Schwarze Risse**
Mehringhof | Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin | Tel. 692 87 79

Veranstaltungen im Bandito Rosso

November ´99



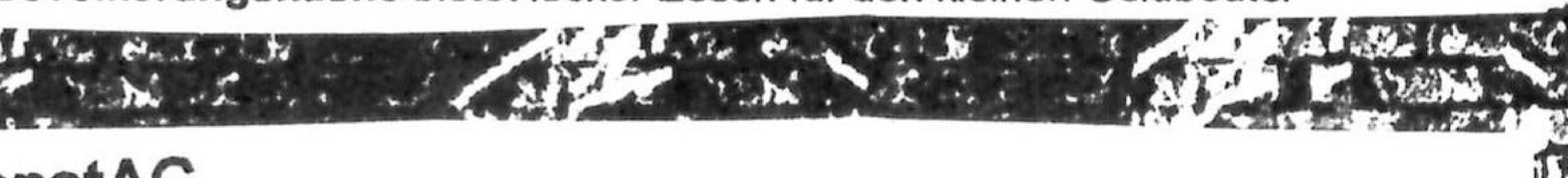


Kulturabend

Mi. 03.11. 21 Uhr **"Der Untertan"**
DDR 1951, sw, R.: W. Staudte, D.: W. Peters, P. Esser, nach Heinrich Mann;
Der streng erzogene Sohn eines Fabrikanten in einer Kleinstadt macht schon früh die Erfahrung, daß es von Vorteil ist, sich jeder Form von Macht zu beugen und ihr zu dienen. Als Korpsstudent wird er zum kaisertreuen Patrioten, der ein Leben in Anpassung und Doppelmoral wählt. Technisch gut gemachte Charakterstudie eines karrieresüchtigen Opportunisten und Reaktionärs, die staatliche Totalität und Preußengeist anprangert;

Mi. 10.11. 21 Uhr **"Nackt unter Wölfen"**
DDR 1962/63, sw, R.: F.Beyer, D.: E.Geschonneck, A. Mueller-Stahl, nach Bruno Apitz;
Während der letzten Monate vor dem Einmarsch der Amerikaner verstecken polnische KZ-Häftlinge ein Kind vor dem Zugriff der Nazis. Bemerkenswerter DEFA - Film, der auf einer wahren Begebenheit beruht;

Mi. 17.11. 21 Uhr **"Die Abenteuer des Werner Holt"**
DDR 1964 R.: J. Kunert, D.: K.-P. Thiele, M. Karge, A.Wyzniewski, nach Dieter Noll;
Die Literaturverfilmung beschreibt die Kriegserlebnisse einiger Jugendlicher in der letzten Phase des Zweiten Weltkriegs. Der teilweise erschütternde Anti - Kriegsfilm stellt in Rückblendenform die verschiedenen charakterlichen Entwicklungen zweier deutschen Soldatenfreunde dar. Buch und Film gehörten über Jahrzehnte zum Standard des DDR-Literaturunterrichts und des DDR-Schulfernsehens;



So. 21.11. Rio - Reiser - Abend
21 Uhr **"TATORT - Eiszeit im Herzen"**
Rio spielt einen alternden Anarcho, der nach 11 Jahren unschuldig aus dem Knast kommt und seine Ex-Genossen trifft, die dem in den Arsch gekrochen sind. Nach und nach wird umgebracht ...... - Dazu jede Menge Musik von Rio und den Scherben;

Mi. 24.11. 21 Uhr **"Aus einem deutschen Leben"**
BRD 1977, B.&R.:: Theodor Kotulla, D.: Götz George, Kai Taschner;
Der Film basiert auf Robert Merles "Der Tod ist mein Beruf" und verfolgt den Lebensweg von Rudolf Höß (im Film Franz Lang genannt). Ein bemerkenswert sachliches Porträt eines Mannes, der vom Gutsarbeiter zum Kommandanten des KZ Auschwitz "aufstieg".

So. 28.11. 20 Uhr **Schwarzleserey mit Salean Maiwald**
... schuf die Lustgartenschlange; Ausstellungen, Preise, Schreibt nebenher. Kapielski würde sagen: Euer Mehrspartigkeit;

Atomic Café

Mo. 08.11. 21 Uhr **"Veranstaltung zur Neuen Rechten"**
Die Veranstaltung beschäftigt sich mit neuen Rechten wie Bernd Rabehl und Horst Mahler. "... Der nationalrevolutionäre Balken macht blind, aber auch der nationale Splitter im Auge vereitert den Geist, wenn er nicht entfernt wird."

Mo. 15.11. **"Scrabble - Abend"**

Mo. 22.11. 21 Uhr **"Sie würden uns gerne im Knast begraben"**
BRD 1989, 60 min., Old - School - Film zum 129a;
Berichte über Stammheim, das Verfahren gegen Ingrid Strobel und andere 129a - Verfahren;

Wirtschaftlicher Zweckbetrieb

Fr. 05.11. 21 Uhr **"Ronin - Jeder ist käuflich"** von John Frankenheimer
Ronin ist in Japan der Name für entehrte Samurai, die ihr Können in Söldnermanier verkauften. Als Ronin der Jetzt - Zeit sind in diesem Film Robert de Niro und Jean Reno (aus "Leon der Profi") als perfekte Profigangster zu sehen. Der Film glänzt mit aufendig gedrehten Verfolgungsjagden, bei denen die Bullen keine Rolle mehr spielen.

Fr. 12.11. 21 Uhr PunkPoetryPerformance **"Evolutionsstrategie"**
ELKE FO & Die Alsterspaßband feat. Wello Rausch treten an für den Erhalt der Evolution ein und bieten daher an diesem Abend ein unterhaltsames Programm aus Schlagern, Punk und Literatur, daß zwar mit Evolution nix zu tun hat, aber das macht ja auch nichts...

Fr. 26.11. Die **Bevölkerungsküche** bietet lecker Essen für den kleinen Geldbeutel

ThekendienstAG

Di. 16.11. ab 20 Uhr **"Waffeln backen, Wein bechern!"**
Draußen ist es bitterkalt. Drinnen haben wir knusprige Waffeln und heißen Glühwein - Kannst Du Dir etwas schöneres vorstellen?!

Di. 30.11. 21 Uhr **"Raumpatrouille Orion"**
Wer schon immer mal auf einem Staubsauger durch die unendlichen Weiten des Alls düsen, oder mit einem Bügeleisen gegen Frogs kämpfen wollte, der ist hier richtig - Raumpatrouille Orion, die einzige Weltraumserie, die schon vor dem ersten Mann auf dem Mond gedreht wurde. Na denn, "Rücksturz zur Erde!" (Je nach Laune 1-2 Folgen);

Öffnungszeiten:

Montag ab 20.00	Atomic Café
Dienstag ab 20.00	ThekendienstAG
Mittwoch ab 20.00	Kulturabend
Donnerstag ab 20.00	Infocafé
Freitag ab 20.00	wirtschaftlicher Zweckbetrieb
jeden 1.und 3.Samstag ab 12.00	Technofrühstück

⇒ Lottumstr.10 A, 10119 Berlin,
U - Bhf. Rosa - Luxemburg - Platz / Rosenthaler Platz;
im Netz: www.schliemann.com/BanditoRosso
für aktuelle Termine und Kontakt zum Webmaster: e-mail:Lottumαgmx.de



Devrim olmadan Kadınlar Kurtulmaz ★ Kadınlar Katılmadan Devrimler olmaz
reisst die mauern ein - holt alle frauen RAUS!
OHNE BEFREIUNG DER FRAUEN GIBT ES KEINE REVOLUTION ★
OHNE REVOLUTION GIBT ES KEINE BEFREIUNG DER FRAUEN!
I AM A WOMAN and IF I LIVE I FIGHT and IF I FIGHT I CONTRIBUTE TO THE LIBERATION OF ALL WOMEN AND SO VICTORY IS BORN EVEN IN THE DARKEST HOURS!!
FRAUEN WEHRT EUCH!
25.11.
Tag gegen Gewalt gegen Frauen
16 Uhr ♀♀-♀ Demo vom S-Bhf Pankow zum Frauenknast
V.i.S.d.P. lesben frauen mädchen gegen repression, allee der befreiung, 1000 berlin